ZUM PROBLEM DER KULTURELLEN IDENTITÄT, DER WESTERNISIERUNG UND DER ÖKONOMISCHEN UNTERENTWICKLUNG IN DER DRITTEN WELT

Fallbeispiel - Tunesien

1981

Mohamed Dridi

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545801_0026

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

Zum Problem der kulturellen Identität, der Westernisierung und der ökonomischen Unterentwicklung in der Dritten Welt.

Fallbeispiel - Tunesien

vorgelegt von
Mohamed Dridi

Oktober 1980

Referent: Prof.Dr.N. Lobkowicz
Korreferent: Prof.Dr.Dr.F.Schneider

Tag der mündlichen Prüfung: 1o.2.81

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Meinem ersten Lehrer und Freund in Tunis,
Professeur Raymond Lutz.

E I N L E I T U N G

1. Einführung und Problemstellung 1
2. Fragestellung 11
3. Begründung der Objektwahl 14

E R S T E R T E I L

Die geschlossene arabisch-islamische Gesellschaft in Tunesien vor dem Protektorat und deren allmähliche Öffnung nach Europa

A. Struktur der arabisch- islamischen Gesellschaft

I. Zum Prozeß der Islamisierung und Arabisierung Tunesiens 16

II. Sozialstruktur der Stämme im Innern des Landes 21

III. Ökonomische Aktivitäten und die soziale Schichtung der Stadtbevölkerung 26

IV. Zentralgewalt
1. Exterritoriale Herkunft der politischen Herrscher 29
2. Organisationsstruktur der Zentralgewalt 30

V. Die ambivalente Position der Ulema (Islamgelehrte) 31

VI. Die religiösen Bruderschaften 33

VII. Islamisches Eigentumsrecht und faktische Besitzverhältnisse 34

VIII. Das traditionale Erziehungswesen 37

1. Islamisches Erziehungsideal 38
2. Die Koranschulen 39
3. Die Großmoschee Azzituna und die Medressen 41

B. Gesellschaftliche Öffnung nach Europa durch institutionelle Reformen

I. Industrialisierungsansätze 45

II. Liberale Verfassung von 1861 und koloniale Durchdringung 46

III. Die Kehrseite der institutionellen Reformen -48

IV. Anfänge einer modernen Bildung 51

V. Kritische Betrachtung des islamischen Reformismus 53

ZWEITER TEIL

Die politische, ökonomische und kulturelle Desintegration der tunesischen Gesellschaft unter dem französischen Protektorat und die Formierung der Führungskader der sozialen Protestbewegung gegen die koloniale Situation

A. Die politischen, ökonomischen und sozialen Folgen der französischen Kolonialherrschaft in Tunesien

I. Konzentration der politischen Macht 57

II. Heterogene Wirtschaft- und Eigentumsformen 58

III. Ergebnisse der sozio-ökonomischen Entwicklung der Kolonialherrschaft 62

B. Das koloniale Erziehungswesen als Mittel der Dekulturation der Bevölkerung und als Vermittlungsinstrument sozialer Forderungen der einheimischen, französisch gebildeten intellektuellen Elite

I. Restriktive Bildungspolitik und Bedeutung der französischen Sprache in Schule und Beruf

1. Quantitative Maßnahmen 69
2. Qualitative Maßnahmen 75
3. Banalisierung des Arabischen auch im Beruf 77

II. Kolonialpolitische Aspekte des französischen Bildungswesens in Tunesien 78

III. Das Umschlagen der französischen Bildung vom Mittel zur Erhaltung der Kolonialherrschaft zum Faktor ihrer Aufhebung 8o

DRITTER TEIL

Institutionelle, ökonomische und bildungspolitische Reformen als Mittel zur Oberwindung der ökonomischen Unterentwicklung und der kulturellen Abhängigkeit von Frankreich

A. Privatwirtschaftliche und nicht-kapitalistische Entwicklung als erste nationale Strategien zur Einholung der westeuropäischen Industriegesellschaft

I. Zur Problematik der Entwicklungsländer

1. Vorbemerkung zum Begriff "Entwicklungsländer" 87
2. Ursachen der Unterentwicklung und weiteren Verarmung der Entwicklungsländer 88
3. Bevölkerungswachstum und Analphabetismus 93

II. Privatwirtschaftliche Entwicklung als nationale Strategie zur Oberwindung der ökonomischen Unterentwicklung

1. Ausschaltung der um die politische Macht rivalisierenden sozialen Gruppen und Monopolisierung der Herrschaft bei der Partei und dem Staatspräsidenten Habib Bourguiba 95
2. Errichtung der politischen Institutionen und Durchführung der ersten politischen und sozialen Reformen 99

III. Planwirtschaftliche Entwicklung unter dem Etikett des "besonderen Sozialismus" (Destursozialismus)

1. Politische Hintergründe und theoretische Grundlagen 1o2
   a) Ziele des "Destursozialismus" 1o5
   b) Rolle der Partei 1o8

2. Agrarreform und Genossenschaftswesen als Mittel der Modernisierung und der Wiederbelebung traditionaler Solidarbeziehungen bei der Landbevölkerung 1o9

a) Aufhebung der traditionalen Eigentumsformen 111
b) Gründung von Agrargenossenschaften für Kleinbauern und Landarbeiter bei Auslassung der Großgrundbesitzer 112
c) Landwirtschaftliche Rentabilität und gesichertes Einkommen für die Bauern als Ziel des Genossenschaftswesens 113
d) Konsumgenossenschaften als Regulatoren von Absatz und Verbrauch 117

3. Negative Bilanz der Agrar- und Konsumgenossenschaften 118

4. Zwangs- Kollektivierungsphase von 1966 - 69 Tragweite und Grenzen 121

B. Reform und Nationalisierung des Bildungswesens als erste Voraussetzung zur Wiedererlangung der kulturellen Identität, zur Oberwindung des Traditionalismus und zur Kaderbildung

I. Zur Problematik des Bildungswesens der Länder der Dritten Welt nach ihrer politischen Unabhängigkeit

1. Allgemeine bildungspolitische Ziele 125
2. Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der gesetzten bildungspolitischen Ziele 127

a) Zum Schulsystem und Lerninhalten 128
b) Unterrichtssprache 13o
c) Lehrerbildung 13o
d) Problematik der Sitzenbleiber und Schulabgänger 132

II. Reform des tunesischen Bildungswesens 1958

1. Vereinheitlichung der Lehrpläne 136
2. Renationalisierung 137
3. Anpassung der Bildungsinstitutionen an den Arbeitskräftebedarf 141
4. Demokratisierung der Schulbildung 144

C. Bildungspolitische Maßnahmen zum Zwecke der Förderung von angepaßten und systemkonformen Schülern und Studenten ab 1969/7o

I. Anpassung des Erziehungswesens an die Kriterien der Rentabilität und der Effizienz

1. Kurze Reformphase im Bildungswesen des Erziehungsministers Ahmed Ben Salah als Ausgangslage für die Reform der Reform ab 197o / 15o
2. Selektion und Rentabilität statt Demokratisierung des Bildungswesens 153
   a) Selektion 154
   b) Strukturelle Veränderungen 158

II. Tunesifizierung des Lehrpersonals, autoritäres Lehrerverhalten und komplexe Sprachsituation 161

1. Tunesifizierung der Lehrer im Grund-Sekundar- und Hochschulbereich
2. Autoritäres Verhalten der Lehrer als Indiz für das Fortbestehen islamischer Erziehungsmethoden 162
3. Komplexe Sprachsituation in der Schule 166

D. Die gesellschaftlichen Implikationen der politökonomischen Eingliederung Tunesiens in die west-europäische Marktsphäre ab 197o

I. Weitgehende Öffnung des tunesischen Marktes für die europäischen Investoren und die Auflösung der Genossenschaften 174

1. Gesetzliche Maßnahmen zur Exportförderung und zum Schutze ausländischer Investoren
2. Weitere Konzentration des Besitzes als Ergebnis der Auflösung der Genossenschaften 176
3. Zunehmende Landflucht der freigesetzten Landbevölkerung und Bildung von städtischen Elendsgürteln 177

II. Ökonomische Auswirkung der außenorientierten Industrialisierung

1. Errichtung von ausländischen Produktionsenklaven 179
2. Zunehmende Protestbewegung der Arbeiter und Studenten und die dementsprechende Repressionspolitik des Staates 187

III. Träger der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Tunesien 189

E. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Dichotomie zwischen okzidentaler und traditionaler Kultur in Tunesien

I. Zur Akkulturationstheorie 191

II. Zur Modernisationstheorie 193

III. Westernisierung als Ergebnis von Akkulturation/Modernisierung der nationalen Eliten 194

IV. Die Problematik der Akkulturation und des kulturellen Identitätsverlustes im tunesischen Kontext 196

V. Die europäische und die traditionale Kultur als Widerspiegelung der politischen Strömungen in Tunesien 2o1

VI. Islam und westliche Kultur als Kampfmittel gegen die etablierte Herrschaft in Tunesien -2o4

Anhang 2o6

Tabellenverzeichnis 2o9

Literaturverzeichnis 211

E I N L E I T U N G

1. Einführung und Problemstellung

Die virulenten Protestaktionen von Millionen schiitischer Muslime, die zum Sturz des persischen Schah führten und die politischen Gewalttätigkeiten in der Türkei haben das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Bedeutung des Islam als Artikulationsform sozialen Protests gegen die sozio-ökonomische Rückständigkeit und die kulturelle Entfremdung gelenkt.

Nach der Süddeutschen Zeitung "sind die Vorgänge in beiden Nationen vergleichbar, obwohl das ehemalige Osmanische Reich nach der Revolution Kemal Atatürks sehr viel weiter 'europäisiert' war als der Iran unter dem 'aufgeklärten' aber absolutistischen Regime des Kaisers. In beiden Ländern revoltieren wiederauflebende konservative islamische Strömungen gegen die Bindung an den Westen. Zumindest darin sind sich extreme linke und rechte Kräfte einig, die sich sonst untereinander bekämpften."[1]

Die Mailänder Corriere Della Sera entdeckte im Islam eine revolutionäre Kraft, die die ganze islamische Welt zwischen Atlantik und Indonesien bedroht. Darin ist zu lesen: "Der sich ausbreitende Marxismus hat den Konfuzianismus in China, den Buddhismus in Vietnam und Kambodscha, das orthodoxe Christentum in Rußland und Äthiopien zerstört. Im Iran geschieht nun das Gegenteil. Der Marxismus wird vom Islam aufgesogen. In dieser Sicht wiegt die neue Synthese schwer für die ganze islamische Welt vom Atlantik bis Indonesien...

---

1 SZ vom 28.12.1978; "Fanatismus in der Türkei ", S. 3

Die Türkei, der Irak und Saudi-Arabien stehen am Rande eines sich ausbreitenden Brandes."[1] Und die französische Zeitung Le Parisien Libéré konstatiert, daß "eine Bewegung im Gange ist, die sehr tiefgreifende Folgen haben kann." Und "man sollte nicht vergessen", schreibt sie weiter, "daß die muselmanischen Republiken der UdSSR 58 Mio Seelen zählen."[2]

In diesen Aussagen werden zentrale Probleme angesprochen, mit denen sich die gesamte Dritte Welt seit ihrer Kolonialisierung durch die europäischen Großmächte konfrontiert sehen. Es sind Probleme, die sich aus der Unfähigkeit der zumeist okzidental-akkulturierten nationalen Führung ergeben, die Identität des Landes mit den Erfordernissen der europäischen Zivilisation in Einklang zu bringen, die Massen in den Innovationsprozeß einzubeziehen, um so die sozio-ökonomische Unterentwicklung sowie die zunehmende kulturelle Entfremdung zu überwinden.

Die Ereignisse im Iran und in der Türkei sowie die seit einiger Zeit beobachtbare Re-Islamisierungspolitik in Ägypten, Libyen, Pakistan und Afghanistan machen aber auch deutlich, daß die am europäischen Leitbild orientierten Modernisierungsprozesse in den meisten ehemals kolonisierten Ländern gescheitert sind, weil die Denk- und Verhaltensweisen der agrikulturellen Bevölkerungsteile von den Wandlungen nicht nachhaltig beeinflußt werden konnten. Für sie trifft zu, was Max Horkheimer generell feststellte:"Wenn große Massen

---

1 Zitiert nach der SZ vom 29.12.1978, S. 3
2 Zitiert nach der SZ vom 28.12.1978, S. 3

trotz ihrer entgegenstehenden Interessen an (rückständigen Produktionsformen) ... festgehalten haben, so spielte dabei die Angst, ja die Unfähigkeit eine Rolle, aus der in der Seele eines jeden Individuums eingesenkten alten Glaubens- und Vorstellungswelt hinauszutreten. Ihre bestimmte Art, die Welt zu erleben, hat sich bei den einfachen und immer wiederkehrenden Arbeiten herausgebildet und ist im Laufe der Jahrhunderte zu einem notwendigen Moment des Lebens in dieser Gesellschaft geworden."[1]

Insgesamt ist die islamische Geschichte die Geschichte einesspannungsreichen Dualismus zwischen der Konzeption, die die Allmächtigkeit Allahs und somit die schicksalhafte Hingabe des Menschen an ihn predigte, und der Konzeption, die Vernunft und Glauben in Einklang zu bringen versuchte, um so den Menschen zum Subjekt seiner eigenen Geschichte zu machen.

Bis zum 1. Weltkrieg konnte sich die erste Konzeption unter der Voraussetzung einer Feudalgesellschaft zur allgemeinen Ideologie erheben. Doch mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches als größter islamischer Macht erlangte die zweite Konzeption in allen islamischen Ländern eine entscheidende Bedeutung. "Erstmals sahen sich die Kolonialmächte in Obersee mit einem politischen Widerstand konfrontiert, der nicht mehr auf unreflektierter Xenophobie und auf dem archaischen Konzept der Restauration vorbürgerlicher Verhältnisse beruhte, dessen Vertreter vielmehr die Forde-

---

1 HORKHEIMER, 1936, S. 15 u. 20

rung nach nationaler Befreiung mit dem Programm forcierter gesellschaftlicher Modernisierung verbanden und so das Programm der kolonialen Revolution auf die Tagesordnung setzten."[1]

Die Geschichte der arabischen Nationalbewegungen ist ein typisches Beispiel dafür, wie vorwiegend westlich gebildete Führungsgruppen unter den Voraussetzungen der kolonialen Situation sich anschickten, die sozialegalitären Momente eines modernisierten Islams zur wirkungsvollsten Artikulationsform sozialen Protests aller Volksschichten gegen den Kolonialismus und den mit ihm kollaborierenden orthodoxen Islam zu machen: Ihr sozial-revolutionäres Programm spiegelte die liberalen und humanistischen Vorstellungen Europas des 18. und 19. Jahrhunderts wider, die Argumentation aber wurde aus den Ideenquellen einer neuinterpretierten Ordnungsvorstellung der islamischen Urgemeinde (arab. umma) abgeleitet.

Diesen Bewegungen gelang es, alle Volksschichten in den Befreiungskampf einzubeziehen: Indem sie das Selbstbestimmungsrecht und bürgerliche Freiheiten von der Kolonialmacht verlangten, bekämpften sie ihren Gegner mit der eigenen Ideologie und indem sie die Dekadenz der islamischen Zivilisation nicht als schicksalhaften Akt, sondern als Ergebnis der menschlichen Untätigkeit interpretierten, relativierten sie die Allmacht Gottes sowie die Machtlosigkeit des Individuums gegenüber den Dingen. Damit machten sie den Islam zu einer wirksamen Defensivwaffe gegen die europäische Oberlegenheit.

---

1 STEINHAUS, 1969, S. 8

Europäisches sozial-revolutionäres Gedankengut und islamische kulturelle Identität machten so erstmals das Volk zum Subjekt der Veränderung und wandelte die fatalistische Einstellung und Haltung der religiösen Massen in enthusiastische Aktionen gegen die koloniale Situation um.

Westernisierung der Eliten und kulturelle Entfremdung zur Westernisierung

Die Gewichtigkeit der europäischen Bildungsinstitutionen im nationalen Befreiungskampf war nicht zu unterschätzen: Die ökonomische Durchdringung der Kolonien war durch quantitative und qualitative bildungspolitische Maßnahmen der Kolonialmacht zum Zwecke ihrer eigenen Konsolidierung begleitet. Sie waren freilich darauf abgestellt, die überlieferten Wirtschafts- und Organisationsformen sowie das Wertsystem durch europäische zu ersetzen und deren Internalisierung und Verbindlichkeit im Rahmen des kolonialen Bildungssystems sicherzustellen.

Durch die Tatsache, daß das europäische Bildungssystem mehr mit einer kleinen Minderheit in den Städten verbunden blieb, kam es zu einer klassenspezifischen Arbeitsteilung: Die einheimische Elite übernahm das Norm- und Wertsystem der Industriegesellschaft als ein universell gültiges Verhaltensmuster und wurde somit zum "Vermittler externer Herrschaftsansprüche."[1]

---

1 TIBI, 1974, S. 13

Die große Mehrheit der Bevölkerung blieb indessen von allen Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Von den kolonialen 'Segnungen' blieb ihr nur die koloniale Repression und die kulturelle Unsicherheit.

In diesem Zusammenhang soll nicht von einem vagen Kulturbegriff ausgegangen werden, sondern von einem in Anlehnung an Detlev Werner[1] differenzierten Kulturverständnis, nämlich daß jede Kultur divergierende Strömungen enthält, die die Widersprüchlichkeit der jeweiligen Sozialstruktur zum Ausdruck bringt. Die europäische Kultur enthält ebenso viel fortschrittliche (Aufklärung, Rationalismus) wie retardierende Momente (Faschismus).

Dieser Tatbestand hat auch im Islam seine Parallelität: Das Wort 'Islam' bedeutet zwar 'Unterwerfung', d.h. "das Gefühl der Abhängigkeit von einer unbeschränkten Allmacht, der sich der Mensch willenlos hinzugeben hat"[2], es gibt aber auch Verse im Koran, aus denen sich der freie Wille des Menschen sowie seine individuelle Verantwortung unschwer ableiten lassen. Aus ihnen inspirierten sich die bekanntesten sozial-egalitären Sektenbewegungen wie die Kharijiten und Motazaliten im Mittelalter[3] und seit dem 1. Weltkrieg die Islam-Reformer wie Djamal Addine El-Afghani, Mohamed Abdu u.a. Das Scheitern der Innovationsprozesse liegt gewiß nicht - wie noch zu zeigen ist - in den verschiedentlich angesprochenen retardierenden Funktionen des Islams. Die Ursachen dafür liegen woanders.

---

1 WERNER, 1968
2 GOLDZIHER, 1925, S. 2
3 CASPAR, 1967, S. 145;
LOUST, 1965, S. 101 ff.

Zur kulturellen Entfremdung

Die traditionalen Wertvorstellungen bildeten von jeher unter dem Etikett des Islam die einzige Zuflucht, innerhalb derer die Gesellschaft ihre kulturelle Identität zu finden glaubte. Freilich kannten die arabisch-islamische Erziehung ebenso wie die traditionalen Lebensformen der vorkolonialen Bevölkerung nicht den Begriff der "Individualität" im westeuropäischen Sinne. Der Einzelne war vielmehr eingebettet in moralische und soziale Bezüge der Gruppe: Gemeinsame Sprache, gemeinsamer Besitz und gemeinsame Verantwortung kennzeichneten die in Großfamilien lebenden Gemeinwesen.

Unter dem Vorwand, eine "mission civilisatrice" in die Gesellschaften Afrikas und Asiens einzuführen, etablierten die Kolonialmächte eine exogen konzipierte Ordnung, deren Folgen jedoch diejenigen tragen mußten, denen die Zivilisation zur Entwicklung verhelfen sollte. Die Sprache des Kolonisierten wurde diskriminiert, wie er selbst. Seine Muttersprache verhalf ihm weder zum sozialen Aufstieg noch zur Ausübung eines Berufes. Die Annahme der fremden Sprache implizierte den Willen, sich von seiner eigenen Kultur zu entfernen, um sich in die fremde Kultur zu integrieren.

Die kulturelle Selbstentfremdung der Eingeborenen in Afrika hatte, nach Frantz Fanon, den Zweck "den Ein-

geborenen einzuhämmern, der Kolonialismus müsse sie aus der Nacht herausreißen und der Weggang des Kolonialherrn würde für sie die Rückkehr zur Barbarei, Vertiefung und 'encanaillement' bedeuten...Der Kolonialismus versucht also, sich dem Unbewußten der Eingeborenen nicht als eine gütige und wohlwollende Mutter einzuprägen, die das Kind vor einer feindlichen Umgebung schützt. Vielmehr als eine Mutter, die ein völlig perverses Kind ständig daran hindert, sich das Leben zu nehmen... Die koloniale Mutter schützt das Kind vor sich selbst, vor seinem Ich, seiner Physiologie, seiner Biologie, seinem ontologischen Unglück."[1]

Aber nicht von dieser unterdrückten Mehrheit kamen die ersten ernsthaften Ansätze für die Überwindung der kolonialen Situation, sondern von der vorwiegend europäisch gebildeten Elite. Entgegen den Intentionen der Kolonialmacht, als Transmissionsriemen zwischen autochtoner Bevölkerung und kolonialer Herrschaft zu fungieren, vermochte sich die Elite zur Vermittlungsinstanz nationaler Forderungen nach kultureller Identität, bürgerlicher Freiheit und sozialer Egalität zu erheben. Mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit kam erstamls in den außereuropäischen ändern in eindrucksvoller und nachhaltiger Weise die 'politische Doppelfunktion von Bildung, zugleich Anpassung und Kritik zu produzieren"[2] zum Tragen.

In der postkolonialen Phase verzichteten diese Führungsgruppen auf durchgreifende Agrarreformen

---

1 FANON, 1966, S. 161
2 DEPPE-WOLFINGER, 1970, S. 212

und sahen den Faktor Bildung als den eigentlichen Hebel für gesellschaftliche Veränderungen an.

Das Weiterwirken kolonialer Bildungsinstitutionen als Vermittlungsinstanz europäischer Werte und Normen begünstigte die Säkularisierung des Rechts (Tunesien) und der politischen Institutionen (alle arabischen Länder), aber auch die Bereitschaft zur Annahme westlicher Denk- und Verhaltensweisen (Westernisierung).

Diese Westernisierung hätte einen positiven Entwicklungseffekt gehabt, wenn sie von einer parallel laufenden Industrialisierung begleitet gewesen wäre.

In den Entwicklungsländern aber ist die kulturelle Verwestlichung ohne ökonomisches und soziales Korrelat geblieben. Das ließ eine dichotome Gesellschaft entstehen, bei der auf der einen Seite die wenigen Reichen und Gebildeten stehen und auf der anderen Seite die Masse der Verarmten und Ungebildeten. "Auf einen kleinen Nenner gebracht, handelt es sich um die Kluft zwischen einer kleinen Gruppe aktiver, einflußreicher, intellektuell-technisch trainierter Personen, die in den Städten leben, und der großen Masse der apathischen, indifferenten, ausgebeuteten, unwissenden und meist außerordentlich verarmten Bauernschaft."

Die westlich-inspirierten nationalen Ideologien, wie die verschiedenen arabischen und

---

1 WALLRAVEN, 1972, S. 393

afrikanischen 'Sozialismen' besaßen keine konkreten und konsistenten Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen. Sie zeigten sich außerstande, eine reibungslose Auflösung der gesellschaftlichen Widersprüche, die sich aus der oben beschriebenen dichotomen Gesellschaftsstruktur ergaben, zu ermöglichen. Ihre auf soziale Harmonie angelegte Gesellschaftsvorstellung[1] verhinderte vielmehr eine politische Austragung innergesellschaftlicher Widersprüche und wurden somit zu Rechtfertigungsideologien einer falschen Realität. Dies erzeugte eine zunehmende Opposition, die wiederum eine zunehmende Repression der Staatsapparate notwendig machte. Ab diesem Punkt werden - ähnlich wie in der kolonialen Zeit - die politischen und sozialen Forderungen nicht mehr direkt, sondern über religiöse Ausdrucksformen artikuliert. Dieser Tatbestand wird durch die täglichen Berichte über die Protestbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika (Befreiungstheologie) nachgewiesen.

Der Rückgriff auf die autochtone Kultur, der in den islamischen Ländern die Form einer Re-Islamisierungsbewegung annimmt, ist daher ohne das Problem der wirtschaftlichen Unterentwicklung und kulturell noch nicht verarbeiteten kolonialen Vergangenheit nicht adäquat zu erfassen.

---

1 TREUHEIT, 1970

2. Fragestellung

Die ökonomischen Analysen haben bisher die wissenschaftliche Diskussion über das Verhältnis der Industrienationen zu den Entwicklungsländern bestimmt. Dabei wurde die Frage nach der Reziprozität der kulturellen und ökonomischen Dimension dieses Verhältnisses nur wenig behandelt.

Am tunesischen Beispiel sollen in dieser Arbeit die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Spannungsverhältnisses von traditional-islamischer und europäischer Bildung historisch dargestellt und analysiert werden, wobei aufgezeigt werden soll, wie die Übernahme der Organisationsstruktur europäischer Industriegesellschaften mittels der französischen Sprache und Kultur zunehmend zu einem gesellschaftlichen Konfliktfaktor wurde und wie das Hin- und Hergerissensein zwischen einem überholten, aber noch festverankerten Traditionalismus, und einem für die Mehrheit der Bevölkerung schwer assimilierbaren Modernismus eine Situation entstehen ließen, in der sich das Leben der Gesellschaftsschichten und Familienmitglieder in einem Zustand permanenter Spannung befand.

Die Analyse ist vor dem Hintergrund folgender Fragestellungen zu sehen:

1. Wie verliefen die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozesse der Islamisierung

und Arabisierung, die für die Entwicklung der tunesischen Gesellschaft bestimmend waren und deren historisches Ergebnis die kulturelle Identität des Landes ausgemacht hatte?

2. Wie verliefen die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozesse, die die arabisch-islamische Gesellschaft Tunesiens zunächst in den kulturellen, dann aber auch in den politischen, ökonomischen und militärischen Einflußbereich Frankreichs brachten; welche Reaktionen lösten sie bei den sozialen Gruppen aus?

3. Wie verliefen die quantitativen und qualitativen bildungspolitischen Maßnahmen Frankreichs, die zur Akkulturation einer autochtonen Elite, aber auch zur Dekulturation der Bevölkerungsmehrheit führten?

4. Inwiefern und auf welche Weise schlug das französische Bildungswesen in Tunesien vom Mittel zur Anpassung an koloniale Verhältnisse in die Vermittlungsinstanz nationaler Forderungen nach bürgerlicher Freiheit und sozialer Egalität um?

5. Welchen sozialen Gruppen wurde die politische Unabhängigkeit des Landes übertragen, wie war ihr sozio-kultureller Hintergrund, wie verliefen die politischen, ökonomischen und bildungspolitischen Reformen der tunesischen Führung in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit und schließlich, wie hat sich der französische Kultureinfluß auf das nationale Bildungswesen quantitativ und qualitativ konkretisiert?

6. Welchen Stellenwert nahm die arabische Sprache und die islamische Kultur im nationalen Bildungswesen in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit ein und wie manifestierte sich das Spannungsverhältnis zwischen der arabisch-islamischen und der europäischen Kultur im sozialen Kontext?

7. Was hat die tunesische Führung veranlaßt, ab 1970 eine liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung einzuführen, das Bildungswesen nach dem alleinigen Kriterium der Rentabilität auszurichten, Französisch endgültig als Hauptverkehrssprache zu institutionalisieren?

8. Für wen findet seit 1970 die Entwicklung statt?

9. Ist die gesamtgesellschaftliche Blockierung allein durch kulturelle Rückbesinnung zu überwinden?

Begründung der Objektwahl

Tunesien ist im Sinne der Fragestellung besonders geeignet:

- Seit 1881 wird die Geschichte des Landes durch die zwei bedeutenden Kulturbereiche, die arabisch-islamische und die okzidentale Kultur, entscheidend geprägt.

- Die Ideen der Aufklärung bildeten die ideologischen Ausdrucksformen des tunesischen Nationalismus, der zur wirkungsvollen Antwort auf die koloniale Situation wurde.

- In Tunesien wurde erstmals der Versuch unternommen, die alte arabisch-islamische Zivilisation mit der europäischen zu einer spezifisch nationalen Kultur zu vereinigen.

- Habib Bourguiba, der Partei- und Staatspräsident, prägte seit 1932 bis heute die koloniale und nachkoloniale Geschichte des Landes so sehr, daß sie alle Tunesienkenner als seine 'Schöpfung' bezeichnen.

- Die nationale Homogenität ist größer als in den meisten Entwicklungsländern: 98 % der Bevölkerung sind Araber oder arabisierte Berber. Alle sind sunnitisch-islamisch und sprechen arabisch.

- In Tunesien wurden bruchlos aufeinanderfolgend zwei alternative Modelle von Entwicklung - Destursozialismus (1962-69) und Liberalismus (1969 bis heute) - eingeführt. Der Vergleich dieser Modelle und die Analyse ihrer Ergebnisse lassen daher wissenschaftlich interessante Rückschlüsse auf die Entwicklungsprozesse nicht nur der islamischen Welt zu.

ERSTER TEIL

Die geschlossene arabisch-islamische Gesellschaft in Tunesien vor dem Protektorat und deren allmähliche Öffnung nach Europa

A. Struktur der arabisch-islamischen Gesellschaft

I. Zum Prozeß der Islamisierung und Arabisierung Tunesiens

Die ursprüngliche Bevölkerung des heutigen Tunesiens waren die Berber,[1] die sich im Laufe des Islamisierungsprozesses seit dem VIII. Jahrhundert n. Chr. mit den Arabern so sehr vermischten, daß sie heute nur noch knapp 2 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Erstmals historisch greifbar wurde Tunesien unter der Herrschaft der aus dem syrischen Gebiet stammenden Phöniziern, die hier 814 v. Chr. das Reich Karthagos gründeten. Die nahezu 700 Jahre währende Herrschaft gab dem Land ein tiefes Gepräge: Handelskontore überzogen das Land und die Förderung des Handwerks für den Seehandel ließ zahlreiche Städte entstehen, deren "ökonomische Organisation und soziale Komplexität"[2] einen hohen Stand der Entwicklung zeigten.

---

1 Ober die Geschichte der Berber gibt der marrokanische Historiker LAROUI, 1975, eine ausgezeichnete Darstellung aus der Sicht des Kolonialisierten. Seine Auseinandersetzung mit der kolonialen Geschichtsschreibung weist ihn aus als den ersten, der die Dekolonisation der nordafrikanischen Geschichte initiierte / vgl. auch den tunesischen Historiker SAHLI, 1969

2 CHERIF, 1975, S. 18./ Zur Entwicklung und Funktion der Städe unter den Römern s.auch MENSCHING 1969, S.55-57; TEUTSCH, 1962.

Unter der römischen Herrschaft - sie dauerte bis 300 n. Chr. - nahmen die Städte und die Landwirtschaft[1] einen unerhörten Aufschwung: die phönizischen, sowie die neu gegründeten Städte überzogen wie "ein weißer Mantel die von den Römern kontrollierten Gebiete."[2] Hier war die städtische Bourgeoisie, die vorwiegend aus einheimischen Großgrundbesitzern bestand, der herrschende Stand. Die Städte waren administrativ autonom und indem ihnen das umliegende Territorium unterworfen war, war es Rom möglich, durch die ihm ergebene einheimische Stadtbourgeoisie nicht nur das Land zu beherrschen, sondern - was noch wichtiger war - auch mehr auszubeuten. Immerhin lieferte die Provinz Africa als Kornkammer Roms "zwei Drittel der römischen Getreideversorgung, daneben Oliven, Feigen und Wein."[3]

Die wichtigste Besonderheit der römischen Kolonisation ist allerdings darin zu sehen, daß sie das von den Phöniziern vernachlässigte Hinterland durch ein Bewässerungssystem landwirtschaftlich nutzbar machte und die nomadischen Berber, die von jeher Städte und Bauern durch ihre Raubzüge gefährdeten, hinter eine Befestigungslinie, dem Limes, zurückdrängten.

Mit der Errichtung des Limes als Trennungslinie zwischen seßhaften Bauern und nomadisierenden Berbern wurde der Gegensatz zweier sozialer Organisationstypen geschaffen, der bis ins 19. Jahrhundert hinein von seiner Schärfe wenig verlor.

---

1 Zur Agrarkolonisation: Vgl. PICARD, 1962

2 CHERIF, 1975, S. 18

3 BOLZ, 1976, S. 5

4 NACHTIGALL, 1961, S. 151-185

Die nachfolgende Herrschaft der Vandalen (440 - 533 n.Chr.) und der Byzantiner (533 - 649 n. Chr.) änderte an den römischen Verhältnissen nichts Wesentliches.

Die Zuspitzung der innergesellschaftlichen[1] Widersprüche im byzantinischen Nordafrika, wo die staatliche Gewalt sich faktisch nur noch in den Städten der Küstengebiete vollzog, rief die arabischen Heere des sich ausbreitenden islamischen Reiches auf den Plan. Sie drangen unter der Führung von Oqba ben Nafaa von Süden her ein und konzentrierten sich in erster Linie auf die Unterwerfung der Berberstämme, deren soziales und klimatisches Milieu sie von der Arabischen Halbinsel her kannten. Ihre razzienartigen Unternehmungen im Landesinnern waren allerdings wenig dazu angetan, die im Islam angelegten Momente der Toleranz und der sozialen Egalität den Berbern glaubhaft zu machen. Daraus erklärt sich der erbitterte Widerstand der Berber gegen die Eroberungswellen der Araber im gesamten Nordafrika.[2]

Erst nach der Einnahme der Küstengebiete und der Zerstörung Karthagos (709 n. Chr.) nahm die arabische Islamisierungspolitik einen systematischen Charakter an. Die tunesische Stadt Kairuan, die sich in der Folgezeit zum größten arabisch-islamischen Kulturzentrum, dessen Ausstrahlung bis nach Persien reichte,[3] entwickelte, wurde gleichzeitig die Hauptstadt der

---

1 Zur Krise der römischen Kirche und Herrschaftskrise der Römer, Vandalen und Byzantiner s. ausführlich PEYROUTON, 1966, S. 28-44; BRISSON, 1948

2 Die Berberführerin Kahina, die den arabischen Heeren manche Niederlagen beibrachte, wird heute in der tunesischen Geschichte als Beispiel für den Willen der Einheimischen zur Erhaltung der nationalen Spezifität des Landes hervorgehoben.

3 MARCAIS, 1947, S. 92

neuen arabischen Provinz Ifriqya (Tunesien) und Residenzstadt des arabischen Gouverneurs.

Arabische Kultur, islamische Gerichtsbarkeit und arabische Verwaltungseinrichtungen (dawawin) zur Erschließung und Erfassung neuer Steuerquellen und zur Erhebung neuer Kontigente einheimischer Glaubenskämpfer brachten das Land endgültig in den Einflußbereich des Islam, "einer auf Orientalen, speziell auf Araber zugeschnittenen Religion, also einerseits auf handel- und gewerbetreibende Städter und andererseits auf nomadisierende Beduinen."[1]

Die Tatsache, daß die Araber im 8. Jahrhundert n. Chr. keine Veranlassung sahen, die vorgefundenen ökonomischen Verhältnisse in Tunesien grundlegend zu ändern, entsprach nicht so sehr der vom Islam postulierten Toleranz gegenüber Andersgläubigen, sondern vielmehr der Tatsache, daß der Islam das politisch-religiöse Moment stets in den Vordergrund stellte; er bedingte keine Wirtschaftsordnung.[2] Für ihn hatten die eroberten Gebiete vorwiegend fiskalische Signifikanz:

Das Streben der Khalifen nach tributpflichtiger Bevölkerung machte eine systematische Erschließung und Erfassung der Steuerquellen bis in die Provinzen hinein notwendig. Und da der Khalif im Einklang mit dem Islam nicht nur religiöser, sondern auch weltlicher Führer der islamischen Gemeinschaft (umma) war und mit den ständig wechselnden Aufgaben des Reiches

---

1 MARX-ENGELS, 1963, S. 450
2 Diesen Tatbestand hat RODINSON, 1966, eindeutig herausgearbeitet.

nicht mehr allein fertig werden konnte, delegierte er seine weltliche Macht dem von ihm ernannten Wesir, seine juristische dem islamischen Richter (qadi) und seine militärische einem Feldherrn (amir). Diese Verwaltungsstruktur,[1] die sich nach dem byzantinischen und persischen Vorbild in der Blüte des islamischen Reiches unter den Abbassiden herausgebildet hatte, konkretisierte sich auch in der Provinz Ifriqya, dem heutigen Tunesien.

Während die Berber die neue Religion in ganz Nordafrika bis nach Spanien verbreiteten, zogen sich die Araber in Tunesien in die Städte zurück, die von ihnen neu belebt wurden und beließen den Bauern ihre Felder.

Die eigentliche Arabisierung ließ indessen lange auf sich warten, sie fand erst fünf Jahrhunderte später ihren Abschluß (im XIII. Jahrhundert n.Chr.): Zur Disziplinierung des faktisch unabhängigen arabischen Gouverneurs von Tunesien schickte der Khalif von Kairo die arabischen Beduinenstämme von Beni Hilal und Beni Solayman ins Land. Das Ausmaß ihrer Verwüstungen in der Landwirtschaft sind bis heute unübersehbar, da sie das gesamte ökologische Gleichgewicht zerstörten.[2]

Wichtigste Besonderheit dieser Beduineninvasion lag allerdings darin, daß sie die Berber auf die heutigen tunesischen Gebiete von Gafsa, Matmata und Djerba

---

1 GAUDEFROY-DEMOMBYNES, 1956, S. 112-129

2 Der Wirtschaftswissenschaftler AMIN stellt dazu fest: "Die arabische Invasion war der Ausgangspunkt einer großen Rache des Nomadentums ... Die strahlenden Ebenen der Berber verschwanden für immer, die (von den Römern errichteten Anm.d.V.) Bewässerungsleitungen wurden zerstört", 1970, S. 15-16

zurückdrängte, die arabische Sprache weitgehend generalisierte und schließlich die Landbevölkerung durch arabische Sitten und Gebräuche tiefgehend prägte.

An der im XIII. Jahrhundert von den Arabern in Tunesien geschaffenen gesellschaftlichen Konstellation änderte sich bis ins XX. Jahrhundert hinein nichts Wesentliches: Zentralgewalt, Stadtbevölkerung und Nomadenstämme bildeten drei getrennte Sphären, die selten ineinandergingen. Ihr Verhältnis zueinander war in Friedenszeiten durch eine gegenseitige Abhängigkeit bestimmt. "Die Stadtbevölkerung suchte den Schutz der Zentralgewalt gegen die Nomaden. Die Zentralgewalt war ihrerseits gezwungen, die Unterstützung eines Teiles der Nomaden zu suchen, um ihre Armee zusammenzustellen, um so den Handel zu schützen. Die Nomaden schließlich brauchten die Stadtbevölkerung, mit der sie in mehr oder weniger regen Austauschbeziehungen traten."[1]

II. Sozialstruktur der Stämme im Innern des Landes

Im traditionellen Tunesien bestand die Mehrheit der Bevölkerung[2] aus kleinen überschaubaren sozialen Einheiten, die entsprechend dem agnatischen Prinzip miteinander verbunden waren. Das arabische Verwandschafts-

---

1 ZGHAL ET STAMBOULI, 1974, S. 224

2 Die Angaben der beträchtlichen Bevölkerungszahl im 19. Jahrhundert sind widersprüchlich, dürften sich aber zwischen 1.200.000und 1.500.000 Einwohner bewegen. Vgl. SMIDA, 1970, S. 18

system, das soziale Harmonie und unabdingbare gegenseitige Solidarität der Gruppenmitglieder unter sich in den Vordergrund stellte, bildete die Grundlage der sozialen Integration und Harmonie der tunesischen Gesellschaft. Die Familie (aila) war die Grundlage unilinearer Verwandschaft. Reale und eingebildete Verwandschaftsgruppen konstituierten sich zu 'mechta' (Familiengruppe), die sich mit zunehmender Mitgliederzahl zu 'ferga' (Stamm) und zu 'arch' (Stammesverband) erweiterten.[1]

Bis ins 20. Jahrhundert hinein bestand die Hälfte der tunesischen Bevölkerung aus achtzehn Stämmen , die miteinander durch eine Art Liga (soffs) verbunden waren. Ihre konzentrischen Punkte lagen in den Bergen, in den Ebenen, in der Steppe, in den Vorzonen der Wüste im Süden bis hin zu den algerischen Grenzen im Westen. "Das aus Ziegen- oder Kamelhaar geflochtene und kreisförmig (douar) aufgebaute Zelt war das Symbol eines mobilen Lebens, dessen Reichweite je nach Region variierte."[2] Ein nach außen starker und einheitlicher Familienverband, der zugleich Produktions- und Konsumptionseinheit war, bildete in der Stammesorganisation den einzigen Schutz gegen staatliche Obergriffe und zugleich den Garanten für das Oberleben der Stammes- und Familienmitglieder.

Ihre ökonomische Aktivität vollzog sich nur im Hinblick auf ihre eigene Subsistenz. Nicht Profit, sondern Ehre und soziales Ansehen bestimmte das gesellschaftliche Verhältnis der Stammesmitglieder. "Oberall fin-

---

1 Die Frage, ob die berberische tunesische Familie durch den Islam verändert wurde, oder ob sich der Islam angepaßt hatte, ist nicht eindeutig nachgewiesen. Letzteres dürfte eher der Fall sein. Hierzu vgl. DEMEERSEMAN, 1967; ZGHAL, 1967, S. 95-108

2 RAYMOND ET PONCET, 1971, S. 18

det man die gemeinschaftliche Solidarität in ihrer unterschiedlichen Intensität, sowohl bei den kleinsten Interessen des privaten Lebens als auch bei den Beziehungen der Familie, des Dorfes und der Sippe."[1]

In diesem ökonomischen System wurde in bezug auf die Arbeit nicht in Kategorien von Ober- und Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit gedacht.[2] So notwendig die Arbeit für die eigene Subsistenz war, so notwendig war aber auch die arbeitsfreie Zeit für die Teilnahme an den traditionellen Riten und Gebräuchen der Gemeinschaft.

Auch wenn die Organisationsform der Stammesgellschaft bei den Nomaden wie bei den Bauern vom Gleichheitsprinzip bestimmt war, so gab es dennoch Ansätze einer sozialen Differenzierung innerhalb der die Stämme konstituierenden Familien. Die eigentlich Herrschenden waren die edlen Familien, die diesen Status aufgrund eines ausgeprägten Zusammenhalts (asabiya)[3] zwischen den Familienmitgliedern und der besonderen Charaktereigenschaften ihrer zahlreichen Vorfahren erhielten. Der Adelsstand im ganzen Maghreb hing, nach Ibn Khaldoun, weder von der Gnade eines Königs, noch vom materiellen Reichtum einer Familie ab, sondern einzig und allein von ihrer Fähigkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder optimal zu festigen und die alten, vom Gleichheitsprinzip geleiteten Traditionen zu erhalten.[4]

In Tunesien wie überall im Maghreb befanden sich die Stämme nicht selten auch untereinander in Fehde. Ihre

---

1 HANOTEAU ET LETOURNEUX, 1872
2 BOURDIEU, 1959
3 Zum Begriff 'asabiya' von Ibn Khaldoun
Vgl. KHEMIRI, 1936; GABRIELLI, 1930
4 Zum Sozialsystem des vorkolonialen Nordafrika nach
Ibn Khaldoun vgl. DE SLANE, 1934

Mobilisierung vollzog sich stets angesichts der Bestrebungen der Zentralgewalt, ihre politische Macht auf Kosten der Stammestraditionen zu etablieren. Diese im Grunde auf gemeinsamer Interessenlage beruhende starke Solidarität wurde besonders in Krisenzeiten offenkundig: als im 18. und 19. Jahrhundert das Land von Epidemien und Hungersnöten heimgesucht wurde und die staatliche Macht ihre irregulären Steuern auf die Stämme auszudehnen versuchte, erwiesen sich die Stämme stets von neuem als die eigentlich Herrschenden im Lande: Die Soldaten der königlichen Steuereintreiber wurden mehrmals in die Flucht geschlagen und die ohnehin von der Subsistenzwirtschaft lebenden Bauern im Sahelgebiet zu Abgaben gezwungen. Statt den Zentralisierungsprozeß rigoros voranzutreiben, zog sich die staatliche Macht in die städtischen Zentren zurück. Die sogenannten ambulanten Camps der Zentralgewalt wurden von Zeit zu Zeit ins Innere des Landes geschickt, um die Steuern einzutreiben und die Stämme zu disziplinieren. Sie waren jedoch wenig dazu angetan, andere als anti-staatliche, tribal-egalitäre Verhältnisse zu fördern. Daraus erklärt sich auch die Unmöglichkeit, "eine zentrale dynastische Macht zu etablieren. Die Königsgewalt war immer bedroht... es war schwer, eine kontinuierliche und solide Monarchie zu haben, ... Die große Anzahl der Stämme im Maghreb machte sie unfügsam und unregierbar... Wurde ein Stamm vernichtet, so trat ein anderer, noch hartnäckigerer und rebellischerer an seine Stelle."[1]

---

1 IBN KHALDOUN, 1967, S. 290-291,
Er stellte aber auch fest, daß die Unregierbarkeit der Stämme darauf zurückzuführen war, daß die Zentralgewalt in ihren Zentralisierungsbestrebungen Willkürherrschaft ausübte und somit in Widerspruch zum Egalitarismus der Stämme treten mußte. Vgl. LACOSTE, 1966, S. 147-148

Die Stämme wurden in Sippen und Großfamilien organisiert und autoritär regiert. Der Älteste des Stammes war oberster Patriarch mit absoluter Macht über alle Sippen- und Familienmitglieder, die sich seinen Anordnungen und Entscheidungen widerspruchslos zu fügen hatten. Die Familienbesitzungen hatten ungeteilt zu bleiben, so daß - unter Umgehung koranischen Rechts[1] - die Güter in 'habous' (unteilbares Eigentum)umgewandelt wurden oder aber mit Zustimmung des männlichen Clans einfach ungeteilt blieben. Außerdem wurde zur Sicherung des Familieneigentums die Endogamie praktiziert, "die Hochzeit mit der Tochter des Onkels väterlichererseits" war allgemeines Ideal.

Diese nach außen stabile und starke Familieneinheit war innerlich durch Instabilität, d.h. durch labile Ehebeziehungen geprägt. Da die islamische Familie auf dem agnatischen Abstammungsprinzip basierte, gehörten Frauen nach ihrer Heirat nicht zur Familie des Mannes, ihre ehelichen Kinder waren Kindes des Mannes und seines Clans, nicht ihre Kinder. Gemäßigt, doch nicht aufgehoben, wurde dieses Prinzip nur, wenn die geheiratete Frau die eigene Cousine war. Und so pflegten "die Patriarchen sterbend (nur) den Söhnen das treue Festhalten am Familienverband als letztes Vermächtnis ans Herz zu legen."[2]

---

1 Nach koranischem Recht erbten auch die Frauen, und zwar die Hälfte dessen, was einem Mann zustand. Die 'habous' waren so das geeignete Mittel, um Frauen das Erbteil vorzuenthalten. Zur Institution der 'habous' vgl. auch S 35 vorl. Arbeit.

2 LUXEMBURG, 1913, S. 350

III. Ökonomische Aktivitäten und die soziale Schichtung der Stadtbevölkerung

Die Stadt war in klar voneinander abgegrenzte Viertel unterteilt, deren Einwohner durch das Verwandschaftssystem, durch gleiche regionale Herkunft oder auch durch gleichartige ökonomische Aktivität miteinander verbunden waren.[1]

Die Nobelsten der Stadtviertel (huma) wählten den Scheich. Ihm oblag die Verwaltung und die Steuereintreibung für die Zentralgewalt. Er war ihre Ansprechstelle und ihr Bindeglied zu der Bevölkerung.Auf der Ebene der ganzen Stadt standen die Verwaltungseinrichtungen unter unmittelbarer Herrschaft der Zentralgewalt. Der Herrscher ernannte und entließ das Verwaltungspersonal. An der Spitze jeder Stadtverwaltung stand der von der Zentralgewalt ernannte Gouverneur. Er war der eigentliche Garant für das Funktionieren der Administration[2], für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für die Ausführung der Verwaltungsmaßnahmen innerhalb der Stadtmauern.

Die ökonomische Aktivität der Stadtbevölkerung vollzog sich innerhalb der Berufskorporationen , die einen relativ hohen Grad an Autonomie gegenüber der Zentralgewalt zu wahren vermochten.[3] An der Spitze jeder Korporation stand ein von den Berufsgenossen gewählter und von der Zentralverwaltung bestätigter 'Amin'. Dieser bildete gemeinsam mit den einflußreichsten Meistern den Korporationsrat, der (madjlis) die Aufgabe hatte,

---

1 In Krisenzeiten können sich auch transethnische und berufsübergreifende Bündnisse (arab. coffs) formieren, vgl. BOYER, 1963, S. 74
2 LETOURNEAU, 1957
3 ATGER, 1909

die Einhaltung der Korporationsordnung zu überwachen, die Berufstradition und Arbeitsethik zu fördern, die Verkaufsbestimmungen zu reglementieren, Meisterprüfungen abzunehmen, innerkorporative Konflikte zu schlichten und schließlich die Hierarchie zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen zu festigen.[1]

Auch wenn das Hierarchisierungsprinzip innerhalb der Korporation stark ausgeprägt war, so gab es augenfällige ökonomische und soziale Unterschiede zwischen den Berufen; die Ausübung eines noblen, d.h. feinen Berufes, bestimmte weitgehend den gesellschaftlichen Unterschied zu denen, die einen niederen, sprich unfeinen Beruf praktizierten. So galten von achtzig Korporationen der Stadt Tunis nur vier Berufe als nobel: die Produzenten der tunesischen Kopfbedeckung (chechia), der Seidenware (haraira) und der Parfümerzeugnisse (attaria) sowie die Sattelhersteller (sarradjine). Wasserträger, Friseure, Masseure in den maurischen Bädern, Tänzer, Sänger und Schauspieler zählten indessen zu den unfeinen Berufskorporationen.[2]

Da die Korporationen je einen gemeinsamen Fond besaßen, um aus eigenen Mitteln die vom Korporationsrat sehr kostspieligen, periodisch organisierten Feste für den Schutzpatron des Berufszweiges zu finanzieren und die Mitglieder bei Hochzeiten, Verschuldungen und Sterbefällen zu unterstützen, konnten sie neben der Eigenständigkeit in der Produktionssphäre auch eine relativ hohe soziale und kulturelle Autonomie gegenüber der Zentralgewalt wahren. Doch statt sich zu einer schlagkräftigen "pressure group" in allen Städten des Landes zu organisieren, um so Einfluß auf die Politik der Zen-

---

1 Eine umfangreiche Untersuchung über die Berufskorporation in Nordafrika liefert MASSIGNON, 1924

2 Vgl. MARCAIS, 1962, S. 41-60

tralgewalt zu gewinnen, suchten die Korporationen vielmehr noch größere Autonomie zum Zwecke der Erhaltung des status quo. Aufgrund seines dichotomischen Charakters - feine und unfeine Berufe - erlaubte das Korporationswesen der Zentralgewalt, die Korporationen gegeneinander auszuspielen. Und nachdem die Einnahmeverluste der Zentralgewalt aus dem zurückgehenden Goldhandel (Ende des XIV. Jahrhunderts)[1] auch durch die Freibeuterei nicht wettzumachen waren, monopolisierte sie u.a. die Fischerei von la Goulette, die Salzgewinnung, die Lederverarbeitung, die Tabakwaren und die Sodaherstellung [2] und engte somit den ökonomischen Aktivitätsbereich der Stadtbevölkerung ein, die in Krisenzeiten darüber hinaus Konfiskationen und übermäßigen Besteuerungen seitens der Zentralgewalt unterworfen wurde.

Die in Korporationen zusammengefaßten Mitglieder der "feinen" Berufsstände blieben immer die besitzenden Schichten der Städte. Diese soziale Schicht, die ethnisch durch den Zuzug vertriebener Emigranten aus Andalusien, Juden aus Livourne und der im Laufe der verschiedenen Dynastien ansässig gewordenen Araber, Marokkaner, Tripolitaner und Türken verstärkt wurde, hatte aufgrund ihres Solidaritätsgefühl und ihres Kastenbewußtseins einen ausgeprägten Klassencharakter.

Ober dieses Handwerks- und Handelsbürgertum erhob sich die soziale Schicht der Aristokraten, die sich aus den Stadtnobelsten, aus Vertretern des Militärs, der Zentralverwaltung und der islamischen Geistlichkeit zusammensetzte.

---

1 Zur Bedeutung des Goldhandels im Mittelmeerraum s. ausführlich BRAUDEL, 1949, S. 364-374
2 Vgl. PELLEGRIN, 1955, S. 101

Unter diesen beiden sozialen Schichten, die gemeinsam die tunesische Oberschicht bildeten, fungierten die Mitglieder der Korporationen unfeiner Berufe, auf die wir bereits hingewiesen haben. Auf der untersten Stufe der sozialen Pyramide in den Städten kam die Masse der verarmten Handwerker, Bettler, Tagelöhner, Gesellen und der niedrigen Geistlichkeit (Koranschullehrer, Notare etc....).

IV. Zentralgewalt

Hoch über den Stadtmauern erhob sich die Festung (kasbah), in der die Zentralverwaltungsbeamten und hohe Offiziere residierten. Ober den hohen Militär- und Verwaltungsbeamten thronte der König (Bey) von Tunesien.

1. Exterritoriale Herkunft der politischen Herrscher

Auch wenn Tunesien seit 1574 formal der Herrschaft der türkischen Pforte unterstand, de facto aber eine autonome Provinz war, deren Unabhängigkeit vom türkischen Sultan 1705 in der Gründung der Dynastie von Hussein ben Ali Bey (Husseiniten) ihre Konkretisierung fand, so lag die Besonderheit der türkischen Ära wohl in der Einführung und dem Ausbau einer landesfremden, aus weißen Sklaven (mamluken) bestehenden Militär- und Verwaltungsaristokratie. So waren die vom türkischen Sultan in Tunesien eingesetzten Herrscherhäuser korsischer (Muraditen 1575 - 1705) bzw. griechischer Herkunft (Husseiniten 1705 - 1956).

Die Mamluken[1] bildeten aufgrund ihrer ökonomischen Privilegien und ihrem Solidaritätsgefühl untereinander eine Kaste mit ausgeprägtem Klassencharakter. Sie schoben sich zwischen den König (Bey) und die wohlhabenden, alteingesessenen einheimischen Familien (beldi). Während diese die ökonomische Macht hatten, dominierten die Mamluken im militärischen und politischen Bereich

Die königliche Armee. die die Stadt vor den Einfällen der Nomaden zu schützen vorgab, hielt sie in Wirklichkeit in Schach und nicht selten "ging sie auf die Stadtbevölkerung los und verhielt sich ihr gegenüber oft wie in einem eroberten Land."[2] Ein Abwehrsystem, das die Stadtbevölkerung in die Lage versetzt hätte, gegen die despotische Zentralgewalt und gegen die Nomaden vorzugehen, fehlte gänzlich. Die tunesische Stadtbevölkerung blieb daher politisch und administrativ der Zentralgewalt ausgeliefert.

2. Organisationsstruktur der Zentralgewalt

Entsprechend der arabisch-islamischen Tradition fungierte jahrhundertelang der Bey (König) von Tunesien als Oberster Herr über Grund, Boden und Bevölkerung. Dabei standen ihm vier Persönlichkeiten aus seiner unmittelbaren Umgebung beratend zur Seite: Der Minister für das Siegelamt (sahib at tabaa), der Finanzminister (khaznadar), der Sekretär für die Angelegenheiten (katib) der Provinzgouverneure(qaïd) und der Heereskommandant (qaïd al ğaisch).

---

1 Die Mamluken hängen mit der Institution der Knabenlese im Osmanischen Reich zusammen. Hierzu ausführlich BARKAN, 1949, S. 70-80

2 ZGHAL ET STAMBOULI, 1974, S. 226

Die entscheidenen Kräfte in den Provinzen waren die vom Bey ernannten Gouverneure (qaïd). Als die eigentlichen Garanten für die Präsenz des Beys hatten sie die Aufgabe, Truppen auszuheben, Steuern einzuziehen und die lokale Rechtssprechung auszuüben. Ihre Macht beruhte auf gänzlich individueller Willkür.[1] Wenn einem 'qaïd' im Prinzip nur ein Herrschaftsbereich unterstand, so kam es doch oft vor, daß der Bey einem einzigen 'qaïd' zugleich mehrere Herrschaftsbereiche (qiyada) zusprach..." oder daß er"aus politischen Gründen eine Sippe willkürlich unterteilte und verschiedenen 'qaïds' unterstellte."[2]

V. Die ambivalente Position der Ulema (Islamgelehrte)

Die besondere Stellung der Ulema beruhte darauf, daß ihnen die Aufstellung verbindlicher Rechtsnormen oblag, deren normative Kraft den vom König erlassenen Gesetzen (kanun) übergeordnet war.

Die religiöse und moralische Pflicht der Islamgelehrten war, in Krisensituationen die Stadtbevölkerung vor der Willkür der Zentralgewalt und ihrer Ungerechtigkeiten zu schützen und ihren Widerstand zu artikulieren. Doch aufgrund ihrer Verbindungen zur Zentralgewalt und ihrer ökonomischen und familiären Verflechtungen mit dem Stadtbürgertum befanden sich die Islamgelehrten selbst in einer ambivalenten Position:

---

1 Kein ständiger Gerichtsstand, keine hierarchische Organisation und kein einheitliches Verfahrensrecht, vgl. BRUNSHVIG, 1965, S. 27-70

2 SMIDA, 1970, S. 133

Auch wenn die Interpretation und Anwendung des islamischen Rechts ihre ureigentliche Domäne bildete, so versorgten die Ulema nahezu die gesamte Verwaltung mit Fachleuten: außer den Richtern (qadi) und den Juristen (mufti) kamen die Wissenschaftler, die Hochschuldozenten (mudarrisin), die Direktoren für das Schatzamt, für das Zollwesen und für das Handels- und Handwerkskontrollamt aus ihren Reihen, ebenso wie die Amtsvorsteher, die Notare und die Lehrer für die Koranschulen. Und da der Herrscher die Ulema in ihren Funktionen ernannte und jederzeit abberufen konnte, ohne ihren Segen seine Herrschaft aber die notwendige sakrale Grundlage entbehrte, etablierte sich zwischen der politischen Herrschaft und den islamischen Gelehrten ein impliziter Konsens darüber, die politische Herrschaft zwar zu kritisieren, aber niemals in Frage zu stellen, keinen Herrschaftsprätendanten gegen einen anderen religiös zu favorisieren, geschweige denn die Macht an sich zu reißen.[1]

Gleichzeitig waren die Ulema selbst Großgrundbesitzer, Händler, Handwerker und Mitglieder der Hohen Verwaltung und standen mit den wohlhabenden Laden- und Immobilieninhabern, Händlern, Handwerkern und Notabeln der Stadt in enger verwandschaftlicher Beziehung. Und da jede willkürliche Maßnahme der politischen Herrschaft auch ihre Interessen beeinträchtigte, mußten sie sich aufgrund ihrer religiösen und moralischen Autorität der Zentralgewalt stellen, den Widerstand der Stadtbevölkerung artikulieren und Abwehrmaßnahmen ergreifen.

Doch dies war die Ausnahme. In der Regel waren die Ulema stets bestrebt, im Konfliktfalle zwischen der Zentralgewalt und dem Stadtbürgertum sich auf die sichere Seite zu stellen; die Zentralgewalt war immer-

---

1 Hierzu ausführlich GELLNER, 1972

hin die einzige Kraft, die in der Lage war, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und daran lag den Ulema sehr viel. Und da sie de facto mit der Zentralgewalt und mit dem Großbürgertum verbunden waren, konnte der von ihnen vertretene Islam bei der Masse der Bevölkerung keine tiefgreifenden Wurzeln schlagen. Der spanische Einbruch in Tunesien im XV. Jahrhundert zeigte in offenkundiger Weise die Substanzlosigkeit des städtischen Islams gegenüber der christlichen Aggression und förderte die Bildung von religiösen Bruderschaften,[1] die dem Gelehrtenislam ihren mystischen Islam entgegenstellten und somit die bislang unangefochtene Machtstellung der Ulema relativierten.

VI. Die religiösen Bruderschaften

Die religiösen Bruderschaften standen - im Gegensatz zu dem "elitären Club" der Ulema - allen Gesellschaftsschichten offen und konnten so aufgrund ihres Charakters als verschworene Gemeinschaft die Grenzen zwischen Familien, Stadtvierteln, beruflichen und ethnischen Unterschieden sprengen und die Kontrolle über die ganze Stadtbevölkerung unter dem alleinigen Aspekt ihrer Zugehörigkeit zur islamischen Religion gewinnen. Nicht mehr die Moscheen, sondern die Zaouya bildeten den Treffpunkt der Stadtbevölkerung.[2] "Diese freiwillig eingerichteten Clubs waren die Orte, wo islamische und städtische Solidarität sich gegenseitig verstärkten. Die Stadtbevölkerung kam dorthin, um ihre Gläubigkeit kundzutun und um sich zugleich bei den rhythmischen Psalmen

---

1 Vgl. DEPONT ET COPPOLANI, 1897
2 Zum Problem des gelehrten und mystischen Islam s. die Arbeiten von GELLNER; 1969, GEERTZ, 1968

(dhikr) und den zuweilen ekstasischen Tänzen zu entspannen".[1]

Da die Islamgelehrten ausschließlich in den Städten lebten, Handwerk und Handel betrieben, Grundbesitz hatten und an der Erhaltung des status quo interessiert waren, sahen sie auch keine Veranlassung, das gesellschaftliche System in seiner bestehenden Form in Frage zu stellen. Sie begründeten vielmehr das Zurückbleiben der islamischen Gesellschaft hinter der Entwicklung der aufstrebenden europäischen Staaten mit der Nichtbeachtung der reinen Islamlehre. Und indem sie die Analyse der Ursachen der Stagnation aus der Diskussion völlig ausschlossen und die islamische Vergangenheit idealisierten, wurde ihnen die Sicht für notwendige Reformen versperrt. Das historische Ergebnis war, daß Tunesien 1830, als der französische Kolonialismus das Nachbarland Algerien endgültig in seinen Einflußbereich brachte, das typische Bild eines Konglomerats von nebeneinander existierenden Bevölkerungsteilen bot, die in der gleichen Weise organisiert und tätig waren wie Jahrhunderte zuvor.

VII. Islamisches Eigentumsrecht und faktische Besitzverhältnisse

Im islamischen Recht fungierte der islamische Staat bzw. der Khalif als der oberste Grundherr über Grund und Boden und über die Bevölkerung samt ihrer Habe. Und da der Staat nicht nur den Boden, sondern auch die Bäume,

---

1 ZGHAL ET STAMBOULI, 1974, S. 235

das Bewässerungssystem, den Weidegrund und die Ernte etc. gegen eine festgelegte Steuerleistung vergab, bildete sich nach und nach ein Nutzungsrecht, das in der Folgezeit den Charakter des europäischen Eigentumsrechts annehmen mußte: Arabischen Muslimen wurden von der Zentralgewalt private Güter (mulk) zugesprochen, hohen Persönlichkeiten wurden aufgrund ihrer besonderen Verdienste Teile (henschir) von Staatsdomänen (sawafi) zur Weiterpacht vergeben. Nach und nach ging die Zentralverwaltung dazu über, aus den verbliebenen Staatsgütern Landkonzessionen (henschir) Mitgliedern der hohen Verwaltung und der Militäraristokratie zu übertragen.

Statt auf ihren Gütern zu leben und Eigenbewirtschaftung zu betreiben wie die Feudalherren in Europa, wohnten die arabischen Grundbesitzer in der Stadt und überließen die Bewirtschaftung der Masse der Pächter. Und während die permanente Verschuldung des Pächters an die Grundbesitzer in leibeigenschaftsähnliche Verhältnisse umschlug, bot sich für die Grundbesitzer die islamische Institution des 'wagf' an, um die fehlenden Eigentumstitel ihres Grundbesitzes und sonstigen Vermögens vor den Zugriffen der Staatsgewalt auf alle Zeiten abzusichern: Sie überschrieben ihre Vermögenswerte religiösen (Moscheen) oder gemeinnützigen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Koranschulen (kuttab), islamischen Hochschulen (medressen), Waisenhäusern, Friedhöfen oder Gräbern von Heiligen. Und wenn dabei Grund, Boden und Immobilien weiterhin dem Staat gehörten, so wurden sie doch aufgrund ihres sakralen Charakters unveräußerlich (wagf = arab. sperren), steuerfrei und unantastbar.[1]

---

1 KOPROLOZADE, 1942, S. 3-45

Auch die islamische Geistlichkeit machte von dieser Eigentumsform Gebrauch. Doch bezog sie noch weitere Einkünfte aus ihrer Funktion, das Eigentum der religiösen Stiftungen zu schützen. Die Privateigentümer verzichteten als Entgelt für den klerikalen Schutz auf einen Teil ihres Einkommens zu Gunsten der Ulema, die somit zur stabilisierenden Instanz des status quo wurden. Dies offenbarte sich darin, daß die seit dem XIII. Jahrhundert herausgebildeten ungleichen Eigentumsverhältnisse und deren unterschiedliche Bewirtschaftungsformen sogar die französische Kolonisation (1881 - 1956) zu überdauern vermochten.

Neben dem privaten Eigentum (melk) dem Stifungsland (wagf) und dem Staatsland, die 16 %, 18 % und 12 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes ausmachten, fungierte das Stammesland mit 54 % an erster Stelle. Während hier die Organisations- und Bewirtschaftungsformen vom gesellschaftlichen Kollektivismus der Stämme bestimmt waren, dominierte in den anderen Eigentumsformen das vor-arabische System des Khamassat (arab. khamsa = 5): Der Bauer stellte Boden, Saat, Arbeitsgeräte und Zugtiere zur Verfügung und erhielt dafür 4/5 der Ernte. Der Arbeiter mußte sich mit 1/5 als Entgelt für seinen Arbeitseinsatz bescheiden. Auch wenn theoretisch das Arbeitsverhältnis auf ein Jahr angesetzt wurde, so sah sich der Arbeiter nicht selten über Jahre hinaus dem Bauern ausgeliefert. Seine mehrköpfige Familie konnte er nur noch durch Vorschuß in Naturalien von seinem Arbeitsgeber ernähren. Und da die archaische Bewirtschaftung weder Produktivität noch Mehrwertanhäufung zuließ, war die Situation des Bauern auch nicht besser.

Daraus erklärt sich, warum die fürsorgeorientierte Wirtschaft Tunesiens, deren Zweck in der Sicherung der Nährwerte und nicht des Mehrwertes begründet lag, das Erstarken eines nationalen Feudalismus europäischer Prägung verhinderte. Entscheidend war dabei allerdings, daß die Landbevölkerung dadurch imstande war, ihre Unabhängigkeit von der Zentralgewalt zu wahren und durch die islamischen Gebote der Armenunterstützung und der gegenseitigen Hilfe in Notfällen die im Islam angelegte soziale Harmonie zwischen den Gruppenmitgliedern zu aktualisieren. Hierdurch wurde aber auch die wirtschaftliche Position der Grundbesitzer bis zum Einbruch der französischen Kolonisation (1881) laufend gefestigt.

VIII. Das traditionale Erziehungswesen

Die arabischen Herrscher ließen in Tunesien die vorgefundenen ökonomischen und politischen Verhältnisse fast unangetastet, dennoch vermochten sie das Land endgültig in den Einflußbereich des arabisch-islamischen Reiches zu bringen und es zum unbestreitbaren Mittelpunkt arabisch-islamischer Kultur zu machen. Daß diese Kultur heute noch, nach fast einem Jahrhundert kolonialer Herrschaft, einen hohen Intensitätsgrad aufweist, verweist auf die besondere Funktion des Erziehungswesens als fundamentalem Instrument historischer Kontinuität.[1]

---

1 BOURDIEU ET PASSERON, 1970

1. Islamisches Erziehungsideal

Jahrhundertelang bildeten die Koranschulen und die Moscheen die eigentlichen Instanzen zur Vermittlung arabischer Erziehung und islamischer Religiosität: Die Koranlehrer brachten den Kindern den Koran bei. Die Imame (Vorbeter) befaßten sich mit der Vermittlung juristischer und theologischer Bildung. Zudem gaben namhafte Gelehrte (Scheich) auf ihren Pilgerreisen nach Mekka in den meisten Moscheen, die auf ihrem Weg lagen, Theologie- und Grammatikunterricht in Form von Vorträgen. Und nicht selten stand die Anziehungskraft einer Stadt in enger Verbindung mit dem Bekanntheitsgrad ihres größten Gelehrten.

Hauptcharakteristikum der islamischen Zivilisation[1] war die Koranschule, in der bereits vierjährige Kinder - nur Jungen, Mädchen waren nicht zugelassen - begannen, den Koran auswendig zu lernen. Durch den Koran lernte der Muslim nicht nur die Sprache des Islam (arabisch), sondern auch den Glauben an die Einheit und Allmacht Gottes, an Mohammed als seinen Propheten: er lernte, die religiösen Pflichten, wie das Gebet, die Almosen, die Pilgerschaft nach Mekka und die Teilnahme am Heiligen Krieg (gihad) zu erfüllen: In 113 Suren (Kapiteln) oder 6 226 Versen behandelt der Koran Fragen und Vorschriften der Glaubensüberzeugungen, des Kultes, des sittlichen Handelns und der zwischenmenschlichen Beziehungen.[2]

---

1 IBN KHALDOUN, 1936
2 Der Koran, 1959

Wie das islamische Erziehungsideal im einzelnen aussah, formulierte der Khalif Haroun Erraschid in der Anweisung an den Erzieher seines Sohnes:

> "Bedenkt, Ahmer, daß der Emir der Gläubigen Euch das Blut seiner Seele anvertraut, die Frucht seines Herzens, damit sich Eure Hand über ihn streckt und er Euch gehorcht ... Laßt ihn den Koran lernen, bringt ihm Geschichte bei, laßt ihn Gedichte aufsagen, lehrt ihn die heiligen Traditionen, macht ihn aufmerksam auf das, was er vorhat und auf die Folgen, die sein Vorhaben haben könnte. Verbietet ihm das Lachen, außer im geeigneten Augenblick. Verpflichtet ihn, den militärischen Führern den Ehrenplatz anzubieten... Es darf keine Stunde vergehen, ohne daß Ihr ihm Nützliches beigebracht habt. Macht ihn nicht traurig, da dies seine geistige Beweglichkeit lähmen könnte, aber zeigt nicht zu viel Nachsicht, da er sonst an der Faulheit und am Nichtstun Gefallen finden würde. Korrigiert sein Verhalten mit Liebenswürdigkeit und Güte. Und wenn er dies nicht achtet, geht mit Härte und Strenge vor..."[1]

Die Anweisungen wurden in der Folgezeit das Leitbild arabisch-islamischer Pädagogik. Doch nur das Leitbild. Die Praxis sah anders aus.

2. Die Koranschulen

Die Koranschüler mußten in der Regel fünf Jahre lang jeden Tag außer Freitag acht Stunden lang auf eine Holztafel Koranverse mit Tinte (Gemisch aus Ruß-Schafs-

---

1 Zit. von IBN KHALDOUN, 1936, S. 292

wolle und Wasser) abschreiben, auswendig lernen, laut vorsagen, abwischen, einen neuen Absatz aufschreiben, auswendig lernen, laut vorsagen, das auswendig Gelernte aus dem Gedächtnis nochmals laut rezitieren und so weiter in alle Ewigkeit. Nach fünf Jahren schlossen die Schüler die Koranschule mit einem auf ihrer Holztafel kalligraphisch geschriebenes Zeugnis (khitme) ab.[1] Die Koranlehrer waren keine "Giganten" der Pädagogik und Psychologie. Ihre Autorität lag vor allem in der systematischen Ausübung physischen Zwanges.

Manche Kinder verließen die Schulen mit verheerenden psychischen und physischen Leiden, denn Stockschläge auf die Fußsohlen und Handflächen gehörten zur pädagogischen Praxis. "Aber was den Stock des Koranlehrers anbelangt, so schlug er in gewissen Umständen erbarmungslos nieder.Wehe den Rücken oder den Füßen, die er traf. Der Lehrer bewahrte in einer Zimmerecke einen ausreichenden Vorrat an gutgeschnittenen und glatten Palmenzweigen auf. Und wenn einer von ihnen während eines Schlaghagels brach, so wurde er durch einen anderen ersetzt, und es ging weiter, bis die vom Ritus erforderliche Anzahl der Schläge erreicht wurde."[2] Daß diese an Folter grenzende Pädagogik sich schließlich auch auf die Entwicklung der intellektuellen Fähigkeiten der Schüler negativ auswirken mußte, blieb völlig unberücksichtigt.

Die Aufgaben des Lehrers beschränkten sich keineswegs auf die Vermittlung des Korans, sie erstreckten sich vielmehr auf den extraschulischen Bereich und erfaßten das Verhalten der Schüler innerhalb und außerhalb der

---

1 Ober Struktur, Lehrmethoden und Inhalte der Koranschulen informieren ausführlich TLASS, 1960, IBN SAHNOUN, 1953, SCHALAHY, 1960

2 JOMIER, 1949

Familie. Nicht selten verfügte er den Einsatz der Schüler bei der Ernte oder beim Bau eines Nachbarhauses. "Selbst die Eltern kamen zu ihm, um sich über das Betragen ihrer Söhne zuhaus zu beklagen; der Lehrer glich einem Schiedsrichter, sprach das Urteil und vollstreckte es sofort."[1]

Der Besuch der Koranschule diente bei den Kindern minderbemittelter Eltern vorwiegend ökonomischen Zwecken: Bei religiösen Anlässen (religiösen Festen, Beerdigungen etc.) konnten sie gegen Almosen bestimmte Surate vorsingen, um so sich und ihre Familie ernähren zu können. Die wenigen hochbegabten Koranschüler, die mit 12 Jahren den ganzen Koran auswendig konnten, hatten die Möglichkeit, die islamische Großmoschee Azzituna in Tunis zu besuchen.

3. Die Großmoschee Azzituna und die Medressen

"Moschee" im arabisch-islamischen Sinne war nicht nur der Ort, wo sich die Kommunikation zwischen Theologen, Juristen, Imame (Vorbeter) und muslimischer Bevölkerung allein unter dem Aspekt der islamischen Religiosität vollzog. Die Tatsache, daß die Medizin auch hier gelehrt wurde, verweist eindeutig auf ihre profane Dimension. Neben dem Gebet und dem Lernen des Korans standen im Lehrplan auch die Linguistik (ilm al-lisan), die Logik (ilm al-mantiq), die Mathematik (ilm al-taalim), die Physik (ilm at-tabia), die Methaphysik (ilm al-ilahi), die Politikwissenschaft (ilm al-madani), die Rechtswissenschaft (ilm al-figh) und die Apologetische Theologie (ilm al-kalam).[2]

---

1 JOMIER, 1949, S. 332
2 CARDET ET ANAWATI, 1949, S. 102 ff.

Hier hatten die Studenten die Wahl, sich in verschiedene Lehrbereiche zu vertiefen oder sich auf ein Fach zu spezialisieren - eine verbindliche Organisation des Lehrbetriebes fehlte völlig. In der Moschee Azzituna dauerte das Studium fünf Jahre und wurde mit einem Zeugnis (idqaza) abgeschlossen. Mit diesem Abschlußzeugnis konnte der Schüler die Lehrfächer seines Gelehrten in der Moschee oder an einem ihr angeschlosssenen Institut lehren.

Im Gegensatz zu der Moschee, die für alle Muslime gleich welcher Herkunft und welchen Bildungsniveaus offen war und in der der Unterricht in Form von sporadischen Vorlesungen von einem Islamgelehrten abgehalten wurde, entwickelten sich die Medressen von einer Ausbildungsstätte für den Kampf gegen die Häresien (IX.— XII. Jahrhundert) zu regelrecht geschlossenen staatlichen Bildungsinstitutionen mit bezahlten Lehrern und einer bestimmten Zahl von Stipendiaten. Sie hatten die Funktion, islamische Wissenschaftler, Juristen, Hochschullehrer und Notare und sonstige Schreibkräfte für die Verwaltungsbereiche (diwan) auszubilden.[1]

Das islamische Erziehungswesen war von jeher mit dem sozialen und ökonomischen Leben der Städte aufs engste verknüpft. Die Blüte des Handels und des Gewerbes im XIV. Jahrhundert begründete auch die Entwicklung der Bildung und der kulturellen Blüte des Landes.[2]

---

1 TLASS, 1939; vgl. auch BRUNSCHVIG, 1931, S. 261-285; KAAK, 1958 ,S. 134 ff., PALLAS, 1957
Es gab Medressen, wo der Gelehrte auch wohnte. In einigen konnten die Schüler lernen und wohnen. So war es z.B. in Sfax, Sousse und Gabes.

2 ABDELMOULA, 1967, S. 39a

Die Stagnation dieser Bereiche zwischen dem XIV. und XIX. Jahrhundert zeigte sich auch darin, daß dieser Zeitraum sowohl in Tunesien als auch in der ganzen arabischen Welt keinen namhaften islamischen Gelehrten und Juristen aufwies . Dies lag sicherlich nicht nur an der despotischen Türkenherrschaft im 16. Jahrhundert, sondern auch an der Stubstanzlosigkeit der islamischen Bildungsinstutionen und Lehrinhalte eines Islams,der der fiktiv gebliebenen Obereinstimmung von islamischer Theologie und sozialer Praxis zum einen und der Reziprozität der Beziehungen zwischen Herrschern und Beherrschten zum anderen das Wort redete. Die Intellektuellen sahen die Bildung nicht so sehr als Mittel zur Erweiterung ihres Kenntnisstands und ihres Reflexionsvermögens an, sondern vielmehr als Bereicherung ihres" Gedächtnisses mit Klischees und formaler Rethorik."[1] Nicht das Lernen schöpferischen Denkens und Handelns stand im Mittelpunkt islamischer Erziehung, sondern die Nachahmung (taqlid) islamischer Leitbilder und die unreflektierte Annahme von Oberzeugungen und Normen der islamischen Tradition.

Während die Koranschule für die Erziehung eines gütigen und aufrichtigen Muslim sorgen sollte und die Medressen die rudimentäre Verwaltung mit Juristen und Steuerfachleuten versorgte, blieb die Azzituna-Moschee auf die Vermittlung einer archaischen Bildung mit mittelalterlich-scholastischen Methoden reduziert, mit der Folge, daß sich die Gelehrten und Juristen der Azzituna nicht für die großen sozialen, kulturellen und politischen Probleme ihrer Zeit kümmerten. Durch die Obertragung ihrer Funktion auf ihre Nachkommen blieb die Azzituna bis vor kurzem von einigen wenigen aristokratischen Großfamilien monopolisiert.[2] Es wurde alles vermieden, was zum Zusammenbruch des religiösen Gebäudes, auf dem die Gesellschaft beruhte,[3] hätte führen können.

---

1 ABDELMOULA, 1967, S. 41
2 ABDELMOULA, 1967
3 BEN MUSTAPHA, 1968, S. 27

B. Gesellschaftliche Öffnung nach Europa durch institutionelle Reformen

Eine grundlegend neue Stoßrichtung bekam die tunesische Entwicklungsgeschichte erst vor dem Hintergrund der technisch-ökonomischen und militärischen Oberlegenheit Europas und des Zusammenbruchs des osmanischen Reiches, der islamischen Großmacht.

Der verstärkte Zuzug von Europäern aus Marseille, Malta und Süditalien stieg von 8000 im Jahre 1834 auf 12 000 Menschen im Jahre 1856 und machte den Weg frei für die Oberschwemmung des einheimischen Marktes mit Seidenprodukten aus Lyon und Baumwolle aus Manchester. Parallel dazu drangen aber auch die Begriffe wie Wirtschaftsliberalismus, Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit und liberal demokratische Verfassung ins Bewußtsein der politisch herrschenden Beys und ihrer Militär- und Verwaltungsaristokratie. Bald wurde eine Reihe von Reformversuchen unternommen, die dazu angelegt waren, die arabisch-islamische Gesellschaft in die Lage zu versetzen, aus der inneren Dynamik heraus ihre politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen denen Europas anzunähern, um ihr so eine direkte Kolonisation durch die europäischen Staaten zu ersparen.

I. Industrialisierungsansätze

Unter dem König Ahmed Bey (1837 - 1855), der von den Industrialisierungsversuchen Mohamed Alis in Ägypten stark beeinflußt war, wurde die erste Militärhochschule gegründet (1838), eine straff organisierte Armee von 10 000 Mann zusammengestellt, eine Staatsbank zur Finanzierung und Förderung einer embryonalen Industrie für die Leinen-, Schießpulver- und Eisenerzeugungen errichtet und die Sklaverei endgültig abgeschafft.

Als der Bey 1846 seine erste offizielle Reise nach Paris machte und in der Folgezeit prunkvolle Paläste und Redouten nach dem Vorbild des Sonnenkönigs bauen ließ, symbolisierte er damit offenbar die Öffnung des Landes zur europäischen Modernität.

Sein Nachfolger Mohamed Bey (1855 - 1859) gab dem Land die erste Steuergesetzgebung, die für eine effiziente und lückenlose Heranziehung des Mehrproduktes gesellschaftlicher Ressourcen an die Zentralverwaltung sorgen sollte, um so den notwendigen Zentralisierungsprozeß voranzutreiben und den hohen Finanzbedarf für die Finanzierung der steigenden Auslandsanleihen aus eigenen Mitteln zu sichern.

Indem der tunesische Bey 1857 im "Pacte fondamental" die Beachtung der Menschenrechte, die Egalität zwischen Muslimen, Juden und im Land ansässigen Europäern, ebenso wie die Gleichbehandlung aller beim Erwerb von Privateigentum und beim Zugang zu allen Ämtern in der Administration schriftlich zusicherte, setzte er die einheimische Wirtschaft und Verwaltung dem verstärkten ausländischen Einfluß aus.

II. Liberale Verfassung von 1861 und koloniale Durchdringung

Während der dritte Bey (1859 - 1882) in seinem Reformeifer mit diesen Maßnahmen die Schwäche der arabisch-islamischen Gesellschaft zu beseitigen glaubte, intendierten die jeweiligen Konsule von Frankreich, England und Italien den direkten Zugang zu den Ressourcen und dessen institutionelle Absicherung. Der Wiederherstellung der Menschenrechte und sozialer Gleichheit kam dabei wenig Bedeutung zu. Statt den Bey zu tiefgreifenden Reformen zu veranlassen, drängten die europäischen Diplomaten auf die Verankerung von bestimmten Privilegien in einer Verfassung nach europäischem Modell.

1861 war es dann so weit: Tunesien erhielt die erste liberale Verfassung. Die bisherige Gewaltenvereinigung und die Verflechtung der weltlichen und religiösen Jurisdiktion wurde aufgehoben. Der Bey wurde in seinen Machtbefugnissen eingeschränkt, ein 60-köpfiger Rat (Grand Conseil), dessen Mitglieder teils durch Nominierung seitens des Beys, teils durch Kooptierung eingesetzt wurden, übte die legislative Funktion aus. Die Unabhängigkeit der Justiz fand ihren Ausdruck in der Konstituierung ordentlicher Gerichte mit säkularen, von Frankreich inspirierten Gesetzbüchern.

Weitere Verfassungsrechte zielten offenkundig darauf ab, das Handels- und Bodenrecht vollständig nach den europäischen Interessen zu reformieren. Ohne Rücksicht auf die Schwäche der industriellen Produktion und des Handels wurde der Liberalismus in Tunesien durchgesetzt und das Bodenrecht nach den Prinzipien des römischen Rechts reformiert.

Das Problem, ob und inwiefern die nahezu lückenlose Transplantation der liberalen Verfassung in Tunesien mit den sozialen, ökonomischen und kulturellen Befindlichkeiten des Landes in Einklang standen, blieb dabei weitgehend undiskutiert. Von der Diskussion völlig ausgeschlossen war aber auch die Abschaffung des die Europäer begünstigende System der Kapitulation - persönliche Steuerfreiheit für Ausländer auf Kosten der einheimischen Kaufleute und Handwerker[1] - das gegen das verfassungsmäßige Gebot der Gleichheit aller vor dem Gesetz verstieß. Eine derartige Forderung ging weit über das von den europäischen Konsulen tolerierbare Maß hinaus und stand zudem in einem antagonistischen Widerspruch zur Logik der kolonialen Expansion, "die der französischen Gesellschaft erlauben sollte, in einer Zeit wachsender Konkurrenz und sich verschärfender internationaler Spannungen, entsprechend ihren sakrosanten Wertvorstellungen und Gewohnheiten weiterzuexistieren."[2]

Das hervorragendste Merkmal der institutionellen Reformen war, daß der Bey ein verbrieftes Recht auf Konfiszierung aller Güter und Vermögenswerte seiner Opponenten besaß und de facto als der absolute Herr über Land und Volk blieb. Seine despotische Machtausübung im Inneren der Landes fand ihren Ausdruck in der willkürlichen Herrschaft seiner Repräsentanten (qaid) und seiner mobilen Armee (mahatta).

Die liberalen Aspekte der Verfassung von 1861 betrafen in Wirklichkeit nur die nicht-islamischen Bevölkerungsteile der Gesellschaft und dienten eher

---

1 Schon 1824 erhielt Frankreich vom Bey die Meistbegünstigungsklausel und sicherte sich damit eine solide Ausgangsposition zur ökonomischen Durchdringung Tunesiens

2 ZIEBURA, 1971, S. 91

dazu, dem tunesischen Staat nach außen hin ein liberales Gepräge zu geben. Die arabisch-islamische Mehrheit der Bevölkerung blieb indessen in ihren Lebens- und Reproduktionsformen bis 1864 auf dem Entwicklungsstand des Mittelalters stehen. Ihr war der Bey samt seiner Familie, seiner Verwaltungsaristokratie, seiner regionalen Vertreter (qaid) und seiner Armee nicht zuletzt aufgrund ihrer offensichtlichen exterritorialen Herkunft ebenso verhaßt wie die Europäer: In der Ausbeutung waren sie beide gleich.

III. Die Kehrseite der institutionellen Reformen

Anders als in Europa, wo sich die maschinelle Produktion in einem langwierigen und vielschichtigen Prozeß vollzog und die Industrialisierung von einer unternehmerisch starken Bourgeoisie getragen wurde, waren in Tunesien zu diesem Zeitpunkt die bürgerlichen Ansätze sehr schwach entwickelt. Die vorhandenen Kräftegruppierungen, die die Industrialisierung hätten initiieren können, blockierten sich gegenseitig: die Mamlukenaristokratie beschränkte sich auf die politische Macht, blieb aber aufgrund der strukturellen Schwäche des Staates unfähig, alle Steuerquellen systematisch an sich zu ziehen, und das städtische Handels- und Handwerksbürgertum zog sich auf den ökonomischen Bereich zurück und verzichtete auf seine politische Emanzipation.

Indem sich eine Industrialisierung unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen als unmöglich erwies, mußten die Mittel für die notwendigen Reformen zunächst aus landesfremden Finanzanleihen aufgebracht werden. Und in dem Maße, wie die Staatsverschuldung bei den europäischen Privat-Kreditgesellschaften zunahmen, wuch-

sen auch die Steuerforderungen des Staates an die Gruppen der Gesellschaft. 1864 beschloß die Zentralgewalt die Erhöhung der Kopfsteuer (majba) um 100% und griff damit in die Produktionsverhältnisse der Bauern und der Stadtbevölkerung in gravierender Weise ein. Zum erstenmal in der tunesischen Geschichte seit dem VII. Jahrhundert stellte sich eine soziale Protestbewegung der Landbevölkerung ein, deren gemeinsamer Nenner der Kampf gegen die Zentralgewalt war. Die Träger der Protestbewegung waren nicht in den Reihen der Islamgelehrten zu suchen, sondern vielmehr bei den Bauernstämmen der Hochsteppe und des tiefen Südens des Landes.

Die sozialpsychologische Dimension, d.h. die subjektive Erfahrung von Ungerechtigkeiten des Steuersystems und von despotischer Machtausübung der lokalen Potentaten neben den objektiven Faktoren des kapitalistischen Durchdringungsprozesses, der den Verfall des Handwerks, einst Grundlage der städtischen Wirtschaft, bewirkte, schufen die Bedingungen für das virulente Aufkommen der Bewegung.[1]

Anfangs beschränkten sich die Forderungen auf "ein gerechtes Besteuerungssystem und auf die Errichtung einer Verwaltung, die für die Stammesmitglieder zugänglicher sein sollte."[2] Später verjagten die Aufständischen die 'qaïds' des Beys und ersetzten sie durch stammeseigene Führer. Auch wenn der Bey die Steuererhöhung zurücknehmen mußte, breitete sich die Bewegung dennoch schnell aus, erfaßte bald die Bauern des Sahelgebietes und erreichte die Großstädte von Sousse und Sfax.

---

1 Ober den Verlauf der Bewegung vgl. SLAMA, 1967
Übrigens hatte diese Revolte eine Parallele in Algerien 1971, hierzu RINN, 1891

2 ZGHAL, 1970, S. 147

Statt eine Boden- und Steuerreform durchzuführen, ließ der Bey seinen Kommandanten Zarrouk die aufständischen Stämme verfolgen und "Herden und ganze Familien massakrieren."[1] Zu diesem Zeitpunkt erreichte die Auslandsschuld solche Ausmaße, daß eine internationale Finanzkommission eingesetzt werden mußte. Der Verlust der staatlichen Souveränität verlagerte die Entscheidungen über den historischen Werdegang des Landes in die Hauptstädte von England, Frankreich, Italien und Deutschland.

Die Auslieferung des Landes an fremde Interessen, die ihre konkreten Auswirkungen im Niedergang des Handwerks und des Gewerbes sowie in der rücksichtslosen Steuererhebung bei den Bauern fand, offenbarte den kolonialistischen Charakter der "Reformpolitik", in der dynastische und nicht nationale Aspekte vordergründig waren. Statt strukturelle Reformen vorzunehmen, wurden in der Praxis die islamischen Normen und Einrichtungen nicht aufgehoben, sondern durch weltliche ergänzt, was wiederum zur Heranbildung zweier nebeneinander existierender gesellschaftlicher Sphären führte: formalen kapitalistischen Eigentumsverhältnissen standen vorkapitalistische Produktions- und Herrschaftsverhältnisse gegenüber. Dies drückte sich rechtlich dahingehend aus, daß die Europäer unter dem allgemeinen französischen Recht standen, die Araber indessen unter dem arabisch-islamischen Recht lebten. Analog dieser juristischen Katalogisierung wurde auch die Ökonomie in europäisch-moderne und arabisch-archaisch bewirtschaftete Sektoren unterteilt. Europäische Schulen wurden gegründet und standen neben den islamischen Koranschulen (kuttab) und offenbarten damit , daß der sich etablierende Kolonialismus in Tunesien von Anfang an ein soziales, ökonomisches und kulturelles System war.

---

1 DUVIGNAUD , 1966, S. 88

IV. Anfänge einer modernen Bildung

Die militärische Eroberung Algeriens durch Frankreich (1830) ebenso wie die Schlagkraft, mit der die von französischen Militärberatern ausgebildete Armee Ägyptens unter Mehmet Ali die türkischen Heere bei Nesib (1839) schlug, offenbarten dem tunesischen Bey die Schwäche seiner Armee, die nicht einmal in der Lage war, mit inneren Revolten fertig zu werden. Er erkannte die Notwendigkeit einer am europäischen Modell strafforganisierten Armee, die nicht allein aus "guten Muslimen" bestehen sollte, sondern vielmehr aus Militärstrategen mit europäischer Bildung. Die historisch erste Bildungsinstitution, in der diese Option zum Ausdruck kam, war die Ecole Militaire du Bardo, deren Gründung (5.3.1840) den Beginn europäischer Bildungsansätze im arabisch-islamischen Bildungssystem markierte.

In dieser Militärschule dominierten erstmals die europäischen Ausbildungsoffiziere, die neben Französisch und Italienisch auch Mathematik, Militärgeschichte, Kriegsfertigkeit, Topographie, Artilleriekunde sowie eine militärtheoretische Ausbildung vermittelten. Einige fortschrittliche Gelehrte der Großmoschee Azzituna wie Cheich Mahmoud Kabadou[2] unterrichteten Religion und Arabisch und begründeten somit in der Folgezeit das symbiotische Verhältnis zwischen arabisch-islamischer und europäischer Bildung, die 1875 mit der Gründung des College Sadiki[1] eine weitere Konkrekretisierung fand. Wenn diese Schule neben der arabisch-

---

1 Aus dieser Schule rekrutierten sich die europäisch orientierten Mitglieder der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung (Desturpartei). Hierzu ausführlich: AMOULET, 1954, S. 140-183,; SRAEB, 1974

2 Kabadou war mit dem tunesischen Großwesir Khereddine (1873-1877) der Mitgebründer des islamischen Reformismus in Tunesien

islamischen auch eine französische Bildung vermittelte, insgesamt aber an der traditionalen Ausrichtung des Bildungswesens vor dem französischen Protektorat nichts Wesentliches ändern konnte, so relativierte sie doch mit ihrem Lehrangebot an modernen Fächern das Bildungsmonopol der Großmoschee Azzituna und machte den Weg frei für die Rezeption europäischer Ideen und Innovationen.

Die Zielsetzung der Reformer war freilich nicht, den Bildungsstand der Bevölkerung zu haben, sondern vielmehr die Verwaltungstätigkeiten zu aktivieren, die ein hohes Maß an systematischen Arbeiten voraussetzten. Dies erforderte wiederum eine Rationalisierung des Denkens und Handelns der Beamtenschaft. Unter diesem Aspekt wurde die französische Sprache zum Mittel der Obertragung der französischen Organisationsmodelle in die tunesische Gesellschaft.

Die moderne zweisprachige Bildung wurde fortan als Instrument zur Durchsetzung politischer, ökonomischer und sozialer Ziele sowohl von der einheimischen herrschenden Schicht als auch - später - von der französischen Kolonialmacht benutzt.

V. Kritische Betrachtung des islamischen Reformismus

Der geringe ökonomische, soziale, kulturelle und politische Entwicklungsstand Tunesiens im XIX. Jahrhundert und die subjektive Erfahrung der negativen Erscheinung des europäischen Kolonialismus auf den allgemeinen Bewußtseinsstand der religösen Massen zeigten sich auch in der gesamten arabisch-islamischen Welt und konstituierten im wesentlichen die Frontstellung, in der sich der Islam befand.

Wie kein anderer Staatsmann zuvor, erkannte der türkische Mamluke und tunesische Großwesir Kheireddine (1873-1877) die Aussichtslosigkeit dieser gesellschaftlichen Konstellation. In seiner Schrift "Die notwendigen Reformen für die islamischen Staaten (arab. Akwam Al Massalik)" heißt es: "Der notwendig gewordene Rückgriff auf den Import von nahezu allen Gütern des Grundbedarfs zeigt den handwerklichen Rückstand des Landes und fördert die ausländische Industrie auf Kosten der einheimischen ... Das ständige Rekurrieren eines Staates auf den anderen stellt ein Hindernis für seine Unabhängigkeit dar und bildet eine der Ursachen seiner Schwäche."[1] Unmißverständlich ging er mit den Islamgelehrten (Ulema) ins Gericht und machte sie verantwortlich für den gesellschaftlichen Rückstand gegenüber Europa. "Ein Großteil unserer Islamgelehrten, denen die Doppelaufgabe übertragen wurde, die geistigen und materiellen Interessen unseres religiösen Gesetzes zu wahren und dessen sukzessive Anwendung aufgrund einer wohlverstandenen und den Erfordernissen der Zeit adäquatenInterpretation zu entwickeln, zeigen sich unbesorgt um die Kenntnis der inneren Angelegenheiten ihres Landes und ignorieren völlig alles, was bei anderen

---

1 KHEIREDDINE, 1896, S. 501

geschieht. Sie zeigen sich daher außerstande, ihre weltliche Mission richtig zu erfüllen."[1] Gleichzeitig redete er den herrschenden Staatsmännern der islamischen Länder ins Gewissen, weil sie sich die allgemeine Ignoranz der Islamgelehrten zu eigen machten und die Vernunft durch versteinerte religiöse Konzeptionen substituierten.

Indem aber Kheireddine auf die Politisierung der Mehrheit der Bevölkerung ebenso wie auf die Aufhebung der tradierten politischen und religiösen Institutionen verzichtete, gelangte er letztlich nicht über die Reform der islamischen Orthodoxie hinaus. Die Besonderheit Kheireddines und seiner Reformer lag darin, daß sie als intellektuelle Avantgarde des Landes zugleich hohe Amtsträger[2] waren und infolgedessen kaum geeignet, sich mit den Unterschichten zu identifizieren, um so dem Kolonialismus eine Volksmobilisierung entgegenzusetzen. Daraus erklärt sich, warum die seit 1830 bis 1881 in Tunesien eingeleiteten institutionellen Reformen in ihrer Effizienz weit hinter den Erwartungen zurückbleiben mußten. In Wahrheit entsprachen sie den ökonomischen Interessen und dem Bewußtseinsstand ihrer Träger, die de facto nur das formalisierten, was die europäischen Konsuln für die Entfaltung des europäischen Kolonialismus in Tunesien institutionell unbe-

---

1 KHEIREDDINE, 1896, S. 5

2 So waren die Anhänger des islamischen Reformismus um den Großwesir Kheireddine Professoren in der Großmoschee Azzituna oder an der Militärschule von le Bardo u.a. Ahmed Kraiem, Mahmoud Kabadou, Mohamed Senoussi, andere waren religiöse Amtsträger wie Mohamed Beyram, Mohamed Baroudi, Ahmed Belkhodja, oder Funktionsträger in der Staatskanzlei wie der Historiker Ahmed Ben Dhiaf, Beji El-Messaoudi und Salem Bouhajeb, oder hohe Militärs, wie die Generale Hussein, Roustem und Slim, oder Ratsmitglieder des Königs (Bey) wie Larbi Zarrouk und Mustapha Sfar. Hierzu ausführlich: SMIDA, 1970, S. 28-36

dingt brauchten.

Auch der in der tunesischen Geschichtsschreibung zum ersten und größten Reformer hochstilisierte Kheireddine intendierte aufgrund seiner ökonomischen Interessen und seiner engen Beziehungen zu den Oberschichten keine weitreichenden Strukturreformen, sondern vielmehr die Kodifizierung und Beibehaltung der alten Produktions- und Herrschaftsverhältnisse. Der von ihm vertretene islamische Reformismus stellte zwar einen eindeutigen Fortschritt gegenüber dem bislang herrschenden islamischen Konservatismus dar, bildete aber de facto die ideologische Plattform eines Teils der Oberschichten. Zur Integration der Landbevölkerung konnte er daher nicht beitragen.

ZWEITER TEIL

Die politische, ökonomische und kulturelle Desintegration der tunesischen Gesellschaft unter dem französischen Protektorat und die Formierung der Führungskader der sozialen Protestbewegung gegen die koloniale Situation

A. Die politischen, ökonomischen und sozialen Folgen der französichen Kolonialherrschaft in Tunesien

Die französische Kolonialpolitik in Tunesien vollzog sich von Anfang an im Hinblick auf die Erweiterung Algeriens, seiner wichtigsten Kolonie, die den Schwerpunkt des neuen Kolonialreiches bilden sollte.[1] Während Algerien durch die Aufnahme des ländlichen Bevölkerungsüberschusses, der von dem Urbanisierungsprozeß in der Metropole nicht absorbiert werden konnte,[2] zur bedeutendsten französischen Siedlungskolonie [3] wurde, visierte Frankreich in Tunesien einen Protektoratsstatus an. Unter dem Vorwand, Räuberbanden hätten wiederholt Algerien angegriffen, überschritten von Algerien aus 30 000 französische Soldaten die tunesische Grenze, 8 000 Marineinfanteristen nahmen die Hafenstadt Bizerta ein und zwangen den Bey am 12.5.1881 den Vertrag von Bardo zu unterzeichnen. Indem er damit der französischen Armee die Wiederherstellung der inneren Ordnung anvertraute, legalisierte er rückwirkend den militärischen Oberfall. Die unter dem militärischen Druck eingegangene Verpflichtung, keine internationalen Abmachungen ohne französische Zustimmung zu vereinbaren, raubte dem Land zwar die völkerrechtliche Souveränität, überließ ihm aber eine relative innenpolitische Handlungsfreiheit.

---

1 OPPERMANN, 1956, S. 21
2 AMIN, 1970
3 BLOCH, 1972, S. 71-72

Um "aus dem finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Ruin des Landes, wie er sich seit Ende der sechziger Jahre als Folge der Aktivitäten europäischer Kapitalisten abzeichnete, einen maximalen Effekt für Frankreich herauszuschlagen"[1], mußte sich der Bey im Vertrag von La Marsa (8.6.1883) "zur Durchführung ... administrativer, juristischer und finanzieller Reformen, die die französische Regierung für nützlich (hielt)"[2], verpflichten. Auch wenn er diese Unterwerfung gegen den formalen Titel "Besitzer des Königreiches Tunesien" erkaufte, so blieb er de facto bis 1956 letztendlich machtlos.

I. Konzentration der politischen Macht

Die französische Kolonialmacht, die in Frankreich auf ihre republikanisch-demokratischen Institutionen stolz war, etablierte in Tunesien aufgrund der französischen Präsidialdektrete vom 10.11.1884 und 23.6.1885 ein absolutistisches politisches System. Auch wenn der tunesische Bey formal die legislative, exekutive und judikative Gewalt in seiner Hand vereinigte, so herrschte in Wirklichkeit der Generalresident, der höchste Vertreter Frankreichs, der nicht nur als Außenminister des Beys, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und als Oberhaupt der gesamten Verwaltung fungierte, sondern auch als derjenige, ohne dessen Gegenzeichnung alle Verfügungen und Anordnungen des Beys ohne normative Wirkung blieben. Und indem das Budget in Paris aufgestellt wurde und die regionale Verwaltung in den Händen von französischen Controlleurs civils lag, wurden die Tunesier aus dem gesamten politischen Entscheidungsprozep völlig ausgeschlossen. Frei entscheiden konnten sie allerdings in

---

1 ZIEBURA, 1971, S. 85
2 MEINICKE-KLEINT, 1965, S. 27

den Bereichen der Administration für religiöse Stiftungen (habous), für die staatliche Druckerei, für das Briefmarkenamt, für die modernistische Oberschule (College Sadiki), für das Zentralhospital (Hopital Sadiki) und nicht zuletzt für die Verwaltung der Gewässer. Doch entsprechend dem Motto "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser", etablierte die Kolonialmacht ein Generalsekretariat zur Oberwachung dieser rein tunesischen Verwaltungsbereiche, wobei der Generalsekretär Franzose war, die übrigen Mitglieder Tunesier, die ausschließlich Dolmetscher- und Obersetzerfunktionen ausübten.[1] Die hierdurch provozierte Dualisierung der Verwaltung in autochtone und euroäpische Sphären focht die Kolonialherren nicht an. In ihren Augen lag die Rechtfertigung solchen Vorgehens in der Spezifik der französischen Protektoratspolitik, nämlich in "der Beachtung und Aufrechterhaltung der vom Bey errichteten Verwaltungsorgane".[2]

II. Heterogene Wirtschafts- und Eigentumsformen

Die Dualisierung der Landwirtschaft und der Eigentumsverhältnisse verlief ähnlich, wenn auch mit anderer Akzentsetzung, da hier die koloniale Infiltration lange vor 1881 ansetzte.

Vier Kategorien von Land kennzeichneten die Eigentumsverhältnisse in Tunesien vor der französischen Kolonisation: Mittlerer und kleiner Landbesitz, Großfamilienbesitz, Besitz religiöser Stiftungen und herrenloser

---

1 BEN SALEM, 1976, S. 31
2 COCHERY, 1910, S. 15

Besitz (unbebautes und ungenütztes Land, das nach dem islamischen Recht dem gehören sollte, der es "wiederbelebte"; in Wirklichkeit gehörte es aber dem Bey, dem türkischen König von Tunesien). Die Titel für diese verschiedenen Landkategorien waren unklar gehalten,insbesondere ihre Abgrenzungen.

Mit dem Gesetz von 1885 (loi immobilière) wurde der juristische Status des Staatslandes und der Ländereien religiöser Stiftungen in europäische Grundeigentumsformen umgewandet. Und da das islamisch-arabische Recht kein Grundbuch kannte, führte die Privatisierung und Säkularisierung des Bodens dazu, daß das Verfügungsrecht französischer Privatkolonialisten und Kapitalgesellschaften ständig erweitert wurde, während sich die unmittelbaren Bearbeiter auf den Status von Tagelöhnern reduzierten.[1]

Die Entrechtungder Landbevölkerung ging über die staatliche und private Aneignung von Grund und Boden vor sich, wobei "die ersten Kolonialisierungsarbeiten, ganz abgesehen von der Konfiszierung und Verteilung des Landes, von staatlichen Stellen in die Wege geleitet"[2] wurden. Auf diese Weise nahmen die Franzosen bis 1937 724 700 ha besten Bodens in Beschlag. 23 % davon entfielen auf vier Gesellschaften:[3]

60 000 ha	für die Société franco-africaine
30 000 ha	für die Compagnie des Phosphates et du chemin de fer de Gafsa
27 320 ha	für die Société des fermes françaises
28 500 ha	für die Omnium immobilier tunisien.

Hierbei standen für die Kolonialpolitik niemals irgendwelche soziologischen Realitäten zur Debatte; für sie

---

1 DESPOIS,1964; PONCET, 1962; MENSCHING, 1968
2 MENSCHING, 1968, S. 61
3 Vgl. SEBAG 1951

war alles Land, was nicht formal-juristisch einwandfrei definiert war, ein leeres und herrenloses Land. Auch in Tunesien paßte das französische Vorgehen in das Schema kolonialer Handlungsweise: Unter dem Vorwand der Einführung einer neuen Bodengesetzgebung nahmen die Franzosen dann den gesamten Landbesitz in Beschlag und verteilten die besten Ländereien unter die französischen Colons und den kollaborierenden Tunesiern, den Rest des Bodens unter Tausende von Kleinfellachen. Das Ergebnis war eine Zerstückelung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und die Verdrängung der tunesischen Bauern aus den fruchtbaren Teilen des Landes. Es entstanden zwei verschiedene landwirtschaftliche Produktionssektoren, der von den kleinen Fellachen archaisch bebaute und der von den Franzosen und den tunesischen Großgrundbesitzern mit modernen Mitteln bebaute Sektor:[1]

	Landbesitzer	ha/ pro Besitz
Arabischer Sektor	450 000 tunesische Fellachen	ca. 5 ha
Moderner Sektor	7 000 tunesische Großgrundbesitzer	ca. 100 ha
	2.833 italienische Weinbauern	ca. 5 ha
	2.017 französische Colone	ca. 420 ha

Die maschinelle Bewirtschaftungsweise verschaffte den Eigentümern des ohnehin mit optimaler Bodenqualität ausgestatteten modernen Sektors eine klare ökonomische Oberlegenheit gegenüber dem kargen archaisch bebauten Sektor der einheimischen Fellachen und förderte die Entstehung eines spannungsreichen Dualismus zwischen stag-

1 Stand v. 1955, UGTT, 1967;
vgl. auch PONCET, 1967, S. 199

nierenden und dynamischen Agrarbereichen, der sich technisch in einem Gegensatz zwischen Holzpflug und 9 000 Traktoren niederschlug. Die Tatsache, daß "der 'moderne' und fremde Sektor der Wirtschaft seine Prosperität gerade aus dem Ruin oder der Ausbeutung des traditionalen Sektors schöfte"[1], führte dazu, daß "einige Tausend Colons auf mindestens 20 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche ungefähr mindestens 40 % der Ernte (Getreide, Wein, Olivenöl, Früchte) produzierten und dies zweifellos mit nicht mehr als 40 000 permanent beschäftigten Tagelöhnern."[2]

Die französische Agrarkolonialisation stellte zweifellos gegenüber den vorgefundenen archaischen Arbeitsmethoden eindeutig einen technischen Fortschritt dar; in sozialer Hinsicht war sie indessen katastrophal, denn es kam zur ersatzlosen Ruinierung der auf die Gruppenautarkie angelegten Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Agrarbevölkerung. Und während die koloniale Administration die einheimischen Großgrundbesitzer durch ihre völlige Eingliederung in den modernen Landwirtschaftssektor an den "kolonialen Segnungen" teilhaben ließ, hatte sie für das Heer enteigneter und entrechteter landloser Bauern nur noch das "Arbeitsnomadentum" übrig.[3] 300 000 waren von Anfang an bis 1955 permanent arbeitslos und hatten daher nur noch einen demographisch-statistischen Stellenwert.

---

1 PONCET, 1962, S. 37
2 PONCET, 1962, S. 37
3 Vgl. ZGHAL, 1965 b, S. 201-204

III. Ergebnisse der sozio-ökonomischen Entwicklung der Kolonialherrschaft

Für Frankreich hatte die Kolonialpolitik von Anfang an eine Palliativfunktion. Jules Ferry, französischer Ministerpräsident und einer der pronociertesten Vertreter der Notwendigkeit kolonialer Expansion begründete dies damit, daß die Kolonialpolitik eine Tochter der industriellen Politik sei, zumal im industriellen Zeitalter ohne zusätzliche Absatzmärkte der soziale Friede in der Metropole kaum aufrechterhalten werden könne.[1]

Entsprechend dieser Devise etablierte Frankreich 1896 zunächst eine beschränkte Zollvereinigung, die den Weg für die unbeschränkte Öffnung des tunesischen Marktes für französische Industriegüter frei machte. Und als diese für die optimale Ausnützung der Reichtümer des Landes ebensowenig ausreichte wie für deren Absicherung, wurde 1904 die vollständige Zollunion, die einem Import-Export-Monopol gleichkam, durchgesetzt. Frankreich importierte aus Tunesien Getreide, Wein, Olivenöl, Rohstoffe (Eisenerze, Blei, Phosphate) für seine Industrie, dafür exportierte es nach Tunesien Fertigprodukte.

Statt den Verfall der vorindustriellen Produktion aufzuhalten, führte Frankreich Industrieanlagen in Tunesien ein, die völlig in französischem Besitz blieben. Und da die gesamten Bereiche des Bergbaus und der Industrie ausschließlich von französischen Banken finanziert waren, hatte der tunesische Staat am Industriealisierungsprozeß kaum Partizipationsmöglichkeiten. Auch die

---

1 Hierzu s. ausführlich ZIEBURA, 1971; ROSSI, 1967

7 500 Aktien von insgesamt 50 000, die der Bey von Tunis bei der Banque d'Algerie hatte, konnten kaum als wirtschaftspolitisches Instrument gehandhabt werden.[1] Auf der anderen Seite übernahm der europäische Bevölkerungsteil in Tunesien die Kontrolle über den gesamten nichtagrarischen Wirtschaftsbereich; die"Phosphatgewinnung kontrollierten drei französische Gesellschaften, die Eisenminen wurden von zwei und die Bleigewinnung von fünf Gesellschaften konrolliert; die modernen Industrieunternehmen wurden hauptsächlich vom französischen Kapital finanziert und von Franzosen geleitet."[2] Auch wenn die statistischen Angaben im Hinblick auf die Struktur und den Anteil der tunesischen Industrieunternehmen widersprüchlich sind, so steht jedenfalls fest, daß die einheimischen Industriebetriebe nur geringfügig repräsentiert waren. Bei 120 000 Beschäftigten, d.h. 11 % der aktiven Bevölkerung brachten sie nicht mehr als ein Fünftel des Bruttoinlandproduktes auf. Demgegenüber kontrollierten die fünf französischen Gesellschaften in der extraktivenIndustrie (Phosphate, Eisen, Blei und Zink) 10 % des Bruttoinlandproduktes[3] und zusammen mit den übrigen französischen Produktionsbetrieben zwei Drittel des gesamten Exportvolumens des Landes.

Die demographische Konsequenz dieses Prozesses trat besonders ab 1936 in prononcierter Form auf und offenbarte die Aussichtslosigkeit der kolonialen Situation für die einheimische Bevölkerung. Während die Vollbeschäftigung in Frankreich durch Abwanderung der Arbeitslosen nach Tunesien aufrechterhalten wurde, bewirkte die verbesserte hygienische und medizinische

---

1 RAYMOND ET PONCET, 1971, S. 34
2 RAYMOND ET PONCET, 1971, S. 45
3 Eine ausführliche Darstellung liefert: AMIN, 1970, S. 23-83; ATTIA, 1972, S. 24

Versorgung eine schnelle Zunahme der tunesischen Bevölkerung, die sich zwischen 1936 - 1955 bei 40 ‰ Geburten - und 20 ‰ Sterberate wie folgt entwickelte:

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung: Einheimische und Europäer

	ingesamt	Europäer	Anteil %
1881	1.500.000	--	--
1936	2.600.000	213.200	8,2
1946	3.200.000	236.800	7,4
1956	3.800.000	255.000	6,7

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von PLUM, 1967, AMIN, 1969, Raymond et PONCET, 1971

Während 30 % der einheimischen Bevölkerung in Städten lebten, wohnten hier 85 % der Europäer, wobei Tunis mit 50 % Anteil der geographische Konzentrationspunkt darstellte. Die besondere Bedeutung der Hauptstadt lag in ihrer führenden Rolle als Handelszentrum. Ihre Anziehungskraft auf Geschäftsleute aus Europa wie auf arbeitslose Bauern und Landarbeiter gleichermaßen wird in ihrer demographischen Entwicklung besonders offenkundig: [1]

1936 hatte Tunis 300.000 Einwohner
1946 schon 450.000 und
1956 bereits 550.000 Einwohner.

1 Vgl. ATTIA, 1972, S. 9-27

Insgesamt förderte die französische Herrschaft in Tunesien die Schaffung eines relativ kleinen kapitalistischen Sektors, der mit den übrigen Teilen des Landes weitgehend unverbunden war.

Die Konzentration der ökonomischen Aktivitäten vollzog sich vorwiegend in den Küstenstädten Sousse, Sfax und Gabès sowie den Hafenstädten Tunis und Bizerta, wo auch die europäischen Bevölkerungsteile zu finden waren. Das von jeher unterentwickelte Süd- und Mitteltunesien blieb weiterhin unberührt. Auch wenn die 25 Jahre währende Kolonialherrschaft sektoral einige Veränderungen bewirken konnte, so steht jedenfalls fest, daß "das Prokopfeinkommen zwischen 1950 - 1954 nur 74 % des zwischen 1925 - 1929 betrug".[1] Die erzielten Produktionssteigerungen von 1936 bis 1955 standen auch (+ 22 %) in keinem Verhältnis zur Bevölkerungszunahme (+ 64 %). Besonders bezeichnend war indessen die Relation zwischen den importierten Ausrüstungsanlagen (12,5 %) und den Konsumgütern (58,5 %)[2] und da Tunesien 1955 55 % seiner Güter nach Frankreich exportierte, dafür aber 75 % aus der Metropole importierte und 13 Dinar für eine exportierte Tonne, aber 70 Dinar für eine importierte zahlen mußte[3], blieb die Zahlungsbilanz immer defizitär. Darüberhinaus eigneten sich die Kolonialherren ständig einen Großteil des gesellschaftlichen Mehrproduktes an, ohne einen Industrialisierungsprozep eingeleitet zu haben.

---

1 RAY.ET PONCET ,1971

2 AMIN , 197o

3 ROSSI , 1967

In der Einkommensverteilung der muslimischen Agrarbevölkerung trat der negative soziale Charakter der Agrarkolonialisierung klar hervor:

Tabelle 2: Einkommensverteilung der muslimischen Agrarbevölkerung 1955

	Einheiten (Familien)	in %	Gesamteinkommen in Mrd.	in %
Landarbeiter				
festangestellt	25.000		3	
Saisonarbeiter	110.000		7	
		37		19
Bauern				
Kleinbauern	80.000	22	7	13
mittlere Bauern	105.000	29	15	29
Großbauern	45.000	12	20	39
	365.000	(100)	52	100

Quelle: Daten und eigene Berechnungen nach AMIN, 1970, S. 61

Die Kleinbauern waren in der Regel Zwergbauern, die gerade 1 - 3 ha besaßen und in der Einkommenshöhe die festangestellten Landarbeiter kaum übertrafen. Die ärmsten der Landbevölkerung - alle Landarbeiter und die Kleinbauern - die 60 % ausmachten, verfügten nur über 32 % des Agrareinkommens. Die Großbauern jedoch, die nur

12 % der Agrarbevölkerung darstellten, beanspruchten für sich 39 % des Gesamteinkommens.

Die tunesische Gesellschaft hatte sich während des Protektorats also sehr ungleich entwickelt, was lange durch die ebenfalls stark ausgeprägten Ungleichheiten innerhalb der europäischen Bevölkerung [1] verdeckt worden war. Dazu folgende Zahlen, die nicht nur den Einkommensabstand zwischen den Europäern und den Einheimischen, sondern auch zwischen Stadt- und Landbevölkerung verdeutlichen:

Tabelle 3: Einkommensverteilung 1955

	Einwohner	in %	Einkommen	in %	pro Kopf
Nicht-Muslime	300.000	7	90 Mrd.	43	300.000
Muslime:					
Agrarbereich	2.300.000	60	52 Mrd.	25	22.000
Nicht-Agrar	1.300.000	33	68 Mrd.	32	55.000
	3.900.000	100	210 Mrd.	100	(alte Francs)

Quelle: Daten und eigene Berechnungen n. AMIN, 1970, S. 58

Nicht anders war es bei der Stadtbevölkerung, wie nachfolgende Tabelle, die allerdings nur die muslimische Bevölkerung erfaßt, nachweist:

1 Vgl. AMIN, 1969

Tabelle 4: Einkommensverteilung der aktiven muslimischen Stadtbevölkerung 1955

	Personen Erwerbstätige	in %	Einkommen	in %
1. Arbeiter	118.000	56	17 Mrd.	38
2. Angestellte	35.000	17	10 Mrd.	22
3. Mittelschicht	53.000	25	16 Mrd.	35
4. Oberschicht	2.000	1	2 Mrd.	5
	210.000	100	45 Mrd.	100

Quelle: AMIN, 1970, S. 68

B. Das koloniale Erziehungswesen als Mittel der Dekulturation der Bevölkerung und als Vermittlungsinstrument sozialer Forderungen der einheimischen, französisch gebildeten intellektuellen Elite

I. Restriktive Bildungspolitik und Bedeutung der französichen Sprache in Schule und Beruf

1. Quantitative Maßnahmen

Unter dem Vorwand, das einheimische Bildungswesen zu modernisieren, führte Frankreich eine Fülle von Maßnahmen ein, die darauf abzielten, die vorkolonialen Schuleinrichtungen finanziell sich selbst zu überlassen, um sie so auf ein Mindestmaß zu reduzieren: Die islamische Azzituna und die Sadiki-Schule waren ebenso wie die 1896 gegründete französisch-arabische weiterbildende Schule (Al-Khaldounya)[1] aus Stiftungsgeldern und durch Geldzuwendungen der Eltern der Schüler finanziert. Allein die modernen und traditionalen Koranschulen waren auf die materielle Unterstützung der Kolonialverwaltung angewiesen. Während die Koranschulen nur 800.000 FF

---

1 1896 Gründung der Hochschule Khalduṇya. Nach ihrem Status hatte sie hauptsächlich vier Aufgaben zu erfüllen:
1. Organisierung und Abhaltung von Vorlesungen in Geschichte, Geographie, Französisch, Volkswirtschaft, Gesundheitspflege, Physik, Chemie etc.
2. Den Förderungswürdigen die Mittel zur Weiterbildung zur Verfügung zu stellen
3. Förderung zur Gründung von Bibliotheken und Lesezirkeln
4. Herausgabe eines Bulletin in arabischer und französischer Sprache, das die arabische Kultur den Franzosen und die französische Kultur den Muslimen näher bringen sollte.

Sie wurde zur Begegnungsstätte der Sadiki-und Azzituna-Studenten und Dozenten.

vom Staat erhielten, bekamen die christlichen Schulen 2.000.000 FF und die israelitischen 1.400.000 FF. Der Erfolg dieser Politik ließ nicht lange auf sich warten: die Sadiki-Schule konnte aus eigenen Mitteln den Bildungsanforderungen nicht mehr nachkommen. Die Schülerzahl ging von 150 im Jahre 1875 auf 50 im Jahre 1907 zurück. Und während die Gründung französischer laizistischer Schulen im ganzen Land forciert wurde, reduzierte sich die Zahl der Koranschulen von 1 400 Im Jahre 1881 auf ganze dreißig im Jahre 1936.[1] Die Tunesier wurden somit immer noch auf die französischen und die französich-arabischen Schulen verwiesen, die sie auch in ständig steigender Zahl besuchten. Dazu folgende Tabelle:

---

1 Zur kolonialen Restriktionspolitik vgl.
TAALBI, 1920;
JULIEN, 1929

Tabelle 5: Entwicklung der Schülerpopulation von 1942 - 1956

	Schuljahr	Gesamt
Öffentliche Grundschule	1942-43	43.416
	1955-56	192.151
Öffentliche Sekundarsch.	1942-43	1.106
	1955-56	18.178
Öffentliche Techn. Schul.	1942-43	478
	1955-56	8.050
Privatschul. (Prim/Sek.)	1942-43	11.158
	1955-56	4.246
Öffentliche Hochschulen	1942-43	586
	1955-56	1.312
Gesamt alle Schulen	1942-43	56.042
	1955-56	223.937

1 Davon waren 9.665 Schüler der Ecoles Coraniques Modernes, die 1944 in die öffentlichen Grundschulen überführt wurden.

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben aus:
A.St. 1940-46 S. 68-70
A.St. 1947 S. 47-54
A.St. 1955 S. 22

Besuchten 1877 noch ganze 11.000 Tunesier die Koranschulen,[1] so waren es 1955 fast 200.000 muslimische Schüler, die die Grundschulen besuchten. Diese auf den ersten Blick grandiose Zahl, verliert viel von ihrem Glanz, vergleicht man sie mit den Einschulungsraten der europäischen Kinder: diese waren zu 95 % eingeschult, während die oben angegebenen Zahl von 200.000 muslimischen Schülern einer Einschulungsquote von nur ca. 25 % entspricht.

Die Ungleichgewichtigkeit wird erst dann deutlich, wenn man die Disparität der Einschulungsquoten zwischen Muslimen und Europäern heranzieht (Zahlen von 1949):

Tabelle 6: Einschulungsquote der Einheimischen im Vergleich zu der der Europäer

Nationalität	Schulpflichtige	eingeschult	in %
Franzosen	27.550	26.000	94
Europäer (Malteser, Italiener etc. und Franzosen	45.000	35.000	77
tunesische Muslime	775.000	95.000	12

Quelle: Baffoun, 1972, S. 2o2

In der Sekundarstufe waren 1953 von insgesamt 30.090 Schülern nur 13.620 Tunesier und im Hochschulbereich waren von 1473 Studenten lediglich 676 Einheimische[2].

1 SMIDA, 1975. S. 329

2 SRAIEB, 1974, S. 28

Die Unzulänglichkeit der Sekundar- und Hochschulbildung im kolonialen Tunesien zeigte sich nicht nur darin, daß im Sekundarbereich von 820 Lehrern nur 193 Tunesier und von 4.167 Primarschullehrern lediglich 1782 Einheimische waren, sondern ebenso in der geringen Zahl der tunesischen Hochschulabsolventen: In siebzig Jahren brachte das koloniale Bildungswesen nicht mehr als

18 Ingenieure
153 praktische Ärzte, d.h. 1 Arzt für 22.942 Einwohner
184 Rechtsanwälte ,d.h. 1 Rechtsanw. f.19.076 Einwohner
40 Zahnärzte, d.h. 1 Zahnarzt für 97.000 Einwohner
79 Apother, d.h. 1 Apotheker f. 44.000 Einwohner

hervor.[1]

Der Kolonialmacht war ja herzlich wenig daran gelegen, den Einheimischen in größerem Maße eine höhere Schulbildung zu vermitteln. "Gebildete hervorzubringen hieße, ihnen helfen, zu überlegen und infolgedessen die Probleme, denen sie gegenüberstehen, begreifen und bewußtwerden "[2] zu lassen. Eine für die Kolonialherren zu gefährliche Angelegenheit. Also wurden die Anforderungen an tunesische Kinder für den Eintritt ins Gymnasium so hochgeschraubt, daß nur die wenigsten durchkamen: So mußten tunesische Schüler für das Abschlußexamen der Volksschule, das zum Obertritt ins Gymnasium befähigte, an einem Tag sieben Prüfungen in 4 1/2 Stunden bestehen, ihre französischen Schulkameraden nur drei Prüfungen in 2 Stunden. Um das gleiche Ziel zu erreichen ,hatte der tunesische Schüler doppelt so viel zu leisten, wenn nicht noch mehr,

---

1 LOUIS, 1953, S. 5
2 SRAIEB, 1974, S. 69;

da der Franzose die drei Examen in seiner Muttersprache ablegte, der Einheimische vier Prüfungen in der Fremdsprache Französisch, so daß - bildlich gesprochen - bei einem Wettrennen der "Franzose 1.000 m, der Tunesier aber 2.500 m zurücklegen mußte, um den Sieg zu erringen"[1].

Daraus erklärt sich auch, warum beim Sekundarschulabschluß des Jahres 1951 - 1952 die tunesischen Muslime so schlecht abschneiden mußten.

Tabelle 7: Selektionsvergleich zwischen Tunesiern und Franzosen

	Prüfungskandaten - Gesamt	bestanden	in %
Baccalaureat Teil I			
Tunesier	459	98	21
Franzosen	1.352	554	41
Baccalaureat Teil II			
Tunesier	373	85	23
Franzosen	716	372	52

Quelle: SRAIEB, 1974, S. 70
und eigene Berechnungen

1 SRAIEB, 1974, S. 70;
Zum Problem der Selektion bei Prüfungen s. ausführlich LOUIS, 1955, S. 187-221

2. Qualitative Maßnahmen

Da es ausgemachtes Ziel der Franzosen war, durch die Sekundarstufe eine ihr genehme tunesische Elite heranzuziehen,[1] wurden auch nur "isolierte Aspekte des europäischen Wertsystems"[2] vermittelt. Die kritischen Momente der europäischen Kultur wurden den Kolonisierten vorenthalten. So schreibt B. Tibi: " Niemand wird bestreiten, daß die Werke von Rousseau und Montesquieu ein integraler Bestandteil des französischen Kulturerbes sind. Und doch ist von der französischen Kolonialverwaltung die Verbreitung dieser Werke in den Kolonien strikt verboten worden; Rousseau und Montesquieu standen auf dem Index 'subversiver Autoren'. Das hatte seine Gründe, denn beide Denker redeten im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft von Egalität und Freiheit."[3]

---

1 Nicht nur die französische, auch die britische Kolonialpolitik zielte darauf ab, das Erziehungswesen nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, sondern an denen der Kolonialverwaltung. Wie dies im ehemaligen Tanganjika durch minimalen Ausbau der einzelnen Schulstufen praktiziert wurde, beschreibt Wolfgang Küper so:

"Aufgrund der nur begrenzten Ausbildungsmöglichkeiten und als nahezu einzige Möglichkeit, in eine gesicherte Existenz aufzusteigen, erlangte das Erziehungswesen in kolonialer Zeit eine außerordentliche Bedeutung als Mittel des persönlichen und sozialen Aufstiegs. Dieser erfolgte durch ein lückenloses schriftliches Prüfungssystem nach Beendigung jeder Schulstufe ... Wer einmal in die Sekundarschule gelangt war, konnte sicher sein, eine gutbezahlte Stellung zu finden. Angesichts der Zufälligkeiten des Zugangs und des Auslesesystems konnte das bestehende Erziehungswesen in Ostafrika mit 'einer Lotterie , in der nur wenige gewinnen und die meisten verlieren', verglichen werden." KOPER, 1971, S. 30

2 DEPPE-WOLFINGER, 1966, S. 209

3 TIBI, 1974, S. 13

Damit kommen wir zu dem schlimmsten Resultat kolonialer Schulpolitik, das bis heute noch nachwirkt: Die Depersonalisation des autochtonen Schülers. Die in der Schule - vor allem in Geschichte und Geographie - gelehrten Inhalte waren nicht nur einseitig, sondern sie zielten darauf ab, die einheimische Kultur als minderwertig hinzustellen, die der "befreienden", kultivierenden Einflüsse der europäischen Zivilisation bedurften. So wörtlich:

> "Cours élémentaire: Ce qu' étaient les Noirs autrefois. Ce qu' ils sont aujourd' hui. Ce "qu'ils doivent aux Francais."[1]

Und weiter:

> "Tout l'enseignement de l'histoire et de la géographie doit tendre à montrer que la France est une nation riche, puissante, capable de se faire respecter, mais en même temps grande pour la noblesse dessentiments, généreuse et n'ayant jamais reculé davant les sacrifices d'hommes et d'argent pour délivrer les peuples asservis ou pour apporter aux peuplades sauvages avec la paix, les bienfaits de la civilisation ."[2]

Man stelle sich eine Klasse von jungen Tunesiern (oder Algeriern, oder Senegalesen) vor, die im Chor rezitieren: "Nos ancêtres les Gaulois" oder "Dans ses colonies la France traite les indigênes comme ses fils.."[3] Daß die Unterrichtssprache nicht die Muttersprache der Kinder, sondern die Sprache des Kolonialherrn war, und daß es den Kindern und Lehrern bei STRAFE verboten war, innerhalb des Schulgebäudes, auch nicht während der Pausen, miteinander in der Muttersprache

---

1 Gouverneur Général Roume, MOUMOUNI, 1964, S. 57
2 ebd.
3 MOUMOUNI, 1964, S. 56

zu reden, begünstigte weiterhin den Vorgang der fast traumatischen Verunsicherung der Schüler: "Einer der Grundpfeiler der Depersonalisierung der afrikanischen Intelligenz war die Zurückdrängung der afrikanischen Sprachen in die hinterste Ecke. Im Erziehungswesen wurde sie gar mehr oder weniger ganz eliminiert." [1] Sogar in den arabisch-französischen Schulen wurden von dreißig Stunden einundzwanzig in Französisch und nur neun Stunden in Arabisch unterrichtet, so daß bei der Abschlußprüfung der Volksschule Arabisch für die Tunesier als Wahlfach wie Zeichnen behandelt wurde. In dem ersten Jahr des Gymnasiums konnte Arabisch als zweite Sprache belegt werden.[2]

3. Banalisierung des Arabischen auch im Beruf

Die Prädominanz der französischen Sprache war nicht nur auf den Bereich der Schule beschränkt. Nachdem die europäische Bildung die unabdingbare Voraussetzung für den Zugang in die Kolonialverwaltung war, wurde das Französische notwendigerweise zur "Langue du Pain" (Sprache des Broterwerbes). Während die Absolventen der rein arabischen Schulinstitutionen (Azzituna - Koranschulen) außerhalb der gesamten Kolonialadministration bleiben mußten, standen die zweisprachig ausgebildeten Sadiki-Absolventen in einer hartnäckigen Kokurrenzsituation: Die Bevorzugung französischer Staats-

---

1 MOUMOUNI, 1964, S. 68
2 Vgl. LOUIS, 1953

angehöriger und Einheimischer mit rein französischer Bildung aus den tunesischen Lyzeen drängte bald auch die Sadiki-Absolventen aus der Sphäre des öffentlichen Dienstes. Für sie blieb dann nur noch die Ausübung eines freien Berufes als Alternative übrig. Doch auch in diesem Bereich war es nicht unproblematisch.

Die liberalen und technischen Berufe waren für muslimische Tunesier kontingentiert. Die wenigen Techniker mußten mit der entsprechenden Verwaltung einen Vertrag abschließen, so als ob sie Ausländer wären. Noch schlimmer erging es den tunesischen Ärzten. Ihre Rekrutierung hing von der Ableistung des französischen Militärdienstes ab. Nachdem aber jeder Tunesier, der den Volksschulabschluß[1] hatte, vom französischen Militärdienst dispensiert war, brauchten die Mediziner nicht zum Militär und da sie nicht beim Militär waren, konnten sie ihren Beruf auch nicht ausüben.

II. Kolonialpolitische Aspekte des französischen Bildungswesens in Tunesien

Für die französische Kolonialmacht bildeten die arabisch-französischen Bildungsinstitutionen den Garanten für die Herausbildung einer bikulturellen Bevölkerungsschicht,

---

1 Jeder Tunesier, der das 19. Lebensjahr vollendet hatte und keinen Volksschulabschluß besaß, war verpflichtet, den französischen Militärdienst abzuleisten. Der Bey gab jedes Jahr per Dekret bekannt, wieviel Tunesier zum Militär mußten. Die Entscheidung darüber wurde durch Losziehung herbeigeführt.

die in der Lage war, als Bindeglied zwischen Kolonialherren und Kolonisierten zu fungieren, um so die intendierte Parallelität zwischen kultureller Assimilation und politisch-ökonomischer Kolonisation voranzutreiben. Sehr deutlich formulierte dies der französische Gouverneur Brevié für ganz Afrika: " Die koloniale Pflicht und die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten verlangen von unserer Erziehungsarbeit eine doppelte Aufgabe: es geht auf der einen Seite darum, einheimische Kader zu bilden, die unsere Helfer in allen Gebieten werden sollen und auf der anderen Seite darum, den Aufstieg einer sorgfältig ausgewählten Elite zu sichern." [1]

Auch in Tunesien war das Leitmotiv kolonialer Erziehung nicht die Konkretisierung der "mission civilisatrice", sondern die Rekrutierung kleinerer und mittlerer Funktionäre zum Zwecke einer reibungslosen Absicherung der kolonialen Herrschaft. Entsprechend dieser Logik etablierte Frankreich in Tunesien ein Schulsystem, das ein getreues Abbild seines Bildungswesens in der Metropole war. Aus politischer Rücksicht auf die einheimischen Intellektuellen konnte die Kolonialmacht die vorhandenen traditionalen Bildungseinrichtungen, wie die Koranschule, die Großmoschee Azzituna und die modernistische Schule Sadiki, nicht kurzerhand verbieten. Sie mußte sogar auf Drängen der Tunesier einigen Reformmaßnahmen zustimmen, die darauf abzielten, die moderne Bildung bis in die Koranschulen hineinzutragen.[2] Diese

---

1 Zit. n. MOUMOUNI, 1964, S. 54

2 Die tunesischen Intellektuellen wollten mit dieser Forderung die traditionalen Schuleinrichtungen in die moderne Bildung einbeziehen, um sie so aus ihrer Vergangenheitsbezogenheit herauszuführen.

Forderungen der einheimischen Intellektuellen nach moderner Bildung bei Erhaltung der arabischen Sprache und Kultur standen von Anfang an im Gegensatz zu den kolonialen Bestrebungen,der französischen Sprache und Kultur im Lehrprogramm eine Vormachtstellung einzuräumen.

Die Verdrängung der bikulturellen Intellektuellen aus der Sphäre der Verwaltung[1] und der freien Berufe bei fortschreitender Prädominanz des Französischen und der Banalisierung der einheimischen Kultur, schuf die Bedingungen für das Aufkommen und die Virulenz der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung. Es sollte sich zeigen, daß mit dem kolonialen Bildungswesen die Kolonialherrschaft die Voraussetzungen ihrer eigenen Aufhebung schuf.

III. Das Umschlagen der französischen Bildung vom Mittel zur Erhaltung der Kolonialherrschaft zum Faktor ihrer Aufhebung

Der Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen die kolonialen Aggressoren war vor dem 1. Weltkrieg äußerlich kaum wahrnehmbar. Dennoch gab es nunmehr

---

1 Die Tunesier, die bereits in der Verwaltung arbeiteten, durften nur subalterne Funktionen ausüben. Für hohe Ämter hätten sie die französische Staatsangehörigkeit beantragen müssen. Vgl. BATTERTI, 1924, S. 47;
Zum diskriminierenden Entlohnungssystem in der kolonialen Verwaltung s. ABDEL-HAC, 1932, S. 96

wieder sporadische Widerstandsaktionen, die von den Franzosen blutig niedergeschlagen wurden. Auffallend dabei war, daß die Anlässe, die den Volkszorn heraufbeschwörten, nicht auf nationale, sondern ausschließlich auf islamische Beweggründe zurückzuführen waren, so 1911, als die Kolonialverwaltung den heiligen Friedhof von Djellaz bei Tunis ins Grundbuch registrieren lassen wollte, oder bei der Beerdigung eines naturalisierten Tunesiers in einen islamischen Friedhof, oder auch beim italienischen Oberfall in Libyen. Solche Ereignisse, die von unorganisierten, islamisch-emotionalisierten Widerstandsformen bestimmt waren, verliefen in ähnlicher Weise in Algerien, Marokko, Libyen etc. Sie zeigten zwar die Mobilisierungskraft der islamischen Traditionen, waren indessen zu schwach, um nicht von den Sicherheitskräften der Kolonialmacht überrannt zu werden.

Der geringe Organisationsgrad der Widerstandsbewegung nach dem 1. Weltkrieg lag in der Struktur der bedeutenden tunesischen politischen Partei (Desturpartei) unter der Führung des Islamwissenschaftlers Abdelaziz Thaalbi. Das Parteiorgan "Tunisie Martyre" bildete die erste politische Kampfschrift für die nationale Forderung nach politischen und sozialen Reformen in Tunesien.

Da sich aber die Mitglieder der Desturpartei vorwiegend aus der einheimischen Agrar- und Handelsbourgeoisie und der islamischen Würdenträgerschaft rekrutierten, blieb ihr Aktionsradius auf den großbürgerlichen, urbanen Bereich beschränkt. Auch die Mitglieder, die als Intellektuelle der Zweiten Generation eine französische

Bildung hatten, zeigten sich außerstande, ihre türkisch-aristokratische Herkunft zu verleugnen und eine affektive Bindung zu Tunesien zu entwickeln.

Erst 1936 konnte eine neue Generation der okzidental-akkulturierten Sadiki-Schüler die Voraussetzung für die Organisierung eines einheitlichen, alle Volksschichten umfassenden nationalen Widerstandsherstellen. Ihre Entstehung verdankte sie einer Neuorientierung der Rekrutierungspraxis der Sadiki-Schule. Da die Annahme der Schüler nur noch nach dem Kriterium der Begabung und Leistung erfolgte, sahen die besten Primarschüler minderbemittelter Eltern eine Chance, sich den Wettbewerbsprüfungen zu stellen und dann - mit Hilfe eines Stipendiums - nach dem Sekundarabschluß den sozialen Aufstieg für sich und ihre Familien zu sichern. Und als sie zwischen den beiden Weltkriegen die Mehrheit der Stipendien an sich rissen, traten sie in offene Konkurrenz zu den Kindern wohlhabender Familien, die nunmehr auf rein französische Schulen ausweichen mußten.

Das Bildungswesen nahm unverkennbar einen Drei-Klassencharakter an: Das französische Lyzeum für das Großbürgertum, die Sadiki-Schule für das Kleinbürgertum und die Azzituna-Großmoschee für alle unteren Schichten.

Das Kleinbürgertum erkannte, daß die koloniale Situation nicht mit religiösen Mitteln zu überwinden war, sondern mit den durch die französische Bildung vermit-

telten Forderungen der Französischen Revolution, d.h. die Kolonialherrschaft sollte sich durch die von ihr eingeführte französische Kultur selbst aufheben.

Prominentester Vertreter dieser Intellektuellen war Habib Bourguiba, der 1903 in Monastir geborene Sohn einer Offiziersfamilie. Er hatte die Sadiki-Schule durchlaufen und Jura sowie Politische Wissenschaft in Paris studiert. Ein Zitat von ihm über die Rolle der französischen Sprache und Kultur macht den kulturellen Hintergrund seiner Kampfgefährten deutlich:

> "Ich habe eine Sprache gelernt, die ich schätze. Von ihr wurde ich geprägt. Meine ersten intellektuellen Fähigkeiten verdanke ich ihr. Alles was ich tat, unternahm und realisierte, war ohne Haß. Ich bewunderte sogar die französische Kultur. Ich habe mit Frankreich gesprochen, mich ihm widersetzt, indem ich mich auf die Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit stützte, dabei alles ausspielend, was mir beigebracht worden war. Dennoch liebte ich es."[1]

Besonders deutlich kam die neue Stoßrichtung dieser okzidental-akkultierten Schicht zum Ausdruck, als sie zwischen 1930 und 1933 in ihre französischsprachigen Organe "la Presse", "la Voix du Tunisien" und "l'Action tunisienne" einen Zweifrontenkampf entfachten: Gegen

---

1 in "nouvelles litteraires" Nr. 213, 1974, S. 6

die alten Mitglieder der Desturpartei und gegen die kommunistische Ideologie. Der Kampf endete mit der Spaltung der Partei in Alt-Destur und Neo-Destur (1936). Während erstere in den Hintergrund trat, übte letztere unter Habib Bourguiba mit seinen Forderungen nach Modernisierung der Gesellschaft und konstitutioneller Herrschaftsausübung eine tiefgreifende Wirkung bei der breiten Masse der Bevölkerung aus. Der Sieg der Neo-Desturpartei 1936 markierte den Anfang der nationalen Idee im tunesischen Kontext und signalisierte zugleich die Hinwendung zu den kritischen Momenten der europäischen Kultur als herrschafts-transzendierendes Mittel der kolonialen Herrschaft. In ihrer eigenen Sprache wurde der französischen Öffentlichkeit die koloniale Situation als Korrumpierung der Freiheitsideale der Französischen Revolution vor Augen geführt. Mittels der arabischen Sprache wurde die einheimische Bevölkerung für die politische Freiheit und kulturelle Idendität im Rahmen eines modernen Staates sensibilisiert.

Nicht die Ideale der arabisch-islamischen Vergangenheit standen im Mittelpunkt ihrer politischen Konzeption, sondern unverhüllt die Ideenvorstellungen der europäischen Aufklärung und des Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts.

Dieser okzidental-akkulturierte Kreis unter Habib Bourguiba verlangte die Abschaffung des diskriminierenden Kolonialsystems durch die Etablierung einer Verfassung (arab. Destur) zum Zwecke der institutionellen Sicherung der Rechte und Freiheiten der Tunesier. Damit drückte

er in positiver, nichtsektiererischer Form die Interessen des ganzen Volkes aus und machte zugleich einen Großteil der Bevölkerungsschichten zu seinen aktiven Anhängern. Er entzog damit der kommunistischen Partei und den unter französischem Einfluß stehenden Gewerkschaften ebenso den Boden wie dem Großbürgertum, den Großgrundbesitzern und den islamischen Würdenträgern.

Die städtischen Zentren bildeten am Anfang den eigentlichen Aktionsbereich der Neo-Destur-Bewegung, die dann immer mehr auch die Randgebiete und die Dörfer im Innern des Landes erfaßte. Die Erweiterung ihres Aktionsradius ebenso wie die Veränderung ihrer Aktionsweise - nicht mehr nur verhandeln, sondern agitieren - gab der Neo-Destur-Bewegung eine gesamtnationale Dimension und verschaffte ihr innerhalb kurzer Zeit eine Massenbasis, die bereits 1936 mit ca. 100.000 Mitgliedern in 400 Parteizellen nach demokratischen Prinzipien organisiert war.

In dieser Phase war das primäre Ziel der Befreiungsbewegung, durch Bildung eines Kollektivbewußtseins vermittels "einer Sprache, eines Willens oder einer gemeinsamen Gefahr"[1] die für den Nationalismus konstituierenden Voraussetzungen zu schaffen.

1946 wurde dann das Jahr der nationalen Einheit für den Volksgruppen umfassenen Kampf für die Unabhängigkeit:

> "Wie stark der Drang nach besseren Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung auch sein

---

1 DUCLOS, 1966, S. 85

> mag, er nimmt fast immer den zweiten Platz hinter dem Nationalismus als politischem Ziel ein. Der einzelne, der seine wirtschaftliche Lage zu schützen gedenkt, indem er nicht zu den Opfern, die ihm der Patriotismus auferlegt, bereit ist, schließt sich automatisch von der Gemeinschaft der "rechtsgläubigen" Nationalisten aus."[1]

Nachdem sich die Gewerkschaften vereinigt hatten,[2] schlossen 80 Führer des Großbürgertums und der Großgrundbesitzer unter Leitung von Tahar Ben Ammar einen Pakt mit der Neo-Destur, "in dem sie sich versprachen, zusammenhalten zu wollen, bis die Unabhängigkeit gesichert sei."[3] Zehn Jahre später war es dann soweit.

---

1 HALLOWELL, 1964, S. 4

2 1924 hatten die tunesischen Bergarbeiter, Eisenbahner und einige Landarbeiter erstmalig den Versuch unternommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wurden aber immer wieder von der Kolonialverwaltung aufgelöst. Erst nach dem 2. Weltkrieg konnten sich drei regionale Gewerkschaftsverbände konstituieren, die sich 1946 auf dem Gewerkschaftskongress von Tunis zu der bis heute bestehenden Union Générale des Travailleurs Tunisien (UGTT) vereinigten.

3 HOTTINGER, 1971, S. 19

D R I T T E R T E I L

Institutionelle, ökonomische und bildungspolitische Reformen als Mittel zur Oberwindung der ökonomischen Unterentwicklung und der kulturellen Abhängigkeit von Frankreich

A. Privatwirtschaftliche und nicht-kapitalistische Entwicklung als erste nationale Strategien zur Einholung der westeuropäischen Industriegesellschaft

I. Zur Problematik der Entwicklungsländer

1. Vorbemerkung zum Begriff "Entwicklungsländer"

Noch vor nicht allzu langer Zeit sprach man nicht von "Entwicklungsländern", sondern von den "unterentwickelten Ländern". Im französischen Sprachgebrauch kann eine ähnliche Veränderung beobachtet werden: "les pays sous-développés" wurden zu "les pays en voie de développement".

Die neuen Ausdrücke umschreiben nur etwas diplomatischer die kaum hinterfragte Vorstellung von "zurückgebliebenen" Ländern, die auch in der Wissenschaft bei den Strukturfunktionalisten Eingang gefunden hat. Von

diesen Auffassungen möchte sich der Verfasser nachdrücklich absetzen und sich den Ausführungen Rothes anschließen:

> "Der Begriff 'Entwicklungsländer' ist sehr problematisch, weil er unbewußt, aber sehr nachhaltig dazu verführt, die 'Entwicklungsländer' als etwas Unfertiges, Unvollendetes, Zurückgebliebenes zu betrachten, das noch 'entwickelt' werden müsse. Ziel dieser 'Entwicklung' sei - so wird unterschoben - der Lebens-, Arbeits- und Denkstil der 'entwickelten' Länder, d.h. der Industriestaaten. Das ist nicht nur ein unrichtiges, sondern auch ein gefährliches Denkschema, das der Größe und Kraft nicht-abendländischer Kulturen in keiner Weise gerecht wird und dazu verleitet, andere geringzuachten. Damit bleibt das Tor zum Verständnis anderer Länder, Völker und Kulturen verschlossen. Wenn im folgenden dennoch der Begriff 'Entwicklungsländer' verwendet wird, so geschieht dies - mit großem Unbehagen und unter ständigem Vorbehalt - nur deswegen, weil gegenwärtig noch kein anderer Ausdruck zur Verfügung steht."[1]

2. Ursachen der Unterentwicklung und weiteren Verarmung der Entwicklungsländer

Um das Phänomen der 'Unterentwicklung' für die Forschung zu operationalisieren und die Vergleichbarkeit der Ent-

---

1 ROTHE, 1972, S. 133, Anm.1

wicklungsländer untereinander herzustellen, wurden gerne folgende Indizes benutzt:

1. GNP (Gross National Product)
2. % GNP aus dem nicht agrarischen Bereich
3. % Arbeitskräfte im nicht agrarischen Bereich
4. % weibliche Arbeitskräfte insgesamt
5. täglicher Proteinverbrauch in Gramm/pro Kopf

Nach Feststellung dieser Daten ergaben sich die Aufteilungen in "developed" und "developing" countries, wie z.B. aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Tabelle 8: "Unterentwickelte" versus "entwickelte" Länder

	Chile	Indien	Iran	BRD	USA	Schweden
1. GNP in 100 $	2	1	2	34	43	31
2. GNP non-agric.	91%	50%	75%	97%	97%	96%
3. % Arb.im non-agr.	72%	18%	50%	91%	96%	88%
4. %Frauen-arbeit insges.	19%	20%	-	36%	37%	38%
5. tägl.Pro-teinver-brauch	77g	53g	52 g	83g	98g	78g

Quelle: COMBER/KEEVES, 1973, S. 156

Nun sagen diese Zahlen aber nicht sehr viel über diese Länder aus, um so mehr als sich aus ihnen keine wie immer geartete Entwicklung herauslesen läßt. Dazu folgende Daten:

Das reale Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer betrug in den Jahren von 1960 bis 1966 durchschnittlich zwischen 400,- und 680,- DM im Jahr, die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in diesen sechs Jahren belief sich auf 100,- DM insgesamt, d.h. pro Kopf 16,- DM pro Jahr.[1] Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Pro-Kopf-Einkommen in den USA um 400,- DM pro Jahr auf ca. 14.280,- DM. Man muß diese Zahlen nebeneinanderstellen, um sehen zu können, in welchem Ausmaß der Abstand zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten zunimmt:

E.L.	I.L.	
DM 400,-/680,-	DM 14.280,-	pro Kopf/pro Jahr
DM 16,-	DM 400,-	Steigerung " "

Und auch diese Zahlen beschreiben noch nicht ausreichend die Armut der Bevölkerung, denn die Aufteilung innerhalb der Länder zwischen der herrschenden Schicht und der Masse der Bevölkerung ist nicht berücksichtigt. "Je niedriger das Pro-Kopf-Einkommen, desto ungleicher die Einkommensverteilung, d.h. das (ohnehin) geringe Nationaleinkommen wird derart unter die Mitglieder der

---

1 DAMS, 1969, S. 43

armen nationalen Gesellschaften verteilt, daß deren Mehrheit de facto noch ä r m e r ist, als die Globaldaten anzeigen."[1] Diese vorsichtige Formulierung umschreibt den Tatbestand, daß durchschnittlich 5 % der Bevölkerung - die Oberschicht -einen fünfzehnfach höheren Konsum hat als die unteren Schichten, oder anders ausgedrückt, daß z.B. in Guatemala 70 % des nutzbaren Bodens 2,2 % der Grundbesitzer gehört, von diesen 70 % aber nur 10 % (!) bearbeitet werden [2], ein Faktum , das nicht auf Guatemala beschränkt ist, sondern in vielen feudalstrukturierten Entwicklungsländern auszumachen ist und das die These, daß die schnell wachsende Bevölkerung die U r s a c h e für deren Armut und Hunger ist, ad absurdum führt.

Die Gründe für die ständige Verarmung der Entwicklungsländer können jedoch nicht in erster Linie der herrschenden Schicht angelastet werden. Die jahrhundertelange Ausbeutung während der Kolonialzeit [3] und die

---

1 SCHUHLER, 1968, S. 84, Zit. n. NUSSBAUM, 1972, S. 137;
2 PAECH, 1969, S. 116
3 "Das industrielle Engagement der Kolonialmächte war begleitet von einem gigantischen Transfer von Waren und Werten aus den Kolonien ... Nach indischen statistischen Angaben hat sich England in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts jährlich über 10 % des nationalen Bruttoeinkommens angeeignet... die Kapitalmassen, die bis ca. 18 000 in die europäischen Staaten geflossen sind,(entsprachen)etwa 1 Milliarde Goldpfund, d.h. mehr als dem Wert des gesamten Anlagekapitals in allen europäischen Industrieunternehmen um das Jahr 1800." PAECH, 1969, S. 111

neo-kolonialen terms of trade [1], die die reichen Industriestaaten aufgrund ihrer Vormachtstellung festgelegt haben, sind die primären Verursacher. Um ein Beispiel zu nennen:[2]

1954	kostete ein Jeep im Weltdurchschnitt	12 Sack Kaffee
1962	bereits	39 Sack Kaffee

Der Preisverfall der Rohstoffe - und die Entwicklungsländer sind rohstoffexportierende Länder, die gewinnbringende Veredelungsindustrie wurde ihnen vorenthalten - hat Brasilien von 1954 bis 1966 fünf Milliarden Dollar gekostet. So kann man auch die Feststellung von Nussbaum[3], "die mildtätigen Spenden der Kirchgänger für die Weihnachtskollekte von ADVENIAT dürften insgesamt gerade den Gewinnentzug ausgleichen, der den Spendern durch die Preissenkungen in Südfrüchten, Kaffee und Kakao über die Feiertage zugute kommt", kaum als zynisch bezeichnen.

---

1 So legen die Industrienationen nicht nur die Preise für ihre eigenen Erzeugnisse fest, sondern auch für Güter, die aus den Entwicklungsländern bezogen werden. Dieses die Entwicklungsländer diskriminierende Weltwirtschaftssystem wurde erstmals durch den Zusammenschluß der ölexportierenden Länder in der OPEC durchbrochen, als diese aufgrund ihrer neuen Stärke das bisher billige Öl zu höheren Preisen verkauften und prompt die sogenannte "Ölkrise" heraufbeschworen.

2 NUSSBAUM, 1969, S. 138

3 ebd. S. 138

In diesem Zusammenhang soll ein Artikel von Udo Bergdoll in der Süddeutschen Zeitung zitiert werden, der unter der Überschrift "Brisantes Plädoyer für die Dritte Welt" die Stellungnahme der Kirchen anführt:

> "Die Kirchen in der Bundesrepublik drängen das Parlament, die Regierung, die Öffentlichkeit, den Forderungen der 'Dritten Welt' nach einer neuen Weltwirtschaftsordung weiter entgegenzukommen, als nach bisherigen Aussagen der Verantwortlichen in den Industrieländern zu erwarten ist ... sie (sehen) im Verhältnis zwischen Nord und Süd die 'soziale Frage unseres Jahrhunderts'... Den christlichen Glauben wollen sie nicht für ein bestimmtes Wirtschaftssystem in Anspruch nehmen lassen. Im Interesse einer 'sozial verpflichteten Marktwirtschaft' fordern sie jedoch, daß die armen Länder nicht länger dadurch benachteiligt werden, indem diese Prinzipien nur angewendet würden, wenn es den reichen nutze... Weitere Forderungen beziehen sich auf die Stabilisierung der Rohstoffpreise. Erzeugerkartelle zum Schutz der Schwächeren wollen die Kirchen nicht von vornherein abgelehnt wissen."[1]

3. Bevölkerungswachstum und Analphabetismus

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den Industrieländern betrug zwischen 1960 - 1970 ein Prozent, wobei die Tendenz weiter fallend ist. In den Ländern

---

1 BERGDOLL, 16.2.76, S. 4

der Dritten Welt stieg die Wachstumsrate von 4,7 % in den Jahren 1950 - 1960 auf knapp 5 % in den Jahren 1960 - 1966. Ausgelöst wurde dieser Prozeß durch drastische Senkung der Todesfälle durch medizinische Maßnahmen, so daß die Entwicklungsländer " v o r Eintritt in die industrielle Entwicklung - in einem Zeitraffertemp gegenüber den Industriestaaten - ihre Sterberaten gesenkt und damit ihre Bevölkerungszahl erheblich gesteigert (haben). Dieser Prozeß vollzog sich in den heutigen Industrieländern dagegen im Zuge allmählicher Wachstumssteigerungen über eine sehr lange Periode."[1] So muß eine kleine Anzahl von Erwerbsfähigen eine große Anzahl von jungen 'Konsumenten' ernähren.

Mit der Zahl der Bevölkerung wächst die Zahl der Analphabeten. Obwohl die Entwicklungsländer große Anstrengungen in der Bildungspolitik unternommen haben, wuchs in der Zeit von 1960 - 1970 die Zahl der Analphabeten um 70 Millionen auf 810 Millionen.

Armut - Bevölkerungswachstum - Analphabetentum - es scheint ein circulus viciosus zu sein.

---

1 DAMS, 1969, S. 44 f.

II. Privatwirtschaftliche Entwicklung als nationale Strategie zur Oberwindung der ökonomischen Unterentwicklung

1. Ausschaltung der um die politische Macht rivalisierenden sozialen Gruppen und Monoplolisierung der Herrschaft bei der Partei und dem Staatspräsidenten Habib Bourguiba

1956 wurde Tunesien unabhängig. Die nationale Einheit, die während des Unabhängigkeitskampfes die Klassen zusammenhielt, drohte auseinanderzubrechen. Deshalb wurde der politischen Konsolidierung von Staat und Gesellschaft bis 1959 Vorrang vor der wirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt.

Die tunesische "Bourgeoisie", von der französischen Kolonialherrschaft hervorgerufen, war - im Gegensatz zur europäischen Bourgeoisie im 19. Jahrhundert - ohne tragende Bedeutung geblieben. Zur ökonomischen Schwäche gesellte sich der Mangel an politischer Erfahrung im Regieren, in der Ausübung ihres Einflusses und ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse. Als Klasse fehlte der Bourgeoisie die Erfahrung in der Industrie: ihre Profite hatte sie durch Handel und Landwirtschaft erworben, sowie durch Spekulationen mit Grundbesitz, ja sogar durch Investitionen in europäischen Unternehmen. Da sie ihr Kapital nicht für die Entwicklung eigener Fa-

briken anlegen durfte, blieb die industrielle Entwicklung in Tunesien den ausländischen Monopolen überlassen.

Die Arbeiterschaft, zahlenmäßig die stärkste soziale Klasse,[1] die sich immer mehr zu einem Industrie- und Landproletariat entwickelte, hatte große Massenkämpfe und Streiks gegen die Kolonialherrschaft durchgeführt, Gewerkschaften gebildet und an politischen Aktionen teilgenommen. Die politische Unabhängigkeit war weder allein das Werk der Bourgeoisie noch der Arbeiterschaft gewesen, sondern der Neo-Desturpartei, die in sich Großbürgerliche und proletarische Patrioten vereinigen konnte unter der Führung der kleinbürgerlichen Intelligenz.[2]

Die tunesische Intelligenz bestand aus Rechtsanwälten, Oberschullehrern und Ärzten und gehörte allein schon durch ihre Bildung zu den privilegierten Schichten. Sie entstammten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Familien; deshalb hing die Entwicklung Tunesiens davon ab, wie sich diese Intelligenz die Entwicklung[2] des Landes vorstellte.

---

1 Im Gegensatz zur Neo-Desturpartei, die aufgrund ihrer Ideologie eine Partei der Kleinbürger war und den Unabhängigkeitskampf nur unter dem Aspekt des Verhältnisses zwischen Kolonialherr und Kolonisierten ansah, war die tunesische Arbeiterbewegung in ihrem Kampf vorwiegend vom antagonistischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit geleitet. Vgl. GUERIF, 1952; LETOURNEAU, 1962; MARNET, 1964; VIOLLIS, 1939; BOURGUIBA, 1953; SEBAG, 1951.

2 Die tunesische Intelligenzia, die seit der Unabhängigkeit bis heute das Land ununterbrochen regiert, ist ausnahmslos europäisch gebildet und stammt aus derselben Gegend wie der Staats-und Parteipräsident Habib Bourguiba dem Sahel, der tunesischen Region, in der seit Jahrhunderten Kleinbauern vom Olivenanbau leben.

Nach der Unabhängigkeit sprach Bourguiba von der nationalen Einheit als der wichtigeren Errungenschaft als die Unabhängigkeit selbst. Dem war aber nicht so. Der Einfluß des Bürgertums in der Partei war zu groß und trat in offenen Gegensatz zu den sozialistischen Vorstellungen der in der Partei vereinigten Gewerkschaften. Der Konflikt wurde ausgelöst durch den konservativen Flügel der Partei unter der Führung von Salah Ben Youssef.[1] Dieser lehnte jede Zusammenarbeit mit dem Westen und besonders mit Frankreich ab und forderte eine arabisch-islamische Orientierung der politischen Entwicklung des Landes. Habib Bourguiba schaltete ihn aus der Partei aus. Die Betreuung Ahmed Ben Salah, dem Führer des militanten Gewerkschaftsflügels, mit den Ministerien für Wirtschaft, Plan und Finanzen, brachte die Gewerkschaften auf die Parteilinie.

Mit der Ausschaltung des konservativen Flügels[2] der Partei und durch die Spaltung der Gewerkschaften konnte Bourguiba als der Mann erscheinen, der über allen Klassen stand. Von dieser Machststellung ausgehend konnte Habib Bourguiba ein auf seine Person zugeschnittenes politisches und administratives System schaffen.

Während des Unabhängigkeitskampfes hatte die Desturpartei von den Franzosen eine Verfassung gefordert, in der die Macht des Beys und des französischen Generalresidenten eingeschränkt werden sollte. Daher pochte sie auf die Schaffung einer parlamentarischen Repräsen-

---

1 CHEBBI, 1962
2. BEN YOUSSEF wurde 1961 in Frankfurt ermordet.

tation. Das Parlament war damals für die Desturpartei die Inkarnation der nationalen Souveränität und der Garant der Demokratie im unabhängigen Tunesien. 1956 konnten sich die Befürworter der Formel Parlament - Demokratie unter H. Materi gegen die Befürworter der Assoziation Staatspräsident-Souveränität unter der Leitung von Bourguiba nicht durchsetzen.

Die Verfassung vom 1. Juni 1956 [1] etablierte ein Präsidialsystem, in dem der Präsident zugleich Ministerpräsident, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, oberster Richter und Exekutivorgan aller von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze war, denen gegenüber er ein Einspruchsrecht hatte.

Das aus 90 Abgeordneten bestehende Parlament hatte nur eine Kammer. Die Parlamentsabgeordneten wurden zur gleichen Zeit wie der Präsident der Republik in allgemeiner, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl für fünf Jahre gewählt. Aufgestellt wurden jedoch die Parlamentskandidaten ausschließlich von der Desturpartei, deren Vorsitzender Habib Bourguiba war (und noch heute ist).

Diese Zentralisation der Macht in Staat und Partei ging bis in die Verwaltungsorganisation hinein[2]: Tunesien wurde in 13 Gouvernorate eingeteilt, an deren Spitze jeweils der vom Präsidenten ernannte Gouverneur stand.

---

1 ESSENOUSSI, 1962
2 eine ausführliche Darstellung der Verwaltung liefern: DURPTY, 1973 ; MOORE, 1965; GERMAN, 1968

Die Gouvernorate unterteilten sich in Delegationen, die einem vom Innenminister vorgeschlagenen und vom Staatspräsidenten ernannten Délégué unterstanden. (Dekret vom 21. Juni 1956). Nur in der kleinsten Verwaltungseinheit, der 'commune' (Gemeinde), wurde der Gemeinderat direkt vom Volk gewählt. (Dekret vom 14. März 1956).

Dieses politische System führte auf der einen Seite zur Ohnmacht des Parlaments, auf der anderen Seite zur uneingeschränkten Macht des Präsidenten.

2. Errichtung der politischen Institutionen und Durchführung der ersten politischen und sozialen Reformen

Das politische System und die Verwaltungsorganisation Tunesiens nach der Unabhängigkeit waren in Wirklichkeit eine Obernahme des französischen Systems. Französisch blieb ebenso das tunesische Rechtswesen. Das Handelsrecht war eine Kopie des französischen Code de Commerce, die Bestimmungen des Bodenrechts waren mit denen des Code civil français identisch.

Die Obernahme des französischen Rechtswesens und der politischen Institutionen standen in engem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Tunesien, denn diejenigen, die vom französischen System in Tunesien profitiert hatten, wollten dieses auch in der neuen Republik etablieren, um ihre Vorherrschaft zu sichern.

Nach der Errichtung der politischen Institutionen leitete Habib Bourguiba erste soziale Reformen ein: die der Gleichberechtigung der Frau, der Säkularisierung des islamischen Gerichtswesens und der sozialen Sicherung des Arbeiters.

Durch die Promulgation eines Personalstatutes[1] wurde die Gleichberechtigung der Frau fixiert, die Polygamie abgeschafft und die islamische Scheidungstradition durch die gerichtliche Scheidung ersetzt. Im gleichen Zeitraum wurden alle religiösen islamischen Gerichte durch säkulare Gerichte ersetzt.

Die soziale Sicherung des Arbeiters wurde etappenweise festgelegt: Am 12. Juni 1956 legte ein Arbeitsgesetz das Statut des Arbeiters fest und führte die Pflicht eines Arbeitsruhetages in der Woche ein. Das Gesetz Nr. 53/57 von 1957 sicherte dem Arbeiter materiellen Schutz zu, und zwar bei Berufskrankheit, Betriebsunfall und bei Unfällen, die der Arbeiter auf dem Weg zu seiner Arbeitsstätte erlitt.

Um Tarifkonflikte zu vermeiden, wurden Arbeitsinspektoren eingesetzt, die die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes überwachen sollten. Daneben wurden Sozialgerichte in jedem Gouvernorat errichtet. Die Entlohnung der Arbeit erfolgte in den meisten Betrieben aufgrund eines allgemein verpflichtenden Entlohnungssystems für alle Bereiche der Wirtschaft. Die Lohnentwicklung wurde vom Staat ständig kontrolliert.

---

1 Arab.-franz. Ausgabe von ESSENOUSSI, 1958;
Er gilt als der fortschrittlichste in der arabischen Welt.
Über seine Auswirkungen für die Emanzipation der tunesischen Frau s. RICHTER-DRIDI, 1979

Mit dem Dekret vom 4. Juni 1957, das Garantien für ausländische Investitionen und Rückführung ihres Kapitals sicherte, trat Tunesien in das kapitalistische System ein. Anstelle von Frankreich traten die Vereinigten Staaten auf den Plan und unterstützten Tunesien mit massiven Geldmengen, 1957 mit 5,7 Millionen Dinar, 1958 mit 14 Millionen. "Eingetreten in das Spiel der Großmächte" sah sich Tunesien drei Problemen gegenüber:

- der Feindschaft des ersten Kolonisators gegenüber den amerikanischen Konkurrenten im Lande,
- der Opposition der Amerikaner gegen einen möglichen dirigistischen Sozialismus und
- der Notwendigkeit, einen eigenen Weg der Entwicklung zu finden, um ökonomisch unabhängig zu werden.

Ende der fünfziger Jahre erlebte Tunesien die größte Wirtschaftskrise: Das Defizit stieg von 4,6 Mio Dinar auf 30 Mio Dinar. Die Kosten für die langfristigen Infrastrukturvorhaben betrugen 57 % des Nationalbudgets; sie gingen über die Möglichkeiten des Landes hinaus und die Wirtschaft hing fast vollständig von der ausländischen Finanzhilfe ab.[1]

---

1 ROSSI, 1967, S. 66

III. Planwirtschaftliche Entwicklung unter dem Etikett des "besonderen Sozialismus" (Destursozialismus)

1. Politische Hintergründe und theoretische Grundlagen

Die liberalen Wirtschaftspolitiker waren nicht in der Lage, die Probleme planmäßig zu lösen. Der Staat mußte intervenieren: Für die Arbeitslosen[1] wurden mit amerikanischer Hilfe "Lager für Arbeitslosigkeitsbekämpfung" errichtet.

Um die währungspolitische Unabhängigkeit zu sichern, wurde die Nationalbank gegründet. Doch die finanzielle Abhängigkeit von Frankreich blieb weiterhin erhalten und bestimmte die Außenpolitik Tunesiens. 1959 mußte Tunesien die größte Finanzkrise erleben: Als die Tune-

---

1 Ober die Arbeitslosenzahl liegen bis heute keine genauen Daten vor. Die offiziellen Angaben waren und sind widersprüchlich: 1956 ermittelte eine Erhebung 125.000 Arbeitslose. 1959 sprach Habib Bourguiba von 145.000 Arbeitslosen. 1960 ermittelte das Informationsministerium 350.000 Arbeitslose.
Zu diesen Arbeitslosen kommen die Unterbeschäftigten hinzu, d.h. die Saisonarbeiter. Ihre Zahl wurde mit 685.000 angegeben. Nach dem Dreijahresplan setzte sich die Beschäftigungsstruktur folgendermaßen zusammen: aktive Bevölkerung 1.870.000, beschäftigte Bevölkerung 1.085.000, Arbeitslose 100.000 (!), Unterbeschäftigte 685.000.
Secrétariat au Plan et aux Finances, 1963,.

sier die algerischen Freiheitskämpfer unterstützten, strich Frankreich die Tunesien zugesagte jährliche Finanzhilfe von 12 Milliarden alten Francs und baute den Handelsaustausch ab; 1958 waren die Exporte nach Tunesien bereits von 71 % auf 65 %, die Importe aus Tunesien von 61,9 % auf 50,6 % gefallen.

Die Staatsinterventionen blieben dennoch isoliert, gelegentlich und auf dringende Fälle beschränkt. Sie entbehrten jeglicher langfristigen Planung. Der Staat betrieb keine Wirtschaftspolitik, er war in seinen Interventionen immer darauf bedacht, das Vertrauen des Privatkapitals zu erhalten.

1962 demonstrierten Bauern, Studenten und Arbeiter wegen der mangelnden Strukturreformen. Während einerseits die Regierung den Arbeitern jede Lohnforderung untersagte hatte [1], wurden andererseits die Paläste von Kartago und Skanes mit großem finanziellen Aufwand gebaut.[2] Im gleichen Jahr wurde gegen Bourguiba ein Putschversuch von Offizieren und Mitgliedern der Desturpartei ergebnislos unternommen.

Diese politischen und sozialen Spannungen, die Finanzkrise und die wirtschaftliche Abhängigkeit Tunesiens die Frankreich Repressalien erlaubte, brachte die Desturführung zu der Erkenntnis, daß die Strukturen des Landes geändert und auch neue Methoden zu ihrer Veränderung

---

1 Seit dem 1.9.1955 waren die Löhne unverändert geblieben, die Preise jedoch von 1955 - 1960 um 11 % gestiegen.

2 1963 mußte Bourguiba auch zu den anderen aufwendigen Residenzen in Kef und Sfax Stellung nehmen. Er rechtfertigte sie damit, daß es in einem Präsidialsystem normal sei, daß der "Staatschef überall über anständige Unterkünfte verfüge". BOURGUIBA, 1963

angewandt werden müßten. Die Begründung für den neuen, nichtkapitalistischen Weg gab Habib Bourguiba selbst: "Wir können nicht in unserer Epoche und in einem Land, das in seiner Entwicklung um Jahrhunderte hinter den fortschrittlichen Ländern zurückliegt, hoffen, diese Zeit einzuholen, indem wir den langen und gefahrvollen Weg der kapitalistischen Länder gehen...wir müssen auf schnellere und wirkungsvollere Methoden zurückgreifen, die eine Koordinierung aller Anstrengungen in Verbindung mit einer strikten Disziplin erlauben." [1]

Diese Erkenntnis wurde sofort in die Praxis umgesetzt: Der abgesetzte Arbeiterführer, Ahmed Ben Salah, wurde von Bourguiba als Planminister in die Regierung eingesetzt und ein 10-Jahresplan erstellt. Dabei ging es vor allem darum, die von den privaten Unternehmungen ausgearbeiteten Pläne zu koordinieren und die Klein- und mittleren Bauern in Genossenschaften zusammenzubringen, um eine optimale Wachstumsrate in der Landwirtschaft zu erzielen. Das Wesen der Planung bestand darin, zusammen mit Vertretern des tunesischen und ausländischen Kapitals und den Repräsentanten des Staates alle Wirtschaftsbereiche auf nationaler Ebene zu koordinieren.

Im Parteikongreß von Bizerta 1964 wurden Definition, Ziele und Mittel des Destursozialismus katalogartig festgelegt und als verbindlich erklärt. Die Desturmitglieder, so stand zu lesen, sind überzeugt, daß der Destursozialismus eine politische, wirtschaftliche und soziale Doktrin und zugleich eine soziale und demokratische Revolution ist, deren Ziel es ist, die Beseitigung der Ausbeutung, die Stärkung der Gerechtigkeit, die Erlangung der Freiheit und die Errichtung des sozialen Friedens zu

---

1 BOURGUIBA, 1965, S. 8

erreichen. Letztendlich befürwortete der Destursozialismus die bei optimaler Kombination von Freiheit und Gleichheit am Sozialprinzip orientierte klassenlose Gesellschaft.[1]

a) Ziele des 'Destursozialismus' [2]

Ziel des Destursozialismus war es also, eine klassenlose Gesellschaft zu schaffen, aber im Gegensatz zu Marx nicht durch eine gewaltsame proletarische Revolution, sondern durch Einschränkung der individuellen Freiheit und des Privateigentums zugunsten aller und durch Oberführung der wichtigsten Produktionsmittel in Eigentum und Verwaltung der Gesamtheit. Gleichzeitig sollte das Volk sittlich religiös erneuert werden durch eine umfassende Belehrung und Aufklärung, wodurch auch die besitzenden Schichten von der Notwendigkeit und Vernünftigkeit der gesellschaftlichen Umwandlung überzeugt werden. Die Einsicht aller Schichten in die Notwendigkeit und Vernünftigkeit der evolutionären sozialistischen Entwicklung sollte eine gewaltsame Änderung der Gesellschaftsordnung durch Revolution unnötig machen.

---

1 Vgl. Parti socialiste Destourien, 1964

2 Diese Ziele hatte BOURGUIBA in seinen zahlreichen Reden umrissen. In den Reden von:
1964: Aufbau der Demokratie; Der authentische Sozialismus; Aufbau einer neuen Gesellschaft
1965: Bildung als soziale Funktion; Zu einer authentischen Demokratie; Der Destursozialismus
1967: Unser Ziel: Eine harmonische und ausgeglichene Entwicklung
1968: Der Erfolg der Reform braucht Begeisterung

Entsprechend dem Verständnis des Destursozialismus entstanden die Ungerechtigkeiten dadurch, daß in der tunesischen Gesellschaft eine Minderheit die Vorteile der Bildung, Gesundheitsvorsorge, der Wohnmöglichkeiten in Anspruch nahmen, während die Mehrheit nicht nur von diesen Vorteilen ausgeschlossen blieb, sondern dazu noch arbeitslos war und in ständiger Existenzangst lebte.

Die Minderheit beherrschte die Produktionsmittel und folglich die Produktion in ihrer Gesamtheit. Um das zu beseitigen, um der sozialen Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen, sah der Destursozialismus vor, das allgemeine Recht auf Bildung und Gesundheitsfürsorge, das Recht auf Arbeit und den Genuß der geleisteten Arbeit zu realisieren.

Die Idee der sozialen Gerechtigkeit implizierte die Zurverfügungstellung aller Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen. Diese waren: Kostenlose Schulausbildung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, Vermögensbildung, sowie die Hebung seines kulturellen und materiellen Niveaus.

Der Begriff der Gerechtigkeit schloß für die Destursozialisten die Idee der Gleichheit ein. Gleichheit sollte sich nicht auf die politische beschränken, sie mußte die Gleichheit der Behandlung und der Chancen bedeuten.

Die politische und wirtschaftliche Demokratie

sollte sich aus den Verfassungsbestimmungen ableiten lassen:[1]

- Alle Macht liegt beim Volke. Es ist souverän und hat alle Gewalt. (Art. 3)

- Der Volkspräsentant ist der Repräsentant der ganzen Nation.(Art. 25)

- Die Souveränität des Volkes entsteht durch allgemeine, freie und unmittelbare Wahlen. (Art. 40-19/22)

- Recht auf Arbeit, Gesundheitsfürsorge und Erziehung (Präambel),

- Verwendung des Volksvermögens zugunsten des Volkes (Präambel)

- Einschränkung der Rechte des einzelnen zugunsten der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung.(Art. 7)

- Das Recht auf Privateigentum war im Rahmen des Gesetzes gewährleistet. Steuern und Abgaben sollten gerecht erhoben werden. (Art. 16)

---

1 "Ischtirakia Destouria" ist die arabische Bezeichnung für den Destursozialismus und heißt wortwörtlich "Verfassungssozialismus". Seine Inhalte müssen sich nur aus der tunesischen Verfassung ergeben und nicht aus fremden Ideologien wie Marxismus, Titoismus oder Nasseriusmus. Hierzu BOURGUIBA, 1965

b) Rolle der Partei

Zu den Grundpfeilern der Desturtheorie gehörte die Feststellung: Die Desturpartei ist das Hauptinstrument der ganzen Nation bei der Lösung aller Aufgaben der sozialen Entwicklung. Damit wurde der Partei eine entscheidende Bedeutung beigemessen. "Der Desturso-zialismus rechnet sehr mit der Arbeiterklasse. Sie hat ihren Beitrag zum Aufbau des Sozialismus zu leisten, aber die Partei ist Vertreterin aller lebendigen Kräfte der Nation, einschließlich der Arbeiterklasse. Teilung in Klassen haben keine Existenzberechtigung."[1]

Damit war die Partei mit der Herausbildung und Entfaltung des sozialistischen Gesellschaftssystems aufs engste verbunden. Sie war die führende Kraft der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, durch die das sozialistische Denken der einzelnen und Kollektive in Obereinstimmung mit den Interessen der gesamten Gesellschaft entwickelt und geleitet werden sollte. Es gab keine andere gesellschaftliche Kraft, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse vorausschauend die zielstrebige, planmäßige Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses leiten und gewährleisten konnte. Immer wenn es sich um Fragen von höchster nationaler Tragweite handelte, vermochte nur die Partei zu entscheiden.[2] Und sie entschied:

---

1 Congrès du Destin, 1965, S. 35
2 Vgl. BOURGUIBA, 1965

Im gleichen Jahr wurde ein 10-Jahresplan ausgearbeitet, zu dessen Realisierung ein Nationalrat geschaffen wurde.[1]

Die Planperspektiven sahen ein Bruttoinvestitionsvolumen von 1176 Millionen Dinar vor; 375,8 Mio Dinar wurden als Finanzhilfe vom westlichen Ausland aufgebracht. Dennoch sollte eine sozialistische Agrarreform durchgeführt und ein Genossenschaftswesen aufgegeben werden.

2. Agrarreform und Genossenschaftswesen als Mittel der Modernisierung und der Wiederbelebung traditionaler Solidarbeziehungen bei der Landbevölkerung

In der Kolonialzeit war die Agrarproduktion der französischen Kolons der wichtigste Exportzweig des Landes, allerdings ausschließlich orientiert auf die Bedürfnisse des französischen Marktes. Wichtigstes Anbauprodukt neben Getreide war der Wein, ein sehr nützliches Produkt in einem Land, dessen muslimischen Einwohnern der Weingenuß untersagt ist.

---

1 Seine Mitglieder waren: Staatspräsident Habib Bourguiba, die Staatssekretäre für Verteidigung, Finanzen, Handel und Industrie, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, sowie soziale Angelegenheiten und öffentliche Arbeiten, der Präsident der tunesischen Handelskammer, der Direktor der tunesischen Bankgesellschaft, ein Mitglied der konstituierenden Versammlung, der Präsident der UNAT, der Generalsekretär der UTAC und der Generalsekretär der UGTT, Ahmed Tlili.

Die Landwirtschaft, in der über 70 % der Bevölkerung tätig war, wurde nach dem erwähnten tunesischen 10-Jahresplan (1962 - 1971) einer Reform unterzogen, damit der Agrarsektor die Bedürfnisse des Landes nach landwirtschaftlichen Produkten aus eigener Kraft dekken und den Lebensstandard der Bevölkerung steigern konnte.

Im Gegensatz zu den meisten Entwicklungsländern, die vor allem auf spektakuläre Industrieprojekte ihre Wirtschaft aufbauten, legte Tunesien das Hauptgewicht auf die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft.

Die Reform sah zwei Ziele vor:[1]

- Die Landwirtschaft sollte nicht mehr extensiv, sondern intensiv bewirtschaftet werden.

- Die Hunderttausende von Landarbeitern, die bisher nur saisonal arbeiten konnten (bei der Oliven- und Weinernte), sollten im Rahmen von Agrargenossenschaften angesiedelt und damit eigenverantwortliche Landbesitzer werden.

---

1 Vgl. Perspektives décennales de Developpement 1962-1971, 1961, S. 8 + 37 ff; Seminaire National sur la Coordination des secteurs économiques, 1968, S. 18; Reden v. BOURGUIBA, 1965 u. 1968

a) Aufhebung der traditionalen Eigentumsformen

Die Durchführung dieser Reform machte die Erfassung und Neuverteilung der traditionalen und ehemals kolonialen Besitzungen notwendig.

Der von der französischen Verwaltung wegen seiner Unrentabilität den Sippen überlassene Besitz, "Kollektivbesitz"[1] genannt, wurde durch ein Dekret auf Familien und Sippen verteilt. Die Besitzungen der islamischen Stiftungen (habous)[2], die nach islamischem Recht unveräußerlich waren und deren Eigentümer nur ein Nutzungsrecht hatten, wurden ebenfalls durch ein Dekret aufgelöst und auf die Erben der ursprünglichen Eigentümer verteilt. Die freigewordenen Ländereien der Franzosen wurden vom Staat übernommen und als Musterfarmen betrieben. Auch durch die Gründung von landwirtschaftlichen Verwertungsämtern im Norden, im Medjerdatal, und in Süd- und Mitteltunesien[3] sollte die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert werden

---

1 Es handelt sich hier um 6 Mio ha, davon 4 Mio im Wüstengebiet. Diese waren schon in der türkischen Herrschaft als herrenloses Land von verschiedenen Sippen in Besitz genommen worden; vgl. PONCET, 1961, S. 54 u. 309; für die neue Rechtslage: Gesetz v. 28.8.57.

2 1,5 Mio ha gehörten ursprünglich Tausenden von Familien (genaue Zahl unbekannt) Réforme Agraire, S. 162
Die neue Rechtslage bestimmte das Gesetz v. 18.7. 1957

3

Office de la Medjerda	70.000 ha	im Norden
Office de l'Enfida	35.000 ha	
Office de Sidi Bou Sid	200.000 ha	Mittel und
Office de Souassi	150.000 ha	Südtunesien

Vgl. PLUM, 1962, S. 214

unter Beibehaltung der bestehenden Besitzverhältnisse.

b) Gründung von Agrargenossenschaften für Kleinbauern und Landarbeiter bei Auslassung der Großgrundbesitzer

Als Vorstufe zu den größeren Agrargenossenschaften[1] wurden Produktionseinheiten gebildet. Kern einer P.E. bildete in der Regel die Staatsdomäne in der jeweiligen Region. Der Staat verfügte über 600.000 ha Land. Diese Ausdehnung entstand infolge der Nationalisierung der Ländereien der französischen Colons. Die Kleinbauern, die einer Staatsdomäne anlagen, konnten der Produktionseinheit freiwillig beitreten. Das so aus Staatsdomäne und Privatbesitz entstandene Gelände wurde dann nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Bauern und Landarbeitern verteilt und mit einem gemeinsamen Maschinenpark bewirtschaftet. Alle Arbeiten wurden gemeinschaftlich ohne Berücksichtigung des Parzelleneigentums verrichtet. Sie mußten nur dem Bewirtschaftungsplan entsprechen.

Während der Mitgliedschaft in einer Produktionseinheit hatte jeder einzelne Genossenschaftlicher Eigentumsrechte an seiner eingebrachten Parzelle. Bei Austritt oder Ausschluß des Mitgliedes behielt sich die Produktionseinheit das freie Verfügungsrecht über das vom

---

1 Zu den Strukturen der Agrargenossenschaften vgl. ACHENBACH, 1971; TIBI, 1972; BODENSTEDT/ZENNER/KOBELT, 1971; ALOUANE, 1971, S. 27-30

Mitgleid eingebrachte Grundstück gegen Entschädigung vor. Sie konnte diesen Grundstücksanteil einem anderen Genossenschaftler oder einem Nichtmitglied übereigenen. Starb ein Mitglied, so wurde sein Anteil einem einzigen Erben übertragen. Wollte aber ein Mitglied freiwillig aus der Genossenschaft austreten, um in der Stadt handwerklich zu arbeiten, so konnte er sein Grundstück entweder der Produktionseinheit oder einem Genossenschaftler verpachten.

Auch der Staat machte vom Pachtsystem Gebrauch: Die Produktionseinheit, deren Kern aus einer Staatsdomäne gebildet wurde, konnte anfangs die Erträge aus den Staatsländereien behalten; hatte sie sich jedoch zu einer Agrargenossenschaft konstituiert, mußte sie dem Staat Pacht bezahlen. Wurde ein Landarbeiter Mitglied einer Genossenschaft, so verkaufte ihm diese einen Parzellenanteil aus der Staatsdomäne, den er in 15 Jahren abbezahlen konnte.

c) Landwirtschaftliche Rentabilität und gesichertes Einkommen für die Bauern als Ziel des Genossenschaftswesens

Sinn und Zweck dieser Agrarreform war neben der Produktivitätssteigerung dieses ersten Sektors die Erhöhung des Lebensstandards der Landbevölkerung: Den

Mitgliedern der Produktionseinheit sollte bis 1971, also am Ende des 10-Jahresplans, ein Mindesteinkommen von 250 Dinar pro Familie und Jahr garantiert werden. Dementsprechend wurden die Landanteile der jeweiligen Genossenschaftsmitglieder festgelegt: Zu gering war ein Anteil dann, wenn mit ihm 1971 nicht ein Mindesteinkommen von 250 Dinar erzielt werden konnte. In diesem Fall mußte der betreffende Genossenschaftler von der Staatsdomäne ein zusätzliches Grundstück zu den gleichen Zahlungsbedingungen, wie sie für die Landarbeiter galten, aufkaufen.

Zur technischen Reform erhielten die Produktionseinheiten staatliche Kredite, die als rückzahlbare Vorschüsse auf Ernteerträge betrachtet wurden. Die technische Reform der traditionellen Wirtschaft in Produktionseinheiten hatte drei Ziele:

- Die Fellachen sollten dadurch an sozialer Sicherheit gewinnen, daß sie von der Monokultur des Getreideanbaues zur Polykultur übergingen.

- Unter Beibehaltung ihrer Eigentumsrechte solten die von der modernen Großwirtschaft bedrohten Fellachen den sozialen Aufstieg dadurch erleben, daß sie sich in größere Produktionseinheiten zusammenschlossen.

- Der bisher traditionell bewirtschaftete Sektor sollte produktiver werden.

Die Verwaltung der Genossenschaften[1] lag in Händen des Verwaltungsrates. Er wurde mit einfacher Mehrheit auf der Generalversammlung der Genossenschaften gewählt. Alle Genossenschaften einer Region konstituierten sich zur Regionalunion. Wenn in den einzelnen Genossenschaften versucht wurde, wenig Staat walten zu lassen, so konnte die Regierung auf dem Umweg der Regionalunion entscheidenden Einfluß ausüben.

Die Mitglieder einer Regionalunion verpflichteten sich gegenüber dem Staat gemeinschaftlich zur Rückzahlung von Vorschüssen und Krediten. An der Generalversammlung und den Zusammenkünften des Verwaltungsrates mußten Vertreter des Planungsministerium teilnehmen und jederzeit Einsicht in die Geschäfte der Union haben. Darüberhinaus mußte immer ein Vertreter des Gouverneurs der Region , der nach der Verfassung der unmittelbare Vertreter des Präsidenten der Republik ist, bei allen Zusammenkünften des Verwaltungsrates dabei sein.

Da im Gründungsjahr einer Genossenschaft grundsätzlich keine Oberschüsse verteilt wurden, hatte die Regierung große finanzielle Belastungen hinzunehmen. Deshalb mußte sie nicht nur in die Gewinnverteilung der Genossenschaften eingreifen, sondern auch in die Planung der Produktion und die Sicherung der Lebensfähigkeit jeder Genossenschaft.

---

1 Eine ausführliche Darstellung hierüber liefern:
PLUM, 1967; DEBBASCH ET DE BERNIS, 1971;
GERMAN, 1968

Die Produktionseinheiten waren juristisch Aktien - gesellschaften, in denen die Gewinne je nach den von den Mitgliedern eingebrachten Landanteilen verteilt wurden.

1966 hatten die Genossenschaften folgenden Stand:

	Zahl	Mitglieder	Hektar
Produktionsgenossensch.	302	22.506	307.948
Aufwertung und Polykul.	74	13.977	253.203
Dienstleistungsgenoss.	270	96.090	---

[1]

Durch die Produktionseinheiten, die Genossenschaften für Polykultur und die landwirtschaftlichen Verwertungsämter wurde die Landwirtschaft in Tunesien modernisiert, die Produkte vervielfältigt und die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Erzeugung von 1,5 % vor der Unabhängigkeit auf 3,9 % im Jahre 1966 erhöht.[2] Zur wirkungsvollen Regulierung von Absatz und Verbrauch bedurfte es einer zusätzlichen genossenschaftlichen Organisation.

1 PLUM, 1962, S. 203
2 Foreign Affairs, April 1966, S. 43

d) Konsumgenossenschaften als Regulatoren von Absatz und Verbrauch

Die Landbevölkerung war bis 1962 entweder auf selbstkonsumierende Hauswirtschaft angewiesen oder sie mußte lange Reisen in die städtischen Bereiche zum Einkauf unternehmen. Es fehlte bis zu diesem Zeitpunkt der Konsumaustausch zwischen der Oasenbevölkerung (Südfrüchte) und der Küstenbevölkerung (Fische- und Fischkonserven). Die tunesische Regierung wollte dadurch Abhilfe schaffen, daß sie Konsumgenossenschaften im ganzen ländlichen Bereich gründete. Diese hatten die Aufgabe:

- Durch rationelle Verwaltung und Marktpolitik die Verbraucherpreise zu senken, die Qualität der Konsumgüter zu heben und die Konsumdifferenz zwischen Küsten- und Binnenregionen, sowie zwischen Stadt- und Landregionen auszugleichen.

- Die nationalen Produkte umzusetzen, um damit der einheimischen Kleinindustrie und dem Handwerk eine größere Bedeutung als bisher auf dem Binnenmarkt zu verleihen und schließlich

- bei ihren Einlagegeschäften vorzugsweise in der nationalen Industrie zu investieren oder selbst eigene industrielle Tätigkeiten zu entfalten.

3. Negative Bilanz der Agrar- und Konsumgenossenschaften

Bis 1966 konnte die Agrarreform die im Plan erhofften Ergebnisse aus folgenden Gründen nicht erreichen:[1]

- Das Genossenschaftswesen hatte nur die kleinen und mittleren Fellachen erfaßt mit dem Ziel, die landwirtschaftlichen Strukturen zu sanieren, zu rationalisieren und durch Landvergabe an Arbeiter Arbeitsplätze zu schaffen. Die Großgrundbesitzer wurden von der Reform nicht betroffen.

- In allen Produktionseinheiten fehlte der genossenschaftliche Geist. Die Mitglieder betrachteten sich als Lohnempfänger oder als kleine Staatsbeamte, wenn ein Mitglied in den Verwaltungsrat aufsteigen wollte.

- Die Produktionseinheiten konnten durch ihre bürokratische Struktur die sozialen Probleme, die sich aus der landwirtschaftlichen Struktur ergaben, nicht lösen. "Sogar die Besitzer schlechter und geringer Güter wollten nicht ihren Besitz für eine Mitgliedschaft in den Kooperativen aufgeben, in denen sie nicht mehr ihr eigener Herr sein sollten... Es kamen Fälle vor, in denen sie all ihr Vieh schlachteten, bevor sie in die Agrikultureinheiten eintraten."[2]

---

1 Über das Scheitern des Genossenschaftswesens vgl. insbesondere MÖLLER, 1970; RUF, 1975, S. 399-411; TIBI, 1973, S. 86-92

2 HOTTINGER, 1971, S. 103

Innerhalb der Regierung wurde die Rolle der Bevölkerung bei der Agrarreform sehr unterschiedlich beurteilt. Während die Techniker in den zuständigen Ministerien mehr auf die Wirkung eines unbefriedigend ausgebauten Verwaltungsapparate vertrauten, sah sich die Regierung in ihrer Genossenschaftspolitik nur als Initiator. Hinzu kam, daß trotz Aufklärung und Erziehung in den Genossenschaften weite Teile der Landbevölkerung - um mit Ahmed Ben Salah zu sprechen - "noch nicht gelernt haben, daß 1 Dinar 1000 Millimes hat."[1]

Auch bei den Konsumgenossenschaften blieb der Erfolg aus: Diese hatten sich bis 1966 über das ganze Land verbreitet. Es waren 88 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 194 Verkaufsstellen und 54.036 Mitgliedern. Doch ihre eigentliche Aufgabe konnten sie kaum erfüllen.

Selten war die Standortwahl der Verkaufsstellen auf der Basis einer ordentlichen demographischen Analyse getroffen worden. Oft waren die Einrichtungen in den Verkaufsstellen so unzureichend, daß die Genossenschaften im Handel nicht konkurrenzfähig waren. Es gab keine nationalen oder regionalen Zentralverbände und infolgedessen keine gemeinsame Einkaufs- und Verkaufspolitik. Oft traten die Konsumgenossenschaften in Konkurrenz zu einander.

---

1 Eine ausführliche Darstellung über die Nicht-Identifikation der Genossenschaftsmitglieder mit den Regierungsprojekten gibt Ahmed Ben Salah, der ehemals verantwortliche Planungs- und Landwirtschaftsminister in: NERFIN, 1974

Die Investitionen waren ohne Prüfung der Rentabilität und ohne Möglichkeit der wirklichen Amortisierung vorgenommen worden. Eine einheitliche Rechnungsführung fehlte gänzlich. Die Einkäufe und Lagerung wurden besorgt, ohne sich über den Rhythmus des Verkaufs und die vorteilhaftesten Bedingungen des Einkaufs zu kümmern. "Dort wo den Konsumenten noch erhebliche Kredite gewährt werden (in Tunis), geraten die Genossenschaften nicht selten in ernste finanzielle Schwierigkeiten. Selbstfinanzierung ist bei vielen Genossenschaften noch unbekannt. Mehr als es erforderlich wäre, werden Kredite aufgenommen."[1]

Die Beziehungen der Produktionsgenossenschaften zu den Konsumgenossenschaften waren zu locker, die Verzettelung gegenüber den Lieferanten zu groß, um das Ziel dieser Genossenschaften zu erreichen, nämlich die Verbraucherpreise zu regulieren.

Das Ergebnis der sozialistischen Reformen sah 1966 so aus: Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion, zunehmende Verschuldung gegenüber dem Ausland und damit weitere Abhängigkeit der tunesischen Wirtschaft von Europa. (Die Verschuldung gegenüber dem Ausland hatte sich von 1962 bis 1966 verdoppelt). "Die Unzufriedenheit breitete sich über das ganze Land."[2] Doch Ben Salah, der den Widerstand fühlte, wollte die Umstrukturierung rasch zu Ende bringen.

---

1 PLUM, 1967, S. 224
2 HOTTINGER, 1971, S. 103

4. Zwangs-Kollektivierungsphase von 1966 - 1969 - Tragweite und Grenzen

Die Periode von 1966 bis 1969 war eine Phase verstärkten Staatsdirigismus und intensiver Kollektivierung. Ahmed Ben Salah übernahm zusätzlich das Erziehungsministerium und vereinigte damit fünf Ministerien in seiner Hand.[1] Von nun an galt er in der tunesischen Öffentlichkeit als der designierte Nachfolger Bourguibas. Obwohl im Parteikongreß von 1964 die Achtung der drei Sektoren betont und jede Generalisierung des Genossenschaftswesens untersagt worden war, drängte zwei Jahre später Ahmed Ben Salah mit Zustimmung von Habib Bourguiba auf schnelle und vor Gewalt nicht zurückschreckende Kollektivierung:[2]

Die nichtlandwirtschaftlich tätigen Landbesitzer wurden enteignet, die kleinen Landwirte und landbesitzenden Landarbeiter zu Genossenschaftsarbeitern degradiert. Die meisten verkauften ihr Vieh in Algerien und Lybien, um etwas vor der Kollektivierung zu retten, denn die betroffenen Bauern und Händler hatten keine Möglichkeit, Rechtsmittel gegen die Enteignungen einzulegen. Die bürgerliche Verfassung und das Rechtswesen erwiesen sich als unzureichend, zumal

---

1 Die Ministerien für Finanzen, Landwirtschaft, Planung und Erziehung

2 1969 waren von 5.500.000 ha 4.500.000 ha in Genossenschaften erfaßt. Die Konsumgenossenschaften wurden von einer Zentrale geleitet und umfaßten 150 KG mit 120.000 Mitgliedern, davon 12.000 Angestellte

das Genossenschaftswesen nicht gesetzlich geregelt wurde. Die meisten Reformen ab 1966 wurden durch Verordnungen des Präsidenten der Republik eingeleitet. Zur Weiterführung der Sozialisierung mußte der Partei- und Staatsapparat noch stärker in der Hand Bourguibas vereinigt werden.

Mit der Straffung der Partei wurde der Rat der Republik ausgerufen. Er bestand aus 27 wichtigen Persönlichkeiten aus dem engen Kreis des Präsidenten der Republik und unter dessen Vorsitz. Dieser Rat wurde das höchste Staatsorgan und leitete die gesamte Politik der Nation. Damit wurde die Trilogie Staat-Partei-Nation straff in der Hand des Präsidenten Bourguiba vereinigt.

Ein neues Arbeitsgesetz beschränkte die gewerkschaftlichen Lohnforderungen auf ein Minimun und kam damit einem Streikverbot gleich. Im Widerspruch zu Art. 8 der Verfassung (Grundrechte und öffentliche Freiheiten) wurde jede Massenorganisation außerhalb der Partei faktisch verboten, die Massenmedien zum Monopol des Staates erklärt. Die Kollektivierung sollte nun mit repressiven Mitteln durchgesetzt werden.

Doch damit konnte keine soziale Harmonie erreicht werden. Schon 1966 [1] demonstrierten die Studenten der

---

1 Vgl. Weißbuch der tunesischen Desturpartei über die Studentenunruhe: "Die Wahrheit über die Subversion in der Universität." Vor den Professoren sagte Bourguiba, er würde eine repressive Aktion starten, auch wenn der Ruf Tunesiens im Ausland darunter leiden müßte. Alle 134 Beschuldigten wurden in einem Schnellverfahren zu 14 Jahren Schwerarbeit und zu einer Geldstrafe von 600 Dinar verurteilt. Hierzu s. A.A.N. 1968, S. 184-185

Universität von Tunis gegen die verfügte Eingliederung der Studentenorganisation in die Partei; die Polizei mußte intervenieren. 1967 demonstrierten Bauern und Arbeitslose vor der Präfektur von Jendouba. Zahlreiche Getreidesilos wurden geplündert. 1968 demissionierte der Verteidigungsminister, Ahmed Mistiri,[1] und verlangte in einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei die Herstellung der verfassungsmäßigen Institutionen.

Die Wirtschaftspolitik[2] insgesamt mußte aus drei Gründen scheitern:

a) Die Kleinbauern und Kleinhändler verarmten durch die Reform, die Großgrundbesitzer und Großhändler wollten ihr Verfügungs- und Verwaltungsrecht nicht aufgeben.

b) Die Genossenschaftspolitik hatte nicht primär das Ziel, wie im Plan vorgesehen, den Lebensstandard

---

1 Ahmed Mistiri beschuldigte 1971 den Staatspräsidenten Habib Bourguiba des Autoritarismus und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Seitdem führt er eine lieberale außerparlamentarische Oppositionsgruppe.

2 Das Scheitern der Agrarpolitik lag auch in der Unterschätzung der psychologischen Dimension bei den kleinen und mittleren Bauern. Lilia Ben Salem stellte mit recht fest: "Es waren die Agrartechniker, die auf der Schulbank ihr Wissen erworben hatten und die die Umgestaltung des Agrarraumes einführten und organisierten. Die Bauern wurden in den modernen Sektor eingeführt, ohne den Sinn und die Tragweite der Veränderung zu begreifen." BEN SALEM, 1974, S. 151

der Bevölkerung zu heben, sondern so viel Ersparnisse wie möglich aus Landwirtschaft und Handel in die Industrie zu führen, um den Kapitalzufluß aus dem Ausland zu verringern.

c) Der dritte Grund lag in der Orientierung der Wirtschaft zum Export hin, um das Gleichgewicht der Handels- und Zahnlungsbilanz zu etablieren. Der Zwang zum verstärkten Export und die starke Besteuerung der Importe, vor allem der Lebensmittel, bewirkten eine Senkung des Lebensstandards der Massen, die, zusammen mit den Großgrundbesitzern, den Sturz von Ahmed Ben Salah herbeiführten.

Nach den 10-Jahresplan-Perspektiven sollte der Oberschuß der ländlichen Bevölkerung in der Industrie beschäftigt werden. Das Gegenteil aber war eingetreten. Der Obergang von der individuellen zur kooperativen Ausnützung in der Landwirtschaft drängte einen erheblichen Oberschuß der Landbevölkerung aus der Produktionssphäre. Diese Massen konnten in der Industrie keinen Arbeitsplatz finden und bevölkerten die Städte. Sie wurden proletarisiert in dem Sinne, daß sie auf dem Arbeitsmarkt verfügbar waren, doch ohne die Möglichkeit, sich in richtige Proletarier zu verwandeln, da sie keine Arbeit bekamen.

Die hohe Zahl der Schulabgänger versperrte ihnen auch für die Zukunft jegliche Aussicht auf Beschäftigung.

Arbeitsplatzbeschaffung und sozialer Aufstieg vollzogen sich ähnlich wie in der Kolonialzeit nur über das Bildungswesen, wo die tunesische Führung allerdings unvergleichlich größere Erfolge erzielen konnte. Erfolge, die Tunesien sogar an die Spitze aller anderen vergleichbaren Länder der Dritten Welt stellte. Und die Probleme, die diesen Ländern von ihren ehemaligen Kolonialherren vermacht wurden, waren wahrlich nicht gering.

B. Reform und Nationalisierung des Bildungswesens als erste Voraussetzung zur Wiedererlangung der kulturellen Identität, zur Überwindung des Traditionalismus und zur Kaderbildung

I. Zur Problematik des Bildungswesens der Länder der Dritten Welt nach ihrer politischen Unabhängigkeit

1. Allgemeine bildungspolitische Ziele

"Die koloniale Ära endete damit, daß die Masse der Bevölkerung größtenteils unberührt von jeder formalen Erziehung zurückblieb."[1] Mydral konstatiert dieses Faktum vor allen Dingen für Indien, Pakistan und Indonesien,[2] doch dürfte dies für fast alle ehemals kolonisierten Länder zutreffen, ganz besonders für die afrikanischen Länder (und damit auch für Tunesien) wie nachstehende Zahlen verdeutlichen:[3]

Region	1950	
Asien	78 %	Analphabeten
Afrika	87 %	Analphabeten

1 MYRDAL, 1970, S. 169
2 Holland als Kolonialmacht betrieb eine ähnliche Bildungspolitik, in Indonesien waren z.B. 94 % der Bevölkerung Analphabeten. Siehe dazu HEINZELMEIR, Nov. 70, S. 461-71
3 UNESCO-Schätzungen, zit.n. ROTHE, 1972, S. 138

Die Einschulungsraten verdeutlichen das Bild: In Schwarz-Afrika z.B. kamen im Jahr 1957 auf

10.000	schulfähige Kinder
1.540	tatsächlich eingeschulte Kinder, davon befanden sich
46	im Sekundärbereich und
7	im Tertiärbereich[1]

Die politisch Verantwortlichen standen also nach der Unabhängigkeit vor dem fast unlösbaren Problem, mit einer immens hohen Analphabetenrate, einem Bevölkerungszuwachs von durchschnittlich 3 % p.a., einem katastrophalen Mangel an ausgebildeten Lehrern für alle Schulzweige sowie einer drückenden Kapitalknappheit fertigzuwerden.

Als vordringliche Aufgabe und als bildungspolitische Ziele ersten Ranges wurden dennoch fast immer polstuliert:

- Verwirklichung des international anerkannten Menschenrechtes auf Lesen und Schreiben, also Oberwindung des Analphabetentums sowie Einschulung aller schulpflichtigen Kinder,

- Öffnung der Schulen für Mädchen zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter, dies um so mehr, als die Frauen während der nationalen Befreiungsbewegungen aktiv mitgewirkt hatten, (sowie)

---

1 MOUMOUNI, 1964, S. 127

- Ausbildung von einheimischen Lehrern für alle Schulzweige.

Daß Bildung auch ein wichtiger Produktionsfaktor war, wurde Mitte der fünfziger Jahre noch nicht erkannt. Bis Ende der fünfziger Jahre wurde Wirtschaftswachstum hauptsächlich auf die Größe der Investitionen in Anlage-Kapital zurückgeführt. Im internationalen Kontext wurde erstmals im Jahr 1959, auf der OECD-Konferenz über Economic Growth and Investment in Education, Bildung ausdrücklich als Produktionsfaktor bezeichnet. War diese Erkenntnis für alle Staaten bzw. deren Wirtschaftspolitiker von weitreichendem Interesse, so ganz besonders für die der Entwicklungsländer, die sich vom Ausbau ihres Erziehungswesens eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität erhoffen konnten.

2. Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der gesetzten bildungspolitischen Ziele

Trotz aller Bemühungen der Regierungen der Länder der armen Welt um die Ausweitung des Erziehungssystems kann nicht übersehen werden, daß sie sich in einem verzweifelten Wettlauf mit dem Bevölkerungswachstum befinden - wenn sie bei ihrem Ansatz: Bildung für alle -

bleiben. Ihre finanziellen Ressourcen konnten einfach nicht ausreichen, um die Expansion im gleichen Tempo weiterzutreiben. So empfahl auch die UNESCO die Kosten für das Erziehungswesen zu bremsen, da sonst der Zeitpunkt, da die gesamten Einnahmen in die Bildung investiert würden, abzusehen wäre, zumal sich auch erwiesen habe, daß quantitative Ausweitung ohne qualitative Verbesserung des Schulsystems keinen Fortschritt bringt, sondern im Gegenteil zu einer Verschwendung der nationalen Gelder sowie zu einer Dysfunktionalität des Bildungswesens bezüglich des Arbeitsmarktes führt . Dies soll im folgenden näher erläutert werden.

a) Zum Schulsystem und Lerninhalten

Wie bereits ausgeführt, hatte die jeweilige Führungsschicht eine europäische Ausbildung genossen. Es war nun für sie nur zu natürlich, das bereits etablierte koloniale Schulsystem zu übernehmen und lediglich quantitativ auszubauen. Erleichtertwurde diese Entscheidung durch das Angebot der ehemaligen Kolonialherren, ihre Lehrkräfte weiterhin zu Verfügung zu stellen, ein allzu verlockendes Angebot bei dem katastrophalen Lehrermangel.

Die Folgen dieser Entscheidung waren und sind bis heute noch schwerwiegend:

Die übernommenen Lehrpläne, die auf die Erfordernisse

von Industriestaaten ausgerichtet sind, gehen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. So kommt es vor, "daß Kinder in ländlichen Gebieten biologische Systeme auswendig lernen, aber nichts darüber erfahren, wie sich die dringendsten hygienischen Probleme des eigenen Dorfes verbessern ließen oder wie man erste Hilfe leistet; oder daß sie der Erdkundeunterricht in ferne Länder führt, die Frage der Bodenerosion und deren Abwendung, die von vitalem Interesse für alle Einheimischen ist, in der Schule aber überhaupt nicht angesprochen wird."[1]

Im sekundären und tertiären Bereich gilt nach wie vor der humanistische Bildungskanon und selbst auf den Universitäten wird das Studium der Geisteswissenschaften dem der Naturwissenschaften vorgezogen. Die Geringschätzung praxisnaher, technischer Bildung geht manchmal so weit, daß hochqualifizierte Akademiker der technischen Berufe, die dringend für die Entwicklung des Landes benötigt werden, einkommensmäßig gegenüber den "Humanisten" benachteiligt werden, so daß auch von hier die Jugendlichen keinen Anreiz erhalten, auf die aus der Kolonialzeit übernommenen Wertvorstellungen zu verzichten. So dient der Sekundär- und Tertiärbereich "in erster Linie der Selbstrekrutierung der Führungsschichten (der urbanisierten Bourgeoisie), insgesamt aber nicht den Bedürfnissen der großen Masse (der Unterprivilegierten) in den ländlichen Gebieten."[2]

---

1 ROTHE, 1972, S. 59
2 KOPER, 1975, S. 4

b) Unterrichtssprache

Mit der Option für das koloniale Schulsystem und der Obernahme der ausländischen Lehrkräfte wurde auch die Unterrichtssprache determiniert - es blieb die Sprache des ehemaligen Kolonialherrn. Die Schüler müssen also in einer ihnen völlig fremden Sprache, die im Elternhaus nicht gesprochen wird, in den günstigsten Fällen erst ab dem 3. Schuljahr Lehrinhalte lernen. Um zu präzisieren: Sie lernen nicht die Fremdsprach a l s Lenrstoff, sondern sofort i n der Fremsprache z.B. Sachkunde oder Mathematik.

Wenn Anfangsschwierigkeiten sicherlich mit der Zeit überwunden werden, so bleibt doch unbestritten, daß Schüler und Studenten in Entwicklungsländern neben ihrer Dialektalsprache die Landessprache und die Schulsprache lernen müssen, und somit zwar dreisprachig aufwachsen, in nicht seltenen Fällen aber nicht eine Sprache korrekt und fließend beherrschen. Sprachmischungen - in einem Gespräch werden Bruchstücke aus mehreren Sprachen zusammengefügt - sind oft zu beobachten.

c) Lehrerbildung

Ein besonders gravierendes Problem für die Länder der Dritten Welt ist die Lehrerbildung. Die Primarschullehrer sind in ihrem Ausbildungsstand oft "kaum über

den der auszubildenden Schüler hinausgelangt."[1] Aufgrund der enormen Expansion des Bildungswesens mußten Lehrer im 'Schnellverfahren' ausgebildet werden: So schloß sich oft an nur wenige Jahre Sekundarschule ein Kurzlehrgang von einigen Wochen an.[2]

Die Sekundarschullehrer werden im allgemeinen länger ausgebildet als die Grundschullehrer, wenn sich auch hier die Qualität der Ausbildung nicht an der Anzahl der Jahre ablesen läßt.[3] Und was den Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen betrifft, der wie bereits erwähnt nicht bevorzugt studiert wird, so wandern die wenigen qualifizierten Sekundarlehrer in die besser bezahlten Stellungen in der Wirtschaft und Verwaltung ab.

Eine Abwanderung in die Verwaltung ist allerdings auch bei den qualifizierteren Grundschullehrern festzustellen. Die Gründe dafür sind vielschichtig: So ist das Sozialprestige des Lehrers - u.a. aufgrund der sehr schlechten Bezahlung[4] - gering. Die meisten Lehramtskandidaten kommen aus den Städten und scheuen die Versetzung auf das Land. Ihre Furcht ist nicht unbegründet: Hohe Klassenfrequenzen, unzureichende Lehrmittel, Unvertrautheit mit der dörflichen Mentalität, Isolierung von kul-

---

1 KOPER, 1975, S. 4
2 In Lateinamerika wurden folgende Zahlen festgehalten: 44 % der Grundschullehrer besitzen keinen diplomierten Abschluß;
3 und nur 30 % der Sekundarschullehrer haben ein entsprechendes Spezialstudium absolviert. Quelle: V. RECUM, 1964, S. 128
4 in Lateinamerika durchschnittlich 60 Dollar moantlich - in V. RECUM, 1964, S. 154

turellen Veranstaltungen und die erwähnte schlechte Bezahlung machen den Lehrerberuf auf dem Lande nicht sehr attraktiv.

d) Problematik der Sitzenbleiber und Schulabgänger

Die Statistiken, die von imposanten Einschulungsraten berichten, verfälschen insofern das Bild, als die Anzahl der Sitzenbleiber[1] sowie der Schüler, die die Schule nach wenigen Jahren verlassen, nicht berücksichtigt sind. Es ist bekannt, daß diese Schüler dann dem sogenannten Sekundäranalphabetismus anheimfallen, d.h. sie vergessen das in der Schule Gelernte, da sie zu Hause nicht das entsprechende Anregungsmilieu vorfinden - die Eltern sind fast immer Analphabeten.

Ebenso alarmierend ist die Zahl der frühzeitigen Schulabgänger, wobei es vor allem die Mädchen sind, die von ihren Eltern nach Hause geholt werden. Als globale Zahl kann für Afrika z.B.gelten, daß 50 % aller eingeschulten Kinder die Schule bereits nach dem zweiten Schuljahr wieder verlassen.[2]

Die Gründe dieses Versagens dürften kaum in der mangelnden Intelligenz der Kinder zu suchen sein - wenn auch

---

1 Kinder bleiben bis zu viermal sitzen, man spricht dann von den 'quadruplements'.
2 KÖPER, 1975, S. 3

in manchen Ländern durch Fehl- und Unterernährung die Kinder in ihrer intellektuellen Kapazität geschwächt sind - als vielmehr in den oben beschriebenen inadäquaten Lehrinhalten und der Problematik der Unterrichtssprache. Allerdings stehen viele Eltern dem Schulbesuch ihrer Kinder äußerst negativ gegenüber, aus psychologischen wie ökonomischen Gründen: Einmal fühlen sie sich aus ihrer Autoritätsrolle gedrängt, wenn die eigenen Kinder mehr wissen als sie, und zum anderen sind die Familien oft so arm, daß sie auf keine Arbeitskraft verzichten können. Auch mußten sie oftmals erkennen, daß ein Schulabschluß, sei es der der Grundschule oder sogar der eines Gymnasiums, nicht zwangsläufig einen Arbeitsplatz garantierte und der ausgebildete Sohn oder die Tochter lediglich das Arbeitslosenheer in der Stadt vergrösserte.

Die Probleme, die die Entwicklungsländer nach ihrer politischen Unabhängigkeit vorfanden, waren - wie vorstehend ausgeführt - immens. Dennoch ließen sie sich nicht davon abhalten, ungeheuere Anstrengungen zu unternehmen, um gerade das Bildungswesen quantitativ und qualitativ zu verändern und auszubauen. Sie haben viel investiert, Geld, Arbeit und großen Idealismus, der jedoch Mitte der sechziger Jahre einer nüchternen Betrachtungsweise Platz machte. Auch am Beispiel Tunesiens wird dies sichtbar werden.

II. Reform des tunesischen Bildungswesens 1958

Habib Bourguiba wollte die Gesellschaft dadurch dynamisieren, daß er den Dogmatismus der islamischen Rechtsgelehrten aufhob und die alten Arbeits- und Rechtsvorstellungen der arabischen Feudalgesellschaft durch neue, an die Wirklichkeit angepaßte ersetzte.Um dem Mangel an Führungskräften zu begegnen, wurde das bisher auf die Bedürfnisse der französischen Verwaltung orientierte Erziehungswesen reformiert und ein Plan erstellt, der die Einschulung aller Schulpflichtigen innerhalb von zehn Jahren vorsah.

Das Bildungswesen hatte von Anfang an die Aufgabe, archaische Denkformen und Verhaltensweisen zu überwinden, um den Menschen zu befähigen, in die sich heterogen entwickelnde Gesellschaft auch gestaltend eingreifen zu können.

Dies erforderte jedoch ein Bildungssystem, das nicht nur den Kindern aus der oberen Schicht, sondern allen Kindern offenstand und das die Werte einer neu zu schaffenden nationalen Kultur zu vermitteln suchte.

Die Diskussion darüber war bereits in den Jahren vor der Unabhängigkeit entbrannt: In Zeitungsartikeln, Versammlungen und Konferenzen war ausgiebig erörtert worden, wie ein nationales Erziehungssystem aussehen sollte,

welche Inhalte es vermitteln sollte und in welcher Sprache, um in Tunesien wieder eine "autentische" Kultur entwickeln zu können, wobei unter "autenticitè" die einen eine rein islamische Kultur verstanden, die anderen, bilingual ausgebildet und sich damit zwei Kulturen zugehörig fühlend, strebten eine Verschmelzung der traditionalen mit den "modernen" Werten an.

Die Anhänger der Neo-Desturpartei, die die Unabhängigkeit errungen hatten, entschieden auch den Kampf um die neue Option des Bildungswesens."So übten also die bi-kulturellen Nationalisten bei der Vorbereitung der Schulreform von 1958 den entscheidenden Einfluß aus."[1]

Diese Reform wurde unter den folgenden vier Aspekten konzipiert:

- Vereinheitlichung
- Renationalisierung
- Anpassung und
- Demokratisierung.

---

1 LELONG, 1971, S. 68

1. Vereinheitlichung der Lehrpläne

Im Jahr der internen Autonomie, 1955, wurden vertragsgemäß (mit ca. 200.000 Schül/Stud.) die meisten Schulen dem Nationalen Erziehungsministerium unterstellt, die restlichen Schulen (mit ca. 40.000 Sch.) der Mission Universitaire et Culturelle. Die Privatschulen mit ca. 11.500 Schülern existierten weiter, wurden jedoch ein Jahr später einer strengen Reglementierung und Beaufsichtigung unterzogen. Gleichzeitig begann der Prozeß der Verstaatlichung der modernen Koranschulen und die Auflösung der einfachen Koranschulen.

Die öffentlichen Schulen hatten aber nach wie vor unterschiedliche Lehrpläne, je nachdem, um welchen der zahlreichen Schultypen es sich handelte. Das koloniale Bildungswesen in Tunesien war ja sehr heterogen.[1] Es gab nicht weniger als sechs verschiedene Arten von Primarschulen:

- französische für Mädchen, Jungen oder beide
- französisch-arabische für Jungen
- französisch-arabische für Mädchen Typ A
- französisch-arabische für Mädchen Typ B
- moderne Koranschulen
- traditionale Koranschulen (kuttabs)

---

1 LELONG, 1971, S. 49

Im Sekundarbereich sah es nicht viel anders aus:
Es gab

- rein französische Gymnasien (lycées + Colleges)
- Schulen, die einen tunesischen oder einen Lehrstoff à la Sadiki vermittelten (d.h. neben dem französischen Stoff kamen zusätzlich noch Fächer in der arabischen Sprache und Kultur hinzu)
- Gymnasien, die eine leicht modernisierte Azzituna-Ausbildung vermittelten.

Dies sollte mit der Reform von 1958 ein Ende haben:
In den einzelnen Schulstufen - ob in öffentlichen oder privaten Schulen - wurden einheitliche Lehrpläne vermittelt.

2. Renationalisierung = Tunisifizierung der Lehrerschaft und Arabisierung der Fächer Geschichte, Geographie und Sozialkunde

Wurde die Vereinheitlichung auf jurister Ebene und bezüglich der Schulprogramme voll verwirklicht, so gelang dies hinsichtlich der Unterrichtssprache nicht.

Da kein ausreichendes Lehrpersonal zur Verfügung stand, das - in pädagogischer wie fachlicher Hinsicht qualifiziert - die Kinder in Arabisch hätte unterrichten können, sollten einige Fächer "provisorisch" in Französisch unterrichtet werden, und zwar sowohl in der Grundschule, der Mittel- und Gymnasialstufe wie auch der Universität. Die volle Arabisierung des Unterrichts wurde als nationales (Fern)Ziel aufrechterhalten (das bis heute allerdings nicht erreicht wurde).

So stand mit an erster Stelle der Bildungsreform die Ausbildung genügender Lehrkräfte für alle Schulstufen, um die ausländischen Lehrer ablösen und - wie oben ausgeführt - den Unterricht voll in arabischer Sprache abhalten zu können.

Wurde dieses Ziel für die Primarstufe bereits im Jahr 1965 fast erreicht, so waren im gleichen Jahr im Sekundar- und Tertiärbereich noch kanpp die Hälfte der Lehrerschaft Ausländer [1], die den tunesischen Staat auch teuer zu stehen kamen, verdienten sie doch fast das Doppelte wie ihre tunesischen Kollegen. Nachstehend kurz die genauen Zahlen:

---

1 Es handelte sich vor allem um französische Lehrer. Im Jahr 1953 waren von 4.167 Primarschullehrern 1.705 männliche und 77 weibliche Lehrer tunesischer Nationalität. Im Sekundarbereich war das Verhältnis 820 zu 193. Vgl. SRAIEB, 1974, S. 70

Tabelle 9: Tunesifizierungsgrad der Lehrerschaft 1965/66

	Lehrer insges.	davon Tunesier	in %
Primarbereich	12.862	12.327	95,8
Sekundarbereich			
-Gymnasien	2.221	1.220	54,9
-Mittelschule	639	392	61,3
Universität	225	116	51

Quelle: Sraieb, 1974, S. 180 u. 195, UNESCO, 1971, Tabelle N.13 u. 15, und eigene Berechnungen

Unter dem Aspekt der "Renationalisierung" sollten auch die Lehrinhalte "tunisifiziert" werden, d.h. tunesische Lehrer sollten in arabischer Sprache entkolonisierte Inhalte lehren. So mußte vor allem der Geschichts- und Geographieunterricht gründlich reformiert werden.[1]

"Nos ancêtres (ne sont donc plus) les Gaulois et le programme de géographie régionale n'est plus la France..."[2] stellte das Erziehungsministerum lakonisch

1 Ansonsten wurde der französische Lehrplan integral übernommen.
2 Zit. nach GENOUD, 1962, S. 196

fest und arbeitete vor allem für die Sekundarstufe neue Programme aus, die den tunesischen Schülerinnen und Schülern ihre eigene Geschichte und Tradition nahebringen sollte.

So wurde nun die Geschichte der muslimischen Welt, vor allem die Nordafrikas gelehrt, die Entstehung der Befreiungsbewegungen kolonisierter Völker und im besonderen der Befreiungskampf der nordafrikanischen Maghrebstaaten. Der europäischen Geschichte, vor allem ab dem 18. Jahrhundert bis heute, wurden ebenfalls mehrere Schulstunden gewidmet, nun auch der Französischen Revolution von 1789 und ihren Auswirkungen,[1] die während der Kolonialzeit von den Franzosen ja geflissentlich totgeschwiegen worden war.

In Geographie wurde im ersten Jahr eine allgemeine Einführung auf der Basis des 'milieu local' gegeben, in den darauffolgenden Jahren standen die Entwicklungsländer auf dem Programm, wobei die Länder Nordafrikas wieder besonders intensiv behandelt wurden. Im weiteren Verlauf des Geographie-Unterrichts wurden die großen Industrienationen sowie polit-ökonomische Grundbegriffe besprochen.

Diese neuen Inhalte sollten den Jugendlichen helfen, ihre eigene koloniale Vergangenheit zu bearbeiten und sie gleichzeitig befähigen, am Aufbau Tunesiens - als die neuen Bürger dieses Landes[2] - mitzuarbeiten.

---

1 SRAIEB, 1974, S. 122

2 In der traditionalen Gesellschaft verstanden sich die Menschen nur als Angehörige einer engen Gemeinschaft, der Sippe, der Familie, auch noch des Clans. Was darüber hinausging, war fremd, feindlich.

Waren die inhaltlichen Veränderungen im Geographie- und Geschichtsunterricht vor allem für die Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs von Bedeutung, so wurde der mit der Reform neu eingeführte Sozialkunde- und Religionsunterricht für alle Klassen in allen Schulstufen verbindlich.

Der Religionsunterricht, der nicht mehr in der traditionalen Form abgehalten wurde (Auswendiglernen des Korans ohne Erklärung des Sinns, ohne Interpretation), sollte aus den Kindern "gute Moslems" machen, während der Sozialkundeunterricht dazu diente, das Kind zu einem "guten Bürger" zu erziehen.[1]

3. Anpassung der Bildungsinstitutionen an den Arbeitskräftebedarf

Dem dringenden Bedarf an Fachkräften für Wirtschaft und Verwaltung konnte nicht nur durch einen reformierten Geschichts- und Geographieunterricht begegnet werden - die gesamte Sekundar- und Tertiärstufe bedurfe einer Neustrukturierung.

Auf eine 6-jährige Grundschulzeit, die mit dem 'certificat d'études primaires' abgeschlossen werden konnte, folgte die Sekundarstufe, die aus dem neu geschaffenen 'enseignement moyen' (Mittelschule) und dem Gymnasium bestand.

---

1 S.E.T.E.N., 1958, S. 23

Die Mittelschule, die nur nach bestandener Aufnahmeprüfung besucht werden konnte, dauerte drei Jahre. Sie war in drei Sektionen unterteilt: Allgemein / Handel / Industrie. Da in diesen Schulzweig Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 16 Jahren aufgenommen wurden, war die Mittelschule für die Jugendlichen, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters nicht mehr ins Gymnasium durften, die einzige Möglichkeit, noch eine relativ gute Ausbildung zu erhalten. (Bei sehr guten Noten konnten sie dann noch - unabhängig vom Alter - ins Gymnasium überwechseln, was allerdings in der Realität recht selten vorkam). Sie erhielten nach der Abschlußprüfung ein Zeugnis, in dem die gewählte Richtung vermerkt war.

Das Gymnasium dauerte sechs Jahre, die in zwei Zyklen aufgeteilt waren. Der ersteZyklus setzte sich aus einem für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen allgemeinen Orientierungsjahr und daran schließend aus zwei Jahren Schulzeit in einer der folgenden Fachrichtungen: Allgemein/Wirtschaft/Technik zusammen. Zu Beginn des zweiten Zyklus konnte innerhalb der bereits gewählten Fachrichtung eine weitere Spezialisierung vorgenommen werden.

Im gesamten Sekundarbereich konnten also zwölf verschiedene Fachrichtungen gewählt werden, wobei die eine Hälfte zum Abitur führte und die andere Hälfte mit einer Zertifikatsprüfung abschloß, die zum Eintritt ins Erwerbsleben qualifizierte. So sollten mit dem Se-

kundarschulwesen Fachkräfte für die mittlere Laufbahn sowie - durch Vorbereitung aufs Studium an der Universität - höchstqualifizierte Führungskräfte ausgebildet werden.

Vor der Unabhängigkeit hatte es in Tunesien zwei Arten von Hochschulausbildung gegeben: Eine traditional-islamische an der Azzituna-Moschee und eine modern-westliche im Institut des Hautes Etudes, beide in Tunis.

Das Institut des Hautes Etudes war 1945 gegründet worden und unterstand der Sorbonne in Paris, die auch die Diplome und Licences in den drei Sektionen Recht/ Geisteswissenschaft/ Naturwissenschaft vergab. Nach 1956 wurde das Institut dem Erziehungsministerum unterstellt, blieb aber weiterhin unter dem Patronat der Sorbonne, wo auch alle Abschlußexamina abgelegt wurden.

Die Gründung der Universität von Tunis im Jahre 1960 brachte trotz der erzielten quantitativen Erfolge[1] nicht die erhoffte Überwindung der Monopolstellung der Sorbonne im Lehrprogramm und im Prüfungswesen. Mußten bis 1960 die Examenskandidaten nach Paris reisen, um an der Sorbonne die Prüfung abzulegen, so mußten

1 Die Studentenzahl konnte sich von 3.298 im Jahre 1962/63 auf 6.230 im Jahre 1965/66 erhöhen. Vgl. FREUND, 1969, S. 136

seitdem "alle Jahre die Prüfungskommissionen aus Paris (anreisen). Franzosen prüfen junge tunesische Orientalisten auf ihre arabischen(sic!) Befähigungen."[1]

Aussichten auf einen Lehrstuhl in der Universität von Tunis hat bis heute nur eine verschwindend kleine Anzahl von Tunesiern. Die Feststellung von Freund über die "Université de Tunis" hat von ihrer Aktualität nichts mehr verloren; ihre Lehrstühle sind eine "chasse gardée" für vielversprechende französische Jungakademiker geblieben, die sich hier - höchbezahlt - bewähren können.[2]

4. Demokratisierung der Schulbildung

Um das Ausmaß der quantitativen Anstrengungen zu verdeutlichen, sei auf folgende Zahlen verwiesen:

---

1 FREUND, 1969, S. 132
2 FREUND, 1969, ebd.

Tabelle 10: Anstieg der tunesischen Grundschul- und Sekundarschulpopulation von 1947 bis 1967

	Grundschule		Sekundarschule	
	1947	1966/67	1947	1966/67
Jungen	50.017	500.133	1.926	51.927
Mädchen	10.898	277.553	160	18.829
Gesamt	60.915	777.686	2.086	70.756
Bevölkerung:	1947	2.833.000 E		
	1966	5.533.351 E		

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Annuaire Statistique de la Tunisie, Année 1947, Tunis 1948, p. 10 u. 47/ TUNISIE - l'adaptation de l'enseignement et de la formation professionnelle aux perspectives de l'emploi - UNESCO no de série: 2390/RMO.RD/EP, Paris 1971

Die Analphabetenrate, die im Jahr der Unabhängigkeit, 1956, bei 85 % lag, fiel auf 67,4 % im Jahre 1966.[1]

Die finanziellen Mittel, die der tunesische Staat einsetzen mußte, um die entsprechende Anzahl von Lehrern ausbilden sowie genügend Schulgebäude erstellen zu können, stiegen ins Astronomische: 40 % aller finanzi-

1 TUNISIE - UNESCO, 1971, S. 1

ellen Einnahmen des Staates wurden ins Bildungswesen investiert.[1]

Wenn auch das ursprüngliche Ziel der totalen Einschulung im Jahr 1966 nicht erreicht wurde (es war übrigens mit Erstellung des Wirtschaftsplanes geändert worden), so dürfen doch die enormen Erfolge des tunesischen Erziehungswesens gerade in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nicht geschmälert werden. Die Anzahl der Grundschüler stieg von

226.736 im Jahre 56 auf
320.362 im Jahre 58 und erreichte
844.990 im Jahre 68/69.

In welchem Tempo Schulgebäude errichtet und Lehrer[2] ausgebildet wurden, verdeutlicht nachstehende Tabelle:

---

1 TUNISIE - UNESCO, 1971, S. 62

2 Die restriktive koloniale Bildungspolitik hatte natürlich auch vor der Lehrerausbildung nicht haltgemacht: 1953 waren von insgesamt

4.167 Lehrkräften der Primarstufe nur
1.705 tunesische Lehrer und 77 Lehrerinnen.
In der Sekundarstufe das gleiche Bild: Von insgesamt
820 Lehrkräften waren nur
193 Tunesier.
Vgl. SRAIEB, 1974, S. 70

Tabelle 11: Ausbau des Grundschulwesens von 1959 bis 1970

Schuljahr	Schüler	Schulen	Lehrer	Klassen
1959/60	361.532	933	6.155	8.903
1962/63	527.373	1.521	9.095	12.816
1965/66	716.915	1.929	12.862	17.333
1968/69	844.990	2.151	16.194	21.643
1969/70	900.519	2.180	18.922	22.885

Quelle: UNESCO, 1971, Tab. 11

Die Verfielfachung der Schülerzahlen im Sekundar- und Hochschulbereich erfolgte ebenfalls in atemberaubendem Tempo. Gab es

1959 35.722 Sekundarschüler, so stieg die Zahl im Jahr

1969 auf 133.267.

Das gleiche Bild im Hochschulbereich:

1959 gab es 2.133 Studentinnen und Studenten,

1969 waren es stolze 7.668.

Nachstehende Tabelle gibt nochmals einen Gesamtüberblick:

Tabelle 12: Entwicklung der Gesamtschulpopulation von 1959 bis 1971

	Primar	Index Wachstum	Sekundar	Index Wachstum	Uni	Index Wachstum
1959/60	361.532	100	35.722	100	2.133	100
1962/63	527.373	146	51.433	144	3.298	155
1965/66	716.915	198	81.917	229	6.230	292
1968/69	844.994	234	133.267	373	7.668	359
1970/71	964.206	267	186.808	523	11.158	523

Quelle: UNESCO, 1971, Tabellen 5 u. 7

Die Zahl aller Schüler und Studenten stieg somit von

399.387 im Jahre 1959/60 auf
1.162.172 im Jahre 1970/71.

Die Schüler rekrutierten sich - dem Demokratisierungsanspruch entsprechend - aus allen Volksschichten. Auch ärmsten Landkindern - hier vor allem Jungen - gelang es, das Gymnasium zu besuchen oder gar einen Universitätsabschluß zu erreichen. Möglich wurde dies durch die den Gymnasien angeschlossenen Internate, für die nur ein geringer Zuschuß von armen Eltern zu leisten war oder sogar überhaupt nichts kosteten. Außerdem gewährte der Staat Studenten großzügig Stipendien, von denen oft

die ganze Familie lebte. Damit nicht genug: Nachdem viele Schulkinder unterernährt waren, oft nicht einmal ein Frühstücksbrot von zu Hause erhielten, wurden - mit Hilfe von UNICEF - Schulkantinen eröffnet, die für arme Kinder kostenlos waren; die anderen Kinder konnten für 25 Millimes (1 D = 1000 Millimes = 6,-- DM) eine Mahlzeit kaufen.

Die Zahl der verpflegten Kinder nahm sehr schnell zu:[1]

von	1957-58	91.800	Kinder
	1060-61	140.000	Kinder

1961 erhielten also fast 1/3 der Schulkinder eine Mahlzeit, die ernährungswissenschaftlich richtig zusammengestellt war. Doch der tunesische Staat gab noch weitere Hilfen: 1958/59 stellte er 40.000 D für Schulkleider zur Verfügung, 1960/61 waren es bereits 140.000 D. Damit konnten 55.200 Kinder eine neue Schulkleidung erhalten.

Für Schulmaterialien wurden 1958/59 35.400 D, zwei Jahre später bereits 52.000 D

zur Verfügung gestellt. Der Wille des tunesischen Staates, mit der Demokratisierung ernst zu machen, war unverkennbar.

---

1 LELONG, 1961, S. 272

C. Bildungspolitische Maßnahmen zum Zwecke der Förderung von angepaßten und systemkonformen Schülern und Studenten ab 1969/70

I. Anpassung des Erziehungswesens an die Kriterien der Rentabilität und der Effizienz

1) Kurze Reformphase im Bildungswesen des Erziehungsministers Ahmed Ben Salah als Ausgangslage für die Reform der Reform ab 1970

Die Kosten des Bildungswesenshatten sich in dreizehn Jahren verdreifacht: Im Jahr 1956 betrugen sie 9.900.000 Dinar, 1968 waren es 29.600.000 Dinar, das entsprach 8,2 % des P.I.B.[1] Und dennoch war das wichtigste bildungspolitische Ziel - Schulbildung für alle - bei weitem nicht erreicht, nicht zuletzt aufgrund der hohen Schulversagerquote. Zwei - Drei - und Vierfachwiederholungen waren keine Seltenheit und auch die vielen Schulabgänger trübten die positive Bildungsbilanz. Dazu einige Zahlen:

---

1 Zum Vergleich: USA, UdSSR und Japan gaben nur 5-7 % des P.I.B. für das Bildungswesen aus. Vgl. BSAIS/ MORISSON, 1976, S. 9

Tabelle 13 : Schulversagerquote - Primarschule

	1963/64	1966/67
Von der Gesamtschulpopulation:		
-wurden versetzt	65 %	63 %
-wiederholten	30 %	30 %
-gingen frühzeitig ab	5 %	7 %

Quelle: UNESCO - TUNISIE, 1971, S. 60

In den Gymnasien sah es nicht viel besser aus, wobei hier die Quote der Schulabgänger deutlich höher lag.[1]

Insgesamt konnte man davon ausgehen, daß von

1.000	Schülem im 1. Grundschuljahr
661	das 6. Grundschuljahr erreichten, und von diesen
264	in das Gymnasium überwechselten, von denen dann ca.
110	die Abiturklasse erreichten und
56	schafften dann das Abitur.[2]

1 SRAIEB, 1974, S. 178. Zu den Gründen des Schulversagens siehe S. 161ff vorl. Arb.
2 Zahlen von 1961-67. Vgl. UNESCO - TUNISIE, 1971, S. 58

Um nun dem Problem der Kosten des Erziehungswesens - der Zeitpunkt, da die gesamten Einnahmen des Staates in Bildung investiert würde, war bereits abzusehen - sowie dem der Schulversager zu Leibe rücken zu können, wurde zu Beginn des Jahres 1967 eine Kommission gebildet, die das Erziehungswesen effektiver und den wirtschaftlichen Erfordernissen des Landes entsprechend umgestalten sollte.

Diese Commission de l'Enseignement unterstand der Leitung von Ahmed Ben Salah, dem Planungs- und Wirtschaftsminister, der auch für die sozialistische Phase Tunesiens von 1963 bis 1969 verantwortlich zeichnete. Ein Jahr später, am 2. Juli 1968 übernahm er dann noch zusätzlich das Erziehungsministerium, so daß der Realisierung der durch die Kommission erarbeiteten Reformprogramme[1] nichts mehr im Wege zu stehen schien.

---

1 Vor allem Demokratisierung der Universitätsstrukturen unter dem Schlagwort der "participation" (de Gaulles Lieblingswort nach den 68er Unruhen) sowie Integration der Studenten in die Gesellschaft, u.a. durch 10-tägige Praktika in öffentlichen Institutionen und den Agrar-Kooperativen.
A.A.N., 1969, S. 488; A.A.N., 1968, S. 293-96
Wichtig auch die Generalisierung der Koedukation (LELONG, 1971, S. 114) und das neue Sekundarstufenkonzept, das für alle Schüler einen 3-jährigen gemeinsamen Zweig vorsah und dann erst eine Orientierung in 'enseignement long' und 'enseignement professionelle' vorsah, wobei in beiden Sektionen zahlreiche Fachrichtungen gewählt werden konnten (SRAIEB, 1974, S. 267-94). Das 'enseignement moyen', die Mittelschule, war nicht mehr vorgesehen.

Doch bereits ein Jahr später kam es zu dem spektakulären Sturz des "Superministers" Ben Salah und damit zur Beendigung der sozialistischen Reformen. Ben Salah, der die ganzen Jahre das uneingeschränkte Vertrauen und die Unterstützung Bourguibas besessen hatte, wurde von diesem fallengelassen, er verlor alle seine Ministerien und wurde im Mai 1970 wegen "Hochverrats" zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

2) Selektion und Rentabilität statt Demokratisierung des Bildungswesens

Die nun eingeleitete und bis heute gültige kapitalistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik schlug sich auch in den neuen Optionen des Bildungswesens nieder: An erster Stelle stand nun "rentabilité" und "efficience". Demokratisierung war an die zweite Stelle gerückt. Die von Ben Salah in seinem einzigen Amtsjahr als Erziehungsminister eingeführten Reformen wurden heftig kritisiert und zum Teil wieder zurückgenommen.[1]

---

1 Vor allem die Sekundarstufenreform: Die alte Mittelschule wurde unter neuem Namen - enseign.professionelle - wieder eingeführt; der 3-jähr. allgemeine Zweig, der allen eine höhere Allgemeinbildung vermitteln sollte, war nun wieder nur den "Gymnasiasten" vorbehalten. Außerdem erhoben sich Stimmen gegen die Generalisierung der Koedukation und dies im Namen der islamischen MORAL. (A.A.N., 1970, S. 418)
Weitere ausführliche Angaben dazu: A.A.N., 1970, S. 400-420; A.A.N., 1971, S. 424-34

Das Erziehungsministerium wechselte innerhalb von zwei Jahren viermal den Minister, und als 1970-71 wegen neuer Restriktionen eine schwere Krise an der Universität Tunis ausbrach, wurde zu polizeistaatlichen Methoden gegriffen, das neue Ziel der Effizienz - im Klartext Selektion - jedoch nicht aufgegeben.

Allerdings mußten im Sekundarbereich Abstriche gemacht werden, da die Eltern, Schüler und Gymnasiallehrer Front gegen die neuen Auslesemechanismen machten, die eine dreifache Selektion bedeuteten:

- Nach Alter - bis zu 14 Jahren durften die Schüler ins 'enseignement secondaire',
- ab 14-16 nur ins 'enseignement professionelle' (wie ehedem bei der Mittelschule), obwohl alle dieselbe Eingangsprüfung bestehen mußten!
- Nach Leistung: Bei der Prüfung mußten mindestens 10 von 20 Punkten erreicht werden (UNESCO, S.12 f)
- Numerus clausus: Da nur eine bestimmte Zulassungsquote vorgesehen war, durfte auch - Alter hin, Leistung her - nur die geplante Anzahl Schüler ins 'secondaire' eintreten.

a) Selektion

Zahlenmäßig wirkte sich die "Effizienz" so aus: Die Zahl der Grundschüler nahm nicht nur nicht mehr zu, son-

dern konstant ab, so daß 1972 bereits 300.000 Kinder n i c h t eingeschult waren; das entsprach 1/3 aller Kinder im Schulalter.[1] Auch in den folgenden Jahren wurde diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht, was nachstehende Zahlen verdeutlichen:

Tabelle 14: Abnahme der Grundschulpopulation von 1971 bis 1974

Schuljahr	Anzahl der Schüler
1971/72	934.827
1972/73	883.734
1973/74	865,786

Quelle: A.St. 1972/73, S. 85

Die Reduzierung der Schülerzahlen wurde schlicht dadurch erreicht, daß weniger Kinder eingeschult und mehr Kinder "ausgeschult" wurden:

1 A.A.N., 1973, S. 527

Tabelle 15: Neueinschreibungen und Klassenwiederholungen in der Primarschule von 1968 bis 1974

	Neu-Einschr. 1.Kl.	Klassen-wiederhol.
1968/69	144.390	213.550
1969/70	137.927	247.789
1970/71	130.587	269.734
1971/72	140.377	274.354
1972/73	138.140	149.821
1973/74	129.654	145.388

Quelle: A.St., 1972/73, S. 98

Wie aus der Zahlenkolonne "Klassenwiederholungen" ersichtlich, nahmen diese drastisch ab - was aber nicht hieß, daß nun die Schüer "besser über die Runden" kamen, sondern im Gegenteil, sie wurden "aus dem Rennen geworfen", d.h. sie mußten die Schule verlassen.

Rigide Selektionsmechanismen wurden nicht nur bei Einschulung und Obertritt ins Gymnasium angewandt, sondern auch während der gesamten Gymnasialzeit und vor allem bei den Abiturprüfungen:

Bestanden 1967/68 und 1968/69 noch 58 % bzw. 62 % das Abitur, so fiel die Zahl schon ein Jahr später auf

41 % (!) Auch in den folgenden Jahren blieb es bei der 41 % Marge.[1]

In der Sekundarstufe gingen die Zahlen ebenfalls zurück, und zwar von

181.798 im Jahre 70/71 auf
178.997 im Jahre 74/75.

Gleichzeitig erfuhren die Privatschulen eine neue Blüte, sie konnten ihre Schülerzahl von 9.081 auf 12.836 (1973/74) erhöhen.[2]

Nur der universitäre Bereich erfuhr eine Ausweitung, u.a. durch die Gründung neuer Fakultäten in Monastir, Sfax und Gabes. Die Studentenzahlen stiegen von[3]

10.112 im Jahr 70/71 auf
13.723 im Jahr 74/75.

Auch die Zahl der Stipendiaten nahm zu:
Im Jahr 1970 erhielten noch 7.751 Studentinnen und Studenten Studienbeihilfe, ein Jahr später waren es immerhin 9.138 Stipendiaten.

---

1 A.St., 1972/73, S. 110
2 A.A.N., 1973, S. 526
3 A.A.N., 1975, S. 613

b) Strukturelle Veränderungen

Die verschiedenen Erziehungsminister ab 1969 beschränkten sich im wesentlichen darauf, die Reformen von Ben Salah zurückzunehmen bzw. sie nicht mehr weiter zu realisieren.

Wichtigste reformpolitische Entscheidung war die Gründung der 'commissions pédagogiques permanentes' (C.P.P.) im Jahr 1971, die unabhängig von ständigem Ministerwechsel kontinuierliche Arbeit leisten sollten. Ihr Arbeitsprogramm umfaßte vor allen Dingen die Ausarbeitung neuer Lehrprogramme für alle Schulstufen einschließlich ihrer entsprechenden pädagogischen Vermittlung.[1]

Im Grundschulbereich gab es nur in den ersten beiden Klassen Veränderungen: Wurde bis 1969 erst ab dem 3. Schuljahr Französisch unterrichtet, so im Schuljahr 1969/70 bereits in der 1. Klasse. Die Schulstunden wurden von 15 auf 25 Stunden wöchentlich angehoben. Dies machte sich finanziell sehr schnell bemerkbar, so daß ein Jahr später eine Teilrevision vorgenommen wurde: In der 1. Klasse wurden wieder nur 15 Stunden gegeben, und nur in Arabisch, und erst ab der 2. Klasse (25 Wochenstunden) mit Französisch begonnen.

Der Sekundarstufenbereich wurde hauptsächlich "entreformiert" und im Grunde das alte System von vor 1968 unter neuer Bezeichnung etabliert:

---

1 Vgl. A.A.N., 1971, S. 426

Die gymnasiale Sekundarstufe - enseignement secondaire long - war nun folgendermaßen aufgebaut: Nach einem einheitlichen Zyklus von drei Jahren schloß sich der zweite Zyklus an, der entweder vier Jahre dauerte und mit dem Abitur abschloß (in fünf Fachrichtungen) oder drei Jahre - enseignement technique - dauerte mit der Möglichkeit, in drei verschiedenen Fachrichtungen entweder ein Diplom (diplome de fin d'études secondaires D.F.E.S.E.) oder ein Technikerzertifikat (brevet de technicien B.T.) zu erwerben.

Die berufsbildende Sekundarschule - die ehemalige Mittelschule - dauerte nun vier Jahre und wies nur zwei Fachrichtungen auf: Eine section industrielle (allerdings mit 15 Spezialisierungsmöglichkeiten) und eine 'section commerciale feminine', nur für Mädchen, mit einer einzigen Fachrichtung - sekretariat/dactylo. Als Abschlußzeugnis wurde ein diplôme professionel verliehen.

Die neue"alte" Sekundarstufe war eindeutig als ein Schritt zurück zu qualifizieren, nicht nur im Hinblick auf die Qualität der Bildung der Schüler - vor allem im berufsbildenden Zweig - sondern auch hinsichtlich des undemokratischen Auswahlverfahrens, das Ben Salah mit seiner Reform abgeschafft hatte: Viele Kinder werden von ihren Eltern erst spät eingeschult und können dann - auch bei Bestleistungen - nur aufgrund des Alterskriteriums kein Gymnasium besuchen; ein Hochschulstudium oder ein höher qualifiziertes Abschlußdiplom bleibt ihnen damit auch versagt - es sei denn, sie haben reiche Eltern, die eine Privatschule bezahlen können.Das Se-

lektionsverfahren trifft so eindeutig die sozialschwachen Schichten.

In der Universität wurden die Selektions- und Restriktionsmaßnahmen vor allem für arme Studenten spürbar: Die Stipendien wurden gekürzt und jedem Studenten, der länger als drei Jahre für einen Studienzyklus benötigte (vorgesehen zwei Jahre), wurde die Wiedereinschreibung verweigert. Dies traf gerade die Studenten hart, die neben dem Studium ihren Lebensunterhalt verdienen mußten. Streiks und Unruhen brachen aus, die hart geahndet wurden. Dann wurde 1973 ein Dekret erlassen, das vor allem disziplinarrechtliche Vorschriften enthielt, u.a. wurden Fleiß- und Anwesenheitsnachweise festgelegt und Art. 12 enthielt Disziplinarstrafen, die in sehr verschiedenen Abstufungen verhängt werden konnten, vom Verweis bis zum Ausschluß aus allen Hochschulinstitutionen.[1]

Die Regierung glaubte mit diesen Anordnungen die "aufmüpfigen" Studenten in den Griff zu bekommen, das Gegenteil war jedoch der Fall: Die Reaktion der Studenten, auf diese neue Politik der Bevormundung und ständigen Oberprüfung (die bereits 1971 praktiziert wurde, zwei Jahre vor Inkrafttreten des Dektrets) waren so heftige Streiks und Unruhen, daß die Universität mehrmals geschlossen werden mußte.[2]

---

1 Vgl. A.A.N., 1973, S. 1001-04
2 Vgl. A.A.N., 1971, S. 434

II. Tunesifizierung des Lehrpersonals und autoritäres Lehrerverhalten und komplexe Sprachsituation

1) Tunesifizierung der Lehrer im Grund - Sekundar- und Hochschulbereich

Obwohl die volle Arabisierung des Erziehungswesens immer wieder gefordert wurde - 1970 sogar in der Nationalversammlung - blieb die französische Sprache vorherrschend. Dennoch konnten hinsichtlich der Tunesifizierung des Lehrpersonals teilweise Erfolge erzielt werden:

Im Grundschulbereich unterrichteten 1970/71 nur noch 0,3 % (!) Ausländer.[1] und im Sekundarbereich stieg der Anteil der einheimischen Lehrer auch relativ schnell: 1968 waren es 59,3 %, 1971 schon 66,3 % und zwei Jahre später, 1973 bereits 76,8 %.[2]

In der Universität jedoch waren 1971/72 noch immer über 50 % der Dozenten Ausländer[3], doch nicht unbedingt aus Mangel an tunesischen Fachkräften. Denn auf der einen Seite mußte der tunesische Staat daran interessiert sein, eigene Wisschenschaftler zu beschäftigen, auf der anderen Seite galt es, die französischen Interessen zu berück-

---

1 Vgl. A.St., 1970/71, S. 91
2 Vgl. A.St. 1972/73, S. 108
3 Von 656 Lehrkräften - 303 Tunesier. Vgl. A.St., 1970/71, S. 131

sichtigen.

So gab (und gibt) es viele tunesische Akademiker, die n i c h t an der Universität - auch nicht in den Gymnasien - lehren durften. Und daß die französischen Gastprofessoren auch noch sehr viel besser bezahlt werden,[1] vergrößert nicht unbedingt das Verständnis der arbeitslosen tunesischen Akademiker für die Bildungspolitik der politischen Führung.

2. Autoritäres Verhalten der Lehrer als Indiz für das Fortbestehen islamischer Erziehungsmethoden

Wie schon erwähnt, trug nicht nur die Problematik der Unterrichtssprache zu der hohen Zahl der Schulversager bei, die auch unter der neuen bildungspolitischen Option der "Effizienz" nicht geringer wurde. Hinzu kam ein autoritärer Unterrichtsstil, der, wie die Arbeitsgruppe des AKE im Jahr 1968 noch feststellte, manchmal sogar vormilitärische Züge aufwies.[2] Auch "das Schlagen eines ungehorsamen Schülers (ist) nicht außergewöhnlich".[3]

---

1 Kosteneinheit 1970 in Dinar für

Grundschule	Sekundarschule	Tertiärbereich
18	127 (!)	(351!) ohne Stipendien (249).

Die hohen Sekundar- und Tertiärkosten gehen zum größten Teil auf das Konto der ausländischen Lehrkräfte. Vgl. UNESCO, 1971, S. 64/65

2 AKE, 1968, S. 45

3 AKE, 1967, S. 98

Wie dort weiter ausgeführt wird, habe ein ausländischer Lehrer, der sich darüber empörte, bald die "Notwendigkeit" einer extrem autoritären Erziehungsmethode einsehen müssen. Lehrer wie Schüler befinden sich tatsächlich in einer ungeheuer schwierigen Situation. Da waren zuerst einmal die überfüllten Klassen: Bis zu 60 Schüler in den ersten, und 40 bis 50 Schüler in den sechsten Grundschulklassen waren keine Seltenheit, wobei nachgewiesenermaßen eine stärkere Klassenfrequenz mit einem erhöhten Schulversagen positiv korrelierte,[1] da die Lehrer zu "archaischen pädagogischen Methoden"[2] zurückgriffen.

Das Ausmaß dieser "archaischen" Methode kann man sich erst dann vorstellen, wenn man die Zusammensetzung des Lehrkörpers hinsichtlich seiner Ausbildung betrachtet:

Tabelle 16: Unterschiedlich ausgebildete Grundschullehrer und ihre prozentuale Verteilung

	Lehrer		Moniteure 1. Kateg.		Moniteure 2.Kateg.		Gesamt
1970/71	9.187	49,8%	3.622	19,6%	5.656	30,6%	18465
1973/74	10.734	54,8%	4.173	21,3%	4,675	23,9%	19582

Quelle: A.St., 70/71, S. 93
——— A.St. 72/73, S. 88

1 CHOUIKHA, 1971, S. 75
2 Ebd.

Nur knapp bzw. gut die Hälfte der in den Grundschulen unterrichtenden Lehrkräfte waren ausgebildete Lehrer, die andere Hälfte setzte sich aus "hängengebliebenen" Oberschülern[1] zusammen. Und alle miteinander hatten keinerlei pädagogisches Wissen, denn auch den angehenden Lehrern wurden während der 3-jährigen Ausbildung[2] jegliche Kenntnisse in Psychologie und Pädagogik ferngehalten.

Nicht von ungefähr waren die Klassenwiederholungen und Schulabgänger auf dem Land höher; die meisten guten, qualifizierteren Lehrer flüchteten in die Stadt[3], zurückblieben vor allem die Moniteure, wie nachstehende Tabelle aufweist:

Tabelle 17: Unterschiedliche Zusammensetzung der Grundschullehrerschaft in den städtischen und ländlichen Gouvernoraten

Gouvernorate	Lehrer	%	Moniteure 1.Kat.	%	Moniteure 2.Kat.	%	Gesamt
Städtische	7.417	60,4	2.463	20	2.405	19,6	12.285
Ländliche	3.317	45,5	1.710	23,4	2.270	31,1	7.297
Gesamt	10.734		4.173		4.675		19.582

Quelle: A.St. 72/73, S. 88 (ohne Praktikanten)

1 Moniteure 1. Kategorie: 6 Jahre Gymnasium, meist 1. Teil des Abiturs
Moniteure 2. Kategorie: Mindestens drei Jahre Gymnasium

2 Aufbauend auf drei Jahre Gymnasium, mit dem Abitur abschließend, dann ein Jahr Praktikum.

3 Die Lebensbedingungen sind dort erträglicher und das dürftige Salär kann dort auch durch Nachhilfestunden aufgebessert werden. Die unterschiedlichen Lehrergehälter, bei gleicher Arbeitsleistung: Lehrer 48-49 D/Moniteur 1. Kat. 35-63 D, 2. Kat. 26-46 D.; Vgl. CHOUIKHA, 1971, S. 76

In diesem Zusammenhang muß noch etwas sehr Wesentliches erwähnt werden: Von den 10.734 Lehrern hatten ca. die Hälfte das 'Tahcil', das Diplom (ähnlich dem Abitur) der alten Azzituna-Moschee, in der die traditionale Lehrmethode[1] vermittelt wurde, eine Methode übrigens, die die anderen, jüngeren Lehrer selbst als Kinder in den Koranschulen erleiden mußten und die sie nun - unbewußt - bei ihren eigenen Schülern teilweise wieder anwendeten.

Sicherlich machten nicht alle Schülerinnen und Schüler im heutigenTunesien mit diesen "pädagogischen" Methoden schmerzhafte Bekanntschaft, wenn auch die meisten vor den Lehrern einen Heidenrespekt haben. Dennoch gab es viele Kinder, die als Reaktion auf den Autoritarismus eines Lehrers, der meist den der Eltern verstärkte und weiterführte, die Schule verließen, wobei etliche sogar straffällig wurden.[2]

In der Sekundarstufe wurden zwar meist "zivilere" Methoden angewandt, von einem modernen pädagogischen Lehrstil war man auch hier weit entfernt. Der Anteil der "richtigen" Gymnasiallehrer mit akademischer Ausbildung betrug nur 43,2 %, ansonsten unterrichteten auch Volksschullehrer in den unteren Klassen und viele der französischen Coopérants waren nicht nur keine ausgebildeten Lehrer, sondern oft voller rassistischer Vorurteile, die sie in den Klassen wirksam ausleben konnten.[3]

---

1 Vgl.39 ff vorl.Arbeit
2 SRAIEB, 1969, S. 134
3 Vgl. LELONG, 1967 u. SRAIEB, 1974, S. 195 f.

3. Komplexe Sprachsituation in der Schule

Bei der Beurteilung der Sprachsituation in den tunesischen Schulen muß davon ausgegangen werden, daß mit der Option für das Französische die Kinder und Jugendlichen im Grunde dreisprachig aufwuchsen, wobei sie dann die beiden "Fremdsprachen" nur unzulänglich beherrschten.

In diesem Zusammenhang darf ja auch nicht übersehen werden, daß die Kinder bereits in der 1. Grundschulklasse mit einer "Fremdsprache" begannen, dem "Hocharabisch", eine dem zu Hause gesprochenen Tunesisch zwar verwandte, aber dennoch neu zu lernende Sprache. In seiner Habil.-Schrift "Hocharabisch und Dialekt" befaßt sich DIEM sehr ausführlich mit diesem Problem, das für alle arabischen Länder gilt:

> "Alle Sprecher ohne Ausnahme sprechen von Kindheit an eine illiterate arabische Sprache, welche von Region zu Region verschieden ist, als Muttersprache. Diese Sprache gebrauchen der Ungebildete und der Gebildete gleichermaßen, in dieser Sprache denken und fühlen sie, und in dieser Sprache werden die mündlichen Alltagsgeschäfte abgewickelt. Daneben wird in der Schule eine literate Sprache gelehrt, mit der die Alltagssprachen - die Dialekte - verwandt sind: Das Hocharabische ..., welches im schriftlichen Gebrauch und in formeller mündlicher Rede zu gebrauchen ist."[1] Und weiter:" Während der Dialekt

---

1 DIEM, 1974, S. 1

auf natürlichem Weg erlernt wird, muß das Hocharabische in der Schule bewußt gelernt werden."[1]

So kam es, daß die Kinder z.B. bereits im 3. Grundschuljahr neben Arabisch einige Fächer in Französisch dazuerhielten, wobei sich dies besonders in Mathematik schlimm auswirkte. Dazu Slim Freund: "Das hatte verheerende Folgen. So lernten die Kinder beispielsweise während der ersten zwei Volksschuljahre die Grundbegriffe des Rechnens auf Arabisch, so daß sie später, bei Benutzung französischer Rechenbücher, überhaupt nichts mehr verstanden und im buchstäblichen Sinne wieder von vorne beginnen mußten."[2]

Außer der arabischen Literatur, der arabischen Philosophie und dem Religionsunterricht wurden alle Fächer von der Volksschule bis zur Universität in Französisch unterrichtet, in einer Sprache also, die der Schüler außer in der Schulklasse kaum benutzte und auch sonst kaum beherrschte. Die hohe Zahl der Schulversager[3] umschreibt in deutlicher Weise das Dilemma des tunesischen Schülers, zu denken und sich ausdrücken zu müssen in einer Sprache, die er wenig versteht.

1976/77 wurden in der Sekundarstufe erstmals Geographie und Geschichte in Arabisch gehalten - allerdings ohne Lehrbücher; die Lehrer mußten sich so "durchwurschteln."[4] Denn es ging ja nicht nur um die fehlenden Bücher, sondern auch um die nicht vorhandene Fachterminologie in Arabisch. Und dazu hätte erst kreative Übersetzungsarbeit

---

1 DIEM, 1974, S. 10
2 FREUND, 1969, S. 132
3 Vgl. S. 151 vorl.Arbeit
4 Vgl. dazu den sarkastischen Bericht in L'ACTION, 20.11.76, S. 12

Tabelle 18: Sprachverhalten der Studenten (in %)

	Französisch	Gemisch Arab.-Franz.	Dialekt-Arabisch	Hocharabisch	Intermediär-Arabisch
Verwendete Sprache innerhalb der Uni (Stud.untereinander und mit Professoren)					
Während d.Vorlesung	66,66	12,30	10,76	8,45	3,84
In der Pause, Unterhaltungen					
über Vorlesungen	48,46	30,76	13,84	6,92	3,07
-Neuigkeiten	35,38	33,09	19,23	5,38	0,76
-Allgemein	43,07	22,30	20,76	3,84	0,76
Außerhalb d. Uni	48,46	20,76	20,76	19,92	---
Verwendete Sprache zwischen Studenten und Professoren					
Während d.Vorlesung	77,68	5,38	2,30	12,30	1,51
Pausen	64,61	8,45	6,15	19,23	4,61
Außerhalb d.Uni	46,15	19,23	4,61	22,31	2,30
Verwendete Sprache mit der Verwaltung					
Mit hohen Beamten	50,76	20	20	1,51	4,61
Mit mittl.Beamten	42,30	20,76	34,61	---	10,76
mit unteren Beamten	8,46	8,46	66,15	---	6,15
Verwendete Sprache zu Hause					
Mit dem Vater	16,15	16,92	71,53	---	6,92
Mit der Mutter	1,51	3,84	96,15	---	0,76
Mit den Geschwistern	24,61	31,51	56,15	0,76	3,07

Rangfolge nach Verwendungshäufigkeit

1. Französisch	2. Gemisch	3. Dialekt	4. Hocharabisch	5. Int.Arabisch
1. Französich	2. Gemisch	3. Dialekt	4. Hocharabisch	5. Int.Arabisch
1. Gemisch	2. Französisch	3. Dialekt	4. Int.Arabisch	5. Hocharabisch
1. Gemisch	2. Französisch	3. Dialekt	4. Int.Arabisch	5. Hocharabisch
1. Gemisch	2. Dialekt	3. Int.Arabisch	4. Französisch	
1. Französisch	2. Hocharabisch	3. Gemisch	4. Dialekt	5. Int.Arabisch
1. Französisch	2. Gemisch	3. Dialekt	4. Hocharabisch	5. Int.Arabisch
1. Französisch	2. Gemisch	3. Dialekt	4. Int.Arabisch	5. Hocharabisch
1. Französisch	2. Dialekt	3. Gemisch	4. Int.Arabisch	5. Hocharabisch
1. Französisch	2. Dialekt	3. Gemisch	4. Int.Arabisch	
1. Dialekt	2. Gemisch	3. Int.Arabisch		
1. Dialekt	2. Gemisch	3. Französisch	4. Int.Arabisch	
1. Dialekt	2. Gemisch	3. Französisch	4. Int.Arabisch	
1. Dialekt	2. Gemisch	3. Französisch	4. Int.Arabisch	

geleistet werden müssen.

Daß diese sprachliche Misere nicht auf die Sekundarstufe beschränkt ist, bestätigte eine Studentin der Geographie und Geschichte in Tunis: So mußten 1977 bereits Prüfungen in Arabisch abgehalten werden, obwohl eben noch keine arabische Fachterminologie ausgearbeitet worden war. Studentinnen und Studenten wie Professoren verzweifelten beinahe an dieser aberwitzigen Situation.

Die komplexe Sprachsituation tritt exemplarisch im Sprachverhalten der Studenten auf. Die Tabelle über die Verwendungsbereiche der Sprachen und deren Rangfolge in der Verwendungshäufigkeit legt ein beredtes Zeugnis davon ab, welcher Streßsituation die Studenten in ihrer täglichen Kommunikation in der Universität mit den Professoren, in der Verwaltung und mit den Eltern ausgesetzt sind:

Hinter der Dominanz des Französischen verbirgt sich auch die soziale und ökonomische Realität des heutigen Tunesien: Die politische und ökonomische Macht ist bei einer kleinen, europäisch gebildeten Elite konzentriert. Durch das Französische als ihre eigentliche Bildungssprache und Voraussetzung ihrer sozialen Emanzipation wird die Internalisierung der okzidentalen Werte wie Modernisierung, Rationalität und Effizienz zum einzig denkbar möglichen Sozialisationsziel der Gesamtbevölkerung deklariert. Doch indem das Französische und die damit vermittelten Werte immer mehr zur Grundlage des sozialen Aufstiegs gemacht wird, bildet es eine klare Trennungslinie zwischen dem modernisierten Segment der Gesellschaft und der Masse der Kleinbauern, der Landarbeiter, der ungelernten Arbeiter, der Unterbeschäftigten ebenso wie dem Heer der Arbeitslosen.

Der Verzicht auf durchgreifende Reformen im Bildungswesen hat seine Parallele auch im Bereich der Ökonomie. Die von den modernen Bildungsinstitutionen hervorgerufene kulturelle Unsicherheit findet ihre Entsprechung in der materiellen Verelendung im ökonomischen Bereich. "Tunesiens Assoziierung an den Gemeinsamen Markt ist vollzogen. Man ist stolz darauf und fühlt sich letztlich als Europäer".[1]

Die seit 1971 eingeleitete liberal-kapitalistische Entwicklung vollzog sich in der Tat im Sinne der europäisierten Tunesier und der europäischen Investoren. Die Mehrheit der Bevölkerung hat bis zum heutigen Tag nur die Kosten zu tragen.

---

1 FREUND, 1969, S. 133

D. Die gesellschaftlichen Implikationen der politökonomischen Eingliederung Tunesiens in die westeuropäische Marktsphäre ab 1970

Ende 1969 brachen im ganzen Land soziale Unruhen aus: Die Kleinfellachen und Händler protestierten gegen die repressive Politik der Regierung. Doch die Kollektivierung machte noch nicht einmal vor einem Sakrileg halt: Der Olivenbaum ist in den arabischen Ländern ein heiliger Baum und darf nicht ausgerissen werden. Doch die Beamten des Planungsministeriums ließen allein in der Provinz von Sousse 450.000 Olivenbäume durch Aprikosenbäume ersetzen. Diejenigen, die sich widersetzten, wurden verhaftet. Gesetze zu ihrer Verurteilung gab es nicht. So blieben sie im Gefängnis.

Protestdemonstrationen im ganzen Land wurden durchgeführt: Das Militär mußte mit Waffengewalt die Demonstranten vertreiben. In der Stadt Querdanine wurden 30 Bauern erschossen. Den Kleinhändlern erging es nicht besser: 1969 wurde der ganze Handel von einer staatlichen Organisation geleitet, die Händler hatten keinen Einfluß mehr auf den Verkauf und die Warenauswahl. Sie bekamen lediglich 5 % des Verkaufes als Vergütung.

Die Großgrundbesitzer und Großhändler sahen ihr Verfügungsrecht und daher ihre Macht schwinden und gesellten sich in ihrem Protest zu den Kleinbauern und Händlern. Ende 1969 wurde Ahmed Ben Salah aus all seinen Ämtern

entlassen. Er wurde beschuldigt, 100 Mio Dinar[1], genau die Verluste der Genossenschaften, verschleudert zu haben. Anfang 1970 wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Sturz des "Superministers" Ahmed Ben Salah wurde mit der negativen Erscheinung des autoritären Sozialismus begründet. Die Liberalisierung verhieß daher eine Ära der politischen und sozialen Demokratie. Der VIII. Parteikongreß in Monastir vom 11. bis 15. Oktober 1971 zeigte deutlich, daß der Sozialismus im Grunde gescheitert war, weil es in Tunesien keine Sozialisten gab und daß die Demokratie aus Mangel an Demokraten in den Staats- und Parteiführungsgremien scheitern mußte. Das politische System war nicht die Verfassung, sondern vielmehr Habib Bourguiba selbst. Entsprechend seiner Aussage "Le systeme c'est moi", ließ er sich im Parteikongreß zum Staats- und Parteipräsidenten auf Lebenszeit bestimmen und designierte Hedi Nouira als seinen Nachfolger, obwohl die Kongreßteilnehmer für das Prinzip der Wahl abstimmten. Liberale wie Mistiri, die von jeher für die Verfassungsmäßigkeit der politischen Handlung in verschiedenen Zeitungsinterviews eintraten, mußten die staatliche Repression am eigenen Leibe erfahren; "Mistiri beschuldigte die Regierung der Anwendung von Gangstermethoden, indem sie bewaffnete Geheimplizei gegen alle renitenten nicht-Bourguiba-freundliche Kongreßteilnehmer eingesetzt hatte".[2]

---

1 INTERNATIONALES AFRIKA FORUM, 1970, S. 216
2 FREUND, 1971b, S. 454

Die Degradierung andersdenkender Politiker verläuft seitdem nach demselben Schema: Habib Bourguiba hält eine Rede, in der er die in Ungnade gefallene politische Persönlichkeit verächtlich macht,[1] und dann startet die gleichgeschaltete Presse eine Rufmordkampagne. So war es bei Ben Salah, bei dem langjährigen Verteidigungsminister Behi Ladgham, bei der über die nationalen Grenzen bekannten Frauenrechlerin Radhia Haddad und nicht zuletzt bei dem liberalen Politiker und ehemaligen Innenminister Ahmed Mistiri.[2]

Das Gegeneinanderausspielen der politischen Kräftegruppierungen verhinderte zwar eine Monopolisierung der politischen Macht bei einer bestimmten sozialen Gruppe, förderte aber ein Klima der permanenten politischen Unberechenbarkeit, die Slim Freund treffend beschrieb: "Das Klima zwischen Politikern, Bürgern, Intellektuellen, Geschäftsleuten und Bauern ist heute in Tunesien reziprok verpestet. Keiner traut dem anderen. Jeder macht sich verdächtig, irgend etwas Perfides zu wollen, wenn er nur den Mund auftut, um etwa zu sagen, er wolle ein Stück Kuchen kaufen. Warum Kuchen? Das ist doch kapitalistisch, ausbeuterisch! Wenn er aber den Wunsch hegt, ein Stück Brot und eine Handvoll Oliven zu kaufen, wird man ihn verdächtigen, mit den Massen zu paktieren. Nur wer diesen sozialpsychologischen Zustand, in dem

---

1 So bezeichnete Habib Bourguiba in seiner öffentlichen Rede 1970 seinen langjährigen Verteidigungsminister und kurzweiligen Premier Behi Ladgham als ein "Quintal de viande" (Zenter Fleisch), der nur den Volksschulabschluß hätte.

2 Allerdings gibt es auch Beispiele dafür, wie eine einst von Habib Bourguiba geächtete politische Persönlichkeit wieder zu Staatsämtern und gesellschaftlichen Ehren kommen kann, so z.B. beim Außenminister Masmoudi oder beim verstorbenen Gewerkschaftsführer Ahmed Tlili.

sich Tunesien befindet, begriffen hat, ist in der Lage, die Handlungen der Machthaber - seien sie nun Linke oder Rechte - zu verstehen. Sie agieren unter dem Gesetz ständiger Panik, immer nach dem Effekt schielend, anstatt auf den Erfolg bedacht zu sein".[1]

Welchen Effekt und welchen Erfolg brachte nun die liberal-kapitalistische Entwicklung und für wen?

I. Weitgehende Öffnung des tunesischen Marktes für die europäischen Investoren und die Auflösung der Genossenschaften

1. Gesetzliche Maßnahmen zur Exportförderung und zum Schutze ausländischer Investoren

Ab 1971 gliederte sich Tunesien$_{+}$ in das kapitalistische System ein: Der Tourismus, der Arbeiterexport und die Gründung von Industriefilialen in Tunesien durch europäische Firmen und Trusts sollten die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen und die 1970 auf 280 Mio Dinar gestiegene Auslandsschuld abtragen helfen.

+abermals

---

1 FREUND, 1971, S. 454

Nicht mehr eine auf dem Eigenbeitrag beruhende, sondern eine unverhüllt außenorientierte Entwicklungsstrategie stand seit 1971 bis heute im Mittelpunkt der tunesischen Entwicklungspolitik.

Grundlage dieser liberal-kapitalistischen Option bildete das Gesetz von 1972 [1], das Unternehmen, die mindestens 66 % des Kapitals in konvertierbaren Devisen in Tunesien einführen und ausschließlich für den Export produzieren, besonders fördert. Diese Maßnahmen lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

1. Gewerbesteuerfreiheit für zehn Jahre und Belegung mit einem ermäßigten Satz von 10 % für weitere zehn Jahre.

2. Grundstücks- und Mietsteuerfreiheit für die ersten 20 Jahre.

3. Bei Gewinnausschüttung ist für die ersten 20 Jahre nur ein reduzierter Satz von 6-8 % steuerpflichtig.

4. Zölle und Umsatzsteuer für die für die Produktion erforderliche Ware entfallen, ebenso wie die Genehmigungspflicht für importierte Güter.

5. Die erwirtschafteten Exporterträge werden von der Devisenbewirtschaftungspolitik ausgenommen, d.h. die Erträge müssen nicht in Tunesien angelegt werden.

---

1 Gesetz zur Förderung der Exportindustrie , 1972

6. Genehmigung für eine ausreichende Zahl ausländischer Führungskräfte in den Unternehmen.

2. Weitere Konzentration des Besitzes als Ergebnis der Auflösung der Genossenschaften

Die ökonomische Liberalisierung begann mit der Reprivatisierung der Kooperativen. Die daraus entstandene Rückparzellierung brachte die Kleinbauern und Landarbeiter in eine schlechte Position gegenüber den Großgrundbesitzern, die nach und nach die Parzellen der bei ihnen verschuldeten Kleinbauern aufkauften oder in Pacht nahmen. Die Reprivatisierung des landwirtschaftlichen Maschinenparks und dessen Obernahme durch die Großgrundbesitzer verhieß eine rationelle Bewirtschaftung und infolgedessen eine hohe Ertragsteigerung.

Bedeutende Mittel wurden für die Modernisierung der Landwirtschaft bereitgestellt; die Staatsausgaben für diesen Bereich stiegen von 12,1 Mio D 1973 auf 28,4 Mio D 1978 und ermöglichten durch volle Kapazitätsausnützung des Maschinenparks eine landwirtschaftliche Produktionssteigerung, die allerdings bei Zugrundelegung des Index 100 für 1970, mit 160 im Jahr 1975 ihren Höhepunkt erreichte, während sie 1978 nur noch 138 aufwies.[1]

Ähnliches galt für die Lebensmittelerzeugung. Die fehlende Stabilisierung der Erträge dürfte auch auf die

---

1 Zahlen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, 1978, S. 19

noch archaische Bewirtschaftung durch die Kleinbauern zurückzuführen sein, für die die importierten Landmaschinen in der Regel weder bezahlbar noch rationell verwendbar waren. Die daraus resultierenden soziologischen Implikationen standen nicht zur Debatte. Dabei bedeutete die Abkehr von den genossenschaftlichen Grundsätzen eine Veränderung der Besitzverhältnisse, die mit wachsender Arbeitslosigkeit, Landflucht und Slumbildung einherging: Hatten 1960/61 98 % der Bauern 78 % des Bodens, so verfügten 1972 96 % nur noch über 66 % des Agrarbodens.

Entsprechend veränderte sich der Großgrundbesitz: 1960/61 besaßen 1 % der Bauern 13,3 % des Gesamtbodens, 1975 verfügten 1,6 % der Bauern über 33 % der Anbaufläche.[1]

3. Zunehmende Landflucht der freigesetzten Landbevölkerung und Bildung von städtischen Elendsgürteln

Die freigesetzte Landbevölkerung wanderte in die Städte und mit Hilfe ihrer Bekannten und Verwandten aus der gleichen Region ließen sie sich in der städtischen Randzone nieder. Mit ihren Behausungen aus Blech und Lehm bildeten sie so einen Elendsgürtel um die Städte. Allein in Tunis leben 500.000 Menschen in diesen Elends-

---

1 BOLZ, 1976, S. 90

vierteln (quartiers de la misère), Geschäftstüchtige ließen auf ihrem Grund Lehmhütten (gourbis) und Blechbaracken errichten und vermieteten sie den Emigranten für 5 Dinar im Monat. Die Auseinandersetzungen zwischen Mietwucherern und Emigranten gehören bis heute zur täglichen Praxis. Und wenn die Polizei einschreitet, so in der Regel nur, um den Mietwucherer als Privateigentümer zu schützen. "Das Einschreiten der Polizei" - so Bolz, "bei Verweigerung der Wuchermiete führt in der Regel zur Neuvermietung an neue Emigranten vom Lande".[1]

In diesen offiziell als 'quartiers populaires' bezeichneten Vierteln leben auch Arbeiter und kleine Funktionäre, Lastenträger, Korbträger, Handkarrenträger, Stiefelputzer, ambulante Verkäufter und die Mehrzahl der Hausgehilfinnen.

Unter dem Vorwand, die Bevölkerung zu registrieren, führte die Regierung den Ausweiszwang für alle Tunesier ein. Dabei spielte die Eintragung der Herkunftsregion eine besondere Rolle; um der Weiterentwicklung des Subproletariats in den Stadtrandzonen Einhalt zu gebieten, führten Polizei und Nationalgarde regelmäßige Razzien in diesen Gebieten durch und leiteten dann eine massive Rückwanderung dieser marginalisierten Bevölkerung in die Herkunftsregionen ein. Die Arbeitslosigkeit im Inneren des Landes trieb diese Menschen nach ein paar Tagen jedoch wieder regelmäßig in die Städte zurück.

---

1 BOLZ, 1976, S. 401

II. Ökonomische Auswirkung der außenorientierten Industrialisierung

1. Errichtung von ausländischen Produktionsenklaven

Besondere Bedeutung gewann ab 1972 die Errichtung von freien Produktionszonen, in denen ausländische Firmen ausschließlich für den Export produzierten. Der Staat stellte ihnen Häfen und Flughafenhallen, Containereinrichtungen, Produktionsgebäude, Elektrizität und Wasser zur Verfügung und schuf zusätzliche Investitionsanreize durch uneingeschränkten Gewinntransfer, Zoll- und Abgabefreiheit, jahrelange Gewerbesteuerfreiheit und - wesentlichster Punkt - billige Arbeitskräfte. Immerhin hatte Tunesien nach Indien die niedrigsten Facharbeiterlöhne:

Tabelle 19: Stundenlöhne - Vergleich

	in US-$			
	ungelernte	angelernte	Facharbeiter	
Tunesien	0,39	0,43	0,63-0,68	(1975)
Marokko	0,34	0,56	0,94-1,31	(1975)
Indien	0,15	0,21	0,31	(1974)
Brasilien	0,25-0,36	0,58-0,82	1,17-1,40	(1975)

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben von FRÖBEL/HEINRICHS/KREYE, 1977, S. 633-34

Die Politik der Niedriglöhne verfehlte ihre Wirkung bei den europäischen Investoren nicht; "22 Firmen - vor allem aus der Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie der Lederverarbeitung - haben Mitte 1976 ihre Produktion bereits aufgenommen."[1] Warum wohl? Während die Arbeitsbedingungen beispielsweise in der Bundesrepublik durch das Betriebsverfassungsgesetz geregelt sind, blieben für die europäischen Unternehmen in Tunesien sogar die Bestimmungen des nationalen Arbeitsgesetzes ohne Wirkung. Auch wenn die tunesische Arbeitsgesetzgebung die 46 Stundenwoche vorschreibt, so lag die jährliche Arbeitsintensität aufgrund der wenigen Feier- und Urlaubstage und dem freiwilligen Zwang zur Oberstundenleistung mit durchschnittlich 2.226 Stunden jährlich gegenüber der BRD (durchschnittlich 1.860 Stunden) um ca. 20 % höher. Dabei waren die Arbeitsbedingungen und sozialen Sicherheiten unvergleichbar schlecht:

Schichtarbeit auch für Frauen, unzureichenden Arbeitsschutz, schlechte Beleuchtung, Hitze zwischen 35 bis 38 Grad, total überfüllte Fabrikräume, willkürliche Entlassungen werdender Mütter und Frühinvalidität waren (und sind) an der Tagesordnung. Denn nach der Logik dieser industriellen Enklaven "... wird die Arbeitskraft in freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken in unterentwickelten Ländern einerseits zu einer Produktivität und Intensität gezwungen, die dem gegenwärtig fortgeschrittensten Stand im Weltmaßstab entspricht und andererseits mit einer

---

1 SZ 3./4. Juli 1976

Entlohnung abgefunden, die zu Zeiten des Manchesterkapitalismus kaum geringer war."[2]

Unter diesen Bedingungen erfuhr die industrielle Produktion eine hohe Steigerung, die sich in den folgenden Zahlen ausdrücken ließ:

Tabelle 20: Entwicklung der Industrie- und Gewerbeproduktion von 1973 bis 1977

	Index 1970 = 100				
	1973	1974	1975	1976	1977
-Industrielle Produktion	121	131	134	137	150
-Energie	139	158	173	193	218
-Verarb. Gewerbe	125	134	134	142	152

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 19

Freilich war die Realisierung dieser Ergebnisse mit einer zunehmend defizitären Handelsbilanz und

2 FRÖBEL/HEINRICHS/KREYE, 1977, S. 544

einer übermäßig steigenden Auslandsverschuldung erkauft.

Die Importe, die für die infrastrukturelle Ausstattung der Industrieunternehmen notwendig waren, mußten die realen Finanzmöglichkeiten des Landes übersteigen:

Tabelle 21: Defizitäre Entwicklung der Handelsbilanz von 1973 bis 1977 (in Mill.US $)

	1973	1974	1975	1976	1977
Einfuhr	632,7	1.124,8	1.417,8	1.525,7	1.784,4
Ausfuhr	397,3	921,4	856,2	788,8	908,7
Export-Import Deckungsdefizit	./.235,4	./. 203,4	./.561,6	./.736,9	875,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 20

Das führte notwendigerweise zu einer permanent steigenden äußeren Verschuldung des Landes, deren Rückfinanzierung auch durch die forcierte Förderung

des Tourismus und Gastarbeiterexports kaum gesichert werden konnte:

Tabelle 22: Auslandsverschuldung (mittel- und lang fristig) in Mill. Dinar

1973	1974	1975	1976	1977
423,8	462,8	497,8	545,8	729,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 25

Die bei der Industriealisierungskonzeption intendierten Beschäftigungseffekte blieben im Verhältnis zur permanenten Massenarbeitslosigkeit ohne Wirkung:

Tabelle 23: Beschäftigungssituation 1972

	Erwerbsfähig (1)	davon tats.erwerbsf. (2)	%	von (2) perm. besch.	%	von (2) saisonal besch.
Männer	1.180.000	1.047.000	89	713.000	60,4	334.000
Frauen	1.387.000	340.000	25	60.000	4,3	280.000
	2.567.000	1.387.000		773.000		614.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben von BOLZ, 1976, S. 331 f

Diese Zahlen drücken unmißverständlich die Aussichtslosigkeit der tunesischen Beschäftigungssituation aus; nur 28,1 % der erwerbsfähigen Bevölkerung hatte 1972 einen festen Arbeitsplatz. Betrachtet man die Beschäftigungsdaten der nur erwerbsfähigen Männer, so zeigt sich, daß 40 % keinen festen Arbeitsplatz und damit keine gesicherte Einkommensquelle hatten (dies dürfte sich bis heute nicht geändert haben). Insgesamt arbeiteten 614.000 nur gelegentlich, jedenfalls nicht über 180 Tage im Jahr oder nur saisonbedingt bei Olivenernten, Getreideernten, Weinlesen etc. Addiert man diese unterbeschäftigte Gruppe (614.000) mit den offiziellen Zahlen der permanent Arbeitslosen (133.000) und denen der 150.000 Arbeitsemigranten im Ausland, deren Beschäftigung allein von der Konjunkturentwicklung des Aufnahmelandes abhängig ist, zusammen, so wären 897.000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch diejenigen, die Arbeit haben, dürften die von der Regierung als Existenzminimum angesetzten 600 Millimes (ca. 4,-- DM) pro Tag kaum erreichen. Sie erscheinen eher als Idealziel, zumal 55 % der Bevölkerung um oder unter dieser Einkommensgrenze liegen, was bedeutet, daß sie nahezu das gesamte Geld für die Ernährung ausgeben müssen, so daß die geringste Preissteigerung für Nahrungsmittel sie hart trifft.

Waren die Preissteigerungen der Güter außer der Er-

nährung von 1970 bis 1973 geringfügig, so schnellte sie von 1973 bis 1977 in die Höhe und erfaßte alle Bereiche:

Tabelle 24: Preisindex für die Lebenshaltung in Tunis und städtischen Agglomerationen

Einheit 1970 = 100

	1973	1975	1977
Ernährung	121	133	148
Bekleidung	105	125	140
Wohng./ Wasser/Hzg./ Beleuchtung	104	120	126
Verkehr	103	138	162
Körper/Gesundh.pflege	104	133	162

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 26

Die Lohnerhöhungen konnten die steigenden Lebenshaltungskosten und den Kaufkraftschwund kaum wettmachen. Vor allem die Marginalisierten der Städte, die ohnehin kaum über Einkommen verfügten, mußten die Ernährungspreise zum Elend treiben.

Noch trüber erscheint die Situation der Agrarbevölkerung: Da die Kreditpolitik der Regierung nicht nach sozialen Gesichtspunkten, sondern an der Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner orientiert war, begünstigte sie im Endeffekt die Großbauern. Diese konnten Brunnen für die Bewässerung graben und Silos zur Lagerung der Ernte bauen, um diese bei Mangelsituationen gewinnbringend auf den Markt zu bringen. Da die Kleinbauern diese Möglichkeiten nicht hatten, mußten sie ihre Ernte vor Ort an die Großbauern und Großhändler, die die Preise fixierten, verkaufen.

Die Landarbeiter, die 5oo Millimes für einen Zehn-Stunden- Arbeitstag erhielten, waren noch schlimmer dran. Sie und die Kleinbauern wurden am meisten 'ausgenommen', und damit sie nicht verhungerten, verteilte der Staat von Zeit zu Zeit ein wenig Öl und Mehl.[1]

Der faktisch gezahlte jährliche Durchschnittslohn eines permanent beschäftigten Agrararbeiters betrug 74 D und stand zu den Jahreslöhnen in Industrie und Großhandel in einem Verhältnis von 1:12 respektive 1:17.

Die augenfällige Bevorzugung des Industrie-und Dienstleistungsbereiches gegenüber der Landwirtschaft beruhte nicht auf sozialen, sondern vielmehr auf rein ökonomischen Realitäten, die am Anteil des Produktionsbereiches an der Gesamtwertschöpfung bemessen wurde: Während in der Industrie mit 20 % aller Arbeitskräfte 26 % der Wertschöpfung erstellt wurde und im Dienstleistungssektor 25 % der Arbeitskräfte 56 % des Volkseinkommens erbrachten, war der Anteil der Landwirtschaft, die mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte stellte, mit 18 % des Volkseinkommens äußert gering.

---

1 Vgl. M'RABET/MASCHINO, 1975, S.17

2. Zunehmende Protestbewegung der Arbeiter und Studenten und die dementsprechende Repressionspolitik des Staates

Das Arbeitslosenproblem hat sich aufgrund des Anwerbestops der westeuropäischen Länder und der Ausweisungswellen der tunesischen Arbeiter aus Libyen zusehends verschärft. Die zunehmende Verschlechterung der sozio-ökonomischen und politischen Situation läßt sich jedenfalls aus der Streikstatistik unschwer ablesen:

Tabelle 25: Streikbewegung 1969 bis 1974

	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Streikfälle	1	25	24	150	49	131
Anzahl d.Teiln.	400	5.887	1.718	18.458	18.473	21.000

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 17

Der verstärkte Kumulierungstrend der Streikbewegung, der 1978 in einen Generalstreik mündete, wurde vom Militär, dem einzigen Garanten für den inneren Frieden, blutig niedergeschlagen. Die demokratisch gewählten Vertreter der Gewerkschaften wurden abgesetzt und sitzen bis heute,trotz aller Auslandsproteste, in den Gefängnissen. Die politischen Verfolgungen und Prozesse, über die bis heute die Amnesty International und die europäische Presse berichtet, können hier nicht im einzelnen analysiert werden. Jedenfalls waren sie ein sicheres Indiz dafür, daß sich die bisherige Entwicklung an der Bevölkerungsmehrheit vorbei vollzieht. Die Tatsache, daß seit 1969 15 Regierungsumbildungen stattfanden, deutet auf Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Führung hin. Der ständige Einsatz des Militärs bei Arbeitskonflikten weist darauf hin, daß es mehr und mehr innere Aufgaben übernehmen wird. Anders läßt sich die Entwicklung der Verteidigungsaufgaben nicht erklären:

Tabelle 26: Ausgabenentwicklung für Verteidigung in Millionen Dinar

1973	1974	1975	1976	1977	1978
13,5	16,4	22,8	26,9	30,0	34,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1978, S. 25

III Träger der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Tunesien

Das Scheitern der staatsdirigistischen Entwicklung wurde nach der tunesischen Version als Resultat einer Fehlpolitik des ehemaligen Ministers dargestellt. Der Grund dürfte jedoch in der Entfaltung neuer Klassenverhältnisse liegen, die bisher durch den charismatischen Herrschaftscharakter[1] des Staatspräsidenten Habib Bourguiba und seiner unitaristischen Integrationsideologie verdeckt werden konnte. Durch die Berufung Ahmed Ben Salah´s zum Planungsminister[2] konnte er die Arbeiterschaft an die Regierungspolitik binden. Ohne seine volle Unterstützung hätte das sozialistische Experiment nicht stattfinden können.

Die Strukturreformen der sechziger Jahre, die die ökonomische, soziale und politische Basis der traditionalen Agrar- und Handelsbourgeoisie unberührt ließen, halfen ihr sogar, sich zu konsolidieren und im Bündnis mit der Frau des Staatspräsidenten, Wassila Ben Ammar, der Tochter des größten tunesischen Grundbesitzers, die politische Macht an sich zu reißen. Damit übernahm die traditionale Agrar- und Handelsbourgeoisie, die mit der Kolonialverwaltung unverhüllt kollaboriert hatte, ab 197o die politische Macht im tunesischen Staat. Ihre

---

1 Zur Funktion des charismatischen Führers vgl. BALANDIER, 1962

2 Ben Salah war ehemals der Sekretär des radikalen Flügels der Gewerkschaft

Ihre neue Entwicklungsoptik ist in Wirklichkeit die Rückkehr zur kolonialen Ära. "Die liberale Politik der siebziger Jahre ist genau dieselbe, die das Wachstum der tunesischen Wirtschaft unter dem Protektorat bestimmt. Es ist das Wachstum einer modernen Marktwirtschaft, das auf der Basis der Verwertung des im Privatsektor konzentrierten Kapitals"[1] beruht. Die damit verbundene Disparität der Einkommensverteilung wurde von der tunesischen Regierung in Kauf genommen, was ihr eine Rüge der bestimmt nicht linkslastigen Weltbank einbrachte.[2]

---

1 PONCET, 1969, S.112

2 Die Weltbank prangerte in ihren Berichten von 1972-74 die fehlende soziale Absicherung und die Steuerungerechtigkeiten an und trat sogar für eine Agrarreform ein. Vgl. dazu M'RABET/ MASCHINO, 1975, S.17

E. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Dichotomie zwischen okzidentaler und traditionaler Kultur in Tunesien

Das Verständnis der sozio-ökonomischen Lage der Entwicklungsländer bleibt einseitig, werden nicht die tiefgreifenden Veränderungen in der Personenstruktur der Menschen in der Dritten Welt in die Gesamtbetrachtung miteinbezogen.

I. Zur Akkulturationstheorie

Der Begriff 'Akkulturation' tauchte erstmals 1880[1] als Sammelbegriff für die kulturelle Dimension der Kolonialherrschaft auf, die zuvor als 'burden of the white man' oder als 'mission civilisatrice', oder als 'Kulturbotschaft' bezeichnet wurde. Hinter diesen Begriffen verbarg sich die ideologische Einschätzung der europäischen Kolonialherrschaft, die "als Prozeß gefaßt (wird), in dessen Verlauf ein Kulturwandel auftritt, der allein akkulturations- und diffusionstheoretisch begriffen werden könne. Dabei bezeichnet Akkulturation den historischen Vorgang, in dem Institutionen, Praktiken, Glaubenshaltungen einer Kultur in eine andere transformiert werden; Diffusion meint die Transplantation von Formen und Institutionen

---

1 LECLERC, 1972, S. 24 f

einer Kultur in eine andere, wo diese nicht genetisch entstanden sind."[1]

Die Akkulturationstheorie geht von der Annahme eines symmetrischen und reziproken Beziehungsverhältnisses zwischen den Kulturen, die miteinander in Kontakt kommen, aus. Die Wirklichkeit sieht indessen anders aus: die dem Akkulturationsbegriff semantisch inhärenten Momente der Symmetrie und der Reziprozität lassen sich im Fall des Verhältnisses zwischen der Kultur des Kolonialherren und der des Kolonisierten nicht nachweisen.

"Wer den Kolonialismus",so Leclerc, " im Sinne des Wandels oder einer Phase der Industrialisierung (ähnlich der des 19. Jhds) beurteilt, verkennt und banalisiert den für den Kolonisierten augenfälligen Aspekt der Dekulturation und der Destruktion der nationalen Kulturmerkmale."[2] Sartre hat in seinem Vorwort zu Frantz Fanons 'Verdammten dieser Erde' auf diese kulturell destruktive Funktion der kolonialen Herrschaft eindeutig hingewiesen: "Die koloniale Gewalt hat nicht nur den Zweck, diesen unterdrückten Menschen Respekt einzujagen, sie versucht, sie zu entmenschlichen. An nichts wird gespart, um ihre Traditionen zu vernichten, um ihre Sprachen durch unsere zu setzen, um ihre Kultur zu zerstören, ohne ihnen die unsere zu geben."[3]

---

1 TIBI, 1974, S. 11. Vgl.dazu auch LECLERC, 1972, S. 55 f
2 LECLERC, 1972, S. 24
3 SARTRE, 1966, S.13

Die Akkulturationstheorie abstrahiert also von dem Machtverhältnis zwischen dominanter europäischer Kultur und der inferioren autochtonen Kultur.Für sie verläuft der Akkulturationsprozeß eindimensional von der autochtonen Kultur zur westlichen Kultur.

Die Ähnlichkeit dieser Sichtweise des Akkulturationsproblems ist mit der der Modernisationstheorie unverkennbar.

II. Zur Modernisationstheorie

Die auf Parsons Interpretation der weber' schen Idealtypen der Herrschaft beruhende Modernisationstheorie verstand die Entwicklung als ein eingleisiges Fortschreiten der traditionalen Elemente der Gesellschaft in "moderne" Strukturen. Sie vertrat die These, daß Modernisierung mit struktureller und funktionaler Differenzierung der Gesellschaft, mit einem Zuwachs an individueller Entfaltungsmöglichkeiten, mit einem Mehr an Wohlstand und einem Mehr an gesamtgesellschaftlicher Zweckrationalität von Denken und Handeln gleichzusetzen sei.

Der Prozeß der Modernisierung wird hier als eine lineare, eindimensionale und von i n n e n induzierte Fortbewegung von der "Tradition" zur "Moderne" begriffen. Das Entscheidende ist dabei, daß "Modernität" die idealisierte westeuropäische und nordamerikanische Industriegesellschaft bedeutet, die als Endpunkt des Erreichbaren überhaupt präsentiert wird.

Da die Modernisationstheorie die "Unterentwicklung" auf die von ihr als negativ angesehenen Faktoren der traditionalen Kultur zurückführt - diese verhindern ihrer Ansicht nach die Herausbildung einer für die kapitalistische Produktionsweise unabdingbaren Zweckrationalität - leugnet sie, ähnlich wie der Kolonialismus zuvor, den Selbstwert der autochtonen Kultur und stilisiert die eurozentrische Rationalität zu einem ewigen Wert an sich. Und da sie gleichzeitig von den unbestreitbar vorhandenen internationalen Abhängigkeiten und Verflechtungen, die ja eine autonome Entwicklung kaum zulassen, abstrahiert, verkürzt sie die Problematik der Entwicklungsländer um die ökonomische Dimension, die für eine Welt voller Armut und Elend aber sicher nicht ohne Bedeutung ist.[1]

III. Westernisierung als Ergebnis von Akkulturation/ Modernisation der nationalen Eliten

Die Theorien der Akkulturation und Modernisation sind in ihren Kernaussagen letztlich identisch. Nur während die eine mit dem Begriff der "westlichen Kultur" arbeitet, bevorzugt die andere Begriffe wie "Werte der Industriegesellschaft". Und beide sehen

---

1 Zur Kritik der Modernisationstheorie vgl. TJADEN, 1972

die nationalen Eliten als Träger des Akkulturations- und Modernisationsprozesses an. Die forcierte Hinwendung der autochtonen Eliten zu den westlichen Kulturwerten und die Übernahme des Norm- und Wertsystems der Industriegesellschaft ist die Konkretisierung der Westernisierung im außereuropäischen Kontext.

Norbert Lechner beschrieb treffend den Prozeß der Westernisierung in Lateinamerika: Den auf der Modernisationstheorie beruhenden Forschungsstudien

> "liegt die Prämisse zugrunde, daß das Wertsystem der Eliten a) repräsentativ ist für die Massen, b) daß es die gesellschaftliche Entwicklung determiniert und c) daß es für die Industriegesellschaft ein einheitliches Wertsystem gibt. Gelingt es, die Norm der Eliten zu beeinflussen, so ist die Kontrolle für den sozialen Wandel so gut wie gesichert. Diese Motivation trägt die von den Metropolen betriebene Förderung des Bildungswesens- In dem Maße, in dem sie die modernen ... Werte verinnerlicht haben, werden die Satelliten gehorchen. Auf die Anpassung der Eliten folgt die Disziplinierung der Massen, mithin die gewaltlose Integration (Lateinamerikas) in die Bedürfnisstruktur der Metropolen."[1]

Während die okzidental akkulturierten Eliten in den Entwicklungsländern als nationale Instanzen zur Durchsetzung exogener Kultur und Herrschaftsverhältnisse fungierten, wurden die traditional überlieferten Lebensweisen ebenso wie die tiefen Aspirationen und Interessen

---

1 LECHNER, 197o, S. 131. Vgl.dazu auch TIBI 1973 und zur Westernisierung durch Akkulturation in der Türkeit STEINHAUS, 1969

der Mehrheit der Bevölkerung kaum berücksichtigt.

IV Die Problematik der Akkulturation und des kulturellen Identitätsverlustes im tunesischen Kontext

Definiert man Kultur als "Komplex von Mechanismen zur Vermittlung zwischen Produktionsstruktur und ihrer permanenten Reproduktion auf der Ebene der Bewußtseinsstrukturen"[1], so läßt sich das Weiterwirken der Fremdkultur als Kultur der Herrschenden in der Dritten Welt als ein eindeutiges Mittel zur Aufrechterhaltung von Dominanzverhältnissen deuten. Das läßt sich auch am tunesischen Beispiel unschwer ermitteln.

In Tunesien offenbart sich die Fragilität einer Nation, deren Kultur eine fremde ist, wobei dieses Problem der tunesischen Führung keineswegs verborgen blieb: Der ehemalige, langjährige tunesische Erziehungsminister Messadi erkannte als erster die negativen Erscheinungen der Sprachsituation auf der nationalen und individual-psychologischen Ebene sehr deutlich:

> "Die französische Kultur brachte aufgrund der aufoktroyierten Zweisprachigkeit das Individuum und die Gemeinschaft in einen Zustand der Bipolarität, in der sie zwischen zwei Identitäten gespalten sind. Für die betroffene Masse ist zu befürchten, daß die doppelte Polarisierung zu einem Zerreißzustand, zur kulturellen Konfusion, zur Schwankung und Unsicherheit sowohl im Prozeß des Denkens wie in dessen Ausdruck"[2] führt.

---

1 Zit.n. RUF, 1969, S.1
2 MESSADI, 1974

Die Befürchtung des Ministers umschreibt in fast diplomatischer Weise die seit 1956 vorherrschende ökonomische, politische, soziale und kulturelle Ambivalenz der tunesischen Realität.

Die Tatsache, daß in Tunesien nach über drei Jahrzehnten politischer Unabhängigkeit nur 3,1% der männlichen Studenten und 5,8% der Studentinnen sich zur arabisch-islamischen Kultur zugehörig fühlen und 75,4% aller befragten Studenten Französisch ihrer Muttersprache vorziehen,[1] weist eindeutig auf ein hohes Maß an Identifikation dieser Gesellschaftsschichten mit der dominanten französischen Kultur hin. Das Arabische als Sprache des ehemals Kolonisierten war nahezu ein Jahrhundert lang diskriminiert wie er selbst. Es verhalf ihm weder zum sozialen Aufstieg noch zur Ausübung eines Berufes. Um beides zu realisieren, eignet sich auch heute der gebildete Tunesier die Sprache des ehemaligen Kolonialherrn an, macht sich gleichzeitig dessen Verachtung gegenüber der nationalen Sprache zu zu eigen und scheint sich nur noch in der französischen Sprache wohlzufühlen. So impliziert die Annahme der Fremdsprache auch den Willen, sich von der eigenen Kultur zu entfernen, um sich in die fremde Kultur zu integrieren, weil sie allein sozialen Aufstieg und Aussicht auf Teilnahme an der politischen Macht verheißt. "Viele junge Tunesier, und gerade die intelligentesten unter ihnen, leiden an dem fürs erste unheilbaren Komplex, keine wirklichen Orientalen, keine Vollblutaraber sein zu dürfen, aber auch niemals vollwertige Franzosen werden zu können. Man hat ihnen allzu

---

1 RIAHI, 197o, S.159

lange eingeredet, daß sie das eine oder das andere zu sein hätten."[1]

So bildeten die traditional arabischen und islamisch-religiösen Wertvorstellungen von jeher die Zuflucht, in der die tunesische Gesellschaft ihre kulturelle Identität wiederzufinden suchte. Die Verbreitung der Wertvorstellungen moderner Industriegesellschaften mittels Fernsehen und Tourismus, gemeinsam mit der Vorrangstellung der französischen Sprache und der französischen Kultur in den nationalen Bildungsinstitutionen konnte zwar die traditionalen Werte erschüttern, sie aber nicht vollends verdrängen.

Für den Tunesier bedeutet diese Faktizität, daß er sich kulturell kaum lokalisieren kann. Er befindet sich ständig zwischen einem Traditionalismus, in dem seine Familie verwurzelt ist, und einem Modernismus, dem er sich - als alleinigem Kriterium sozialen Aufstiegs - kaum entziehen kann. Als fortschrittlich (évolué) oder als rückständig (arriéré) zu gelten, scheint die einzige Alternative zu sein.

Die große Mehrheit der Funktionäre und der Kinder privilegierter Familien definiert sich dennoch fast einseitig im Bezug auf die westliche Industriegesellschaft. Und da sie die Machtposition in Staat, Verwaltung und Partei innehat und " à l´européenne" lebt, spielt sie auch die Rolle der 'agents provocateurs' im Sinne eines rigorosen Modernismus.

---

1 FREUND, 1969, S.131

Die Verhaltensparallelität zwischen dieser westernisierten Schicht und der Träger der kolonialen Herrschaft drängt sich auf:

Unter dem unaufhaltsamen Druck des französischen Normensystems, das die koloniale Herrschaft mit sich gebracht hatte, war die traditionale Produktionsweise, von der über 65% der Bevölkerung lebte, erschüttert worden. Hunderttausende von Fellahen wurden unter dem Deckmantel der Modernisierung enteignet und auf den Status von lohnabhängigen Landarbeitern reduziert. Damals wie heute strömte die landlose agrikulturelle Bevölkerung in die Ballungszentren und bildete um die Großstädte herum mit Blech- und Lehmhütten Elendsgürtel.

Auch die Stadtbevölkerung hatte sich aus materieller und sozialer Not den neuen Normen zu beugen.

Parallel zu diesem Bruch im traditionalen Produktionsbereich vollzog sich durch die fremde Kultur eine Erschütterung der traditionalen Werte der gegenseitigen Hilfe und der Familiensolidarität. Stattdessen standen nun Gelderwerb und Konsumverhalten im Mittelpunkt aller Aktivität. Die Erfüllung eigener Konsumwünsche begünstigten die Herausbildung und Oberbewertung des Individualismus und des Egoismus. Traditionale Werte wie Gemeinschaftsgeist, Verwandtschaftssolidarität, Gastfreundschaft und Solidarverhalten gegenüber sozial Schwachen traten mehr und mehr in den Hintergrund.

Dennoch findet der Modernismus seine Grenzen überall dort, wo die Werte der patriarchalischen Familie tangiert

werden. So sieht der gebildete Tunesier (évolué) die traditionale Ungleichheit der Geschlechter als rückständig an, dennoch benimmt er sich innerhalb der Familie zutiefst patriarchalisch, d.h. er nimmt den Modernismus für sich persönlich in Anspruch, geht es aber um die Familie, greift er auf den Traditionalismus zurück.

So bleiben die propagierten europäischen Denk- und Verhaltensnormen oberflächlich. Und da die Mehrheit der Bevölkerung die Mentalität und die Handlungsmechanismen der europäischen Kultur nicht internalisieren kann, gerät sie in soziale Vereinsamung und kulturelle Unsicherheit, dies um so mehr, als sie gezwungen ist, in der touristischen Industrie und in den im Lande angesiedelten europäischen Unternehmen ihre Arbeit anzubieten und infolgedessen ihre Werte nach und nach aufzugeben und die der fremden Kultur anzunehmen. So beteiligen sich immer weniger Tunesier an den traditionalen Bräuchen, die ihnen soziale Integration erlaubten und somit gewissermaßen ein Leben in Obereinstimmung mit den eigenen Grundwerten ermöglichten.

Beschleunigt wird dieser Desorientierungsprozeß[1] durch das Fernsehen, das nicht als Mittel zur Sensibilisierung

---

1 Dieser Desorientierungsprozeß wird für immer mehr Tunesier so bedrohlich, daß sie nur noch in psychische Krankheiten flüchten können. So haben tunesische Psychiater und Neurologen festgestellt, daß sich "die Rate der Schizophreniekranken innerhalb von zehn Jahren verdoppelte aufgrund der rapide eingetretenen kulturellen und sozialen Veränderungen." BRISSET, 1972, S.9

der Bevölkerung für die Entwicklungsprobleme des Landes dient, sondern der Selbstdarstellung des Präsidenten und seiner Minister oder aber zur Widerspiegelung der europäischen (Teil)Realität.[1]

V Die europäische und die traditionale Kultur als Widerspiegelung der politischen Strömungen in Tunesien

Der Zentralisation der politischen Macht entspricht die Zentralisation der kulturellen Produktion. Die Hauptstadt Tunis ist der Ausstrahlungspunkt aller kulturellen Veranstaltungen. Hier konzentriert sich die Mehrzahl der Intellektuellen, der Hochschulen, der Bibliotheken und der internationalen Kongresse und Festivals. Von hier aus werden die nationalen Bildungsinhalte bestimmt und die Tragweite der intellektuellen Produktion festgelegt. Und da die okzidental akkulturierte Gesellschaftsschicht um den Staatspräsidenten Habib Bourguiba seit 1956 ununterbrochen die politische Macht in Tunesien innehat und damit die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik weitgehend bestimmt, betreibt sie auch einen rigorosen Modernismus, der sich nicht nur sprachlich, sondern auch literarisch manifestiert:

---

1 Hierzu gehören u.a./z.B. die Direktübertragungen von "Spiel ohne Grenzen", vom "Prix Européen de la chanson" Das arabische Programm strahlte regelmäßig die amerikanische Serie "Flipper, der Delphin" aus, das französisch-sprachige "Daktari" und "Lassie". Und in den Kinos werden fast nur Western, Liebesdramen und "erbärmliche Geschichten niedrigsten Niveaus" gezeigt. Vgl. M' BARKI/MASMOUDI, 1975

Die Gruppe der genuin modernistischen Strömung rekrutiert sich nahezu ausschließlich aus ehemaligen Sadikianern. Ihre prominenten Vertreter wie der ehemalige Erziehungsminister Messadi[1], Ben Hamida oder Ben Milad schreiben in Arabisch, ihre Ideenvorstellungen sind indessen okzidental. Ihre Thematik spiegelt die Probleme der Industriegesellschaft wider, wobei der Einfluß des französischen Romans unverkennbar ist.

Französische Normen und Wertvorstellungen in arabische Sprache verkleidet sind jedoch wenig dazu angetan, die politische und soziale Dynamik in Tunesien adäquat zu erfassen und die Reflexion der Bevölkerung über ihre eigene Situation in Gang zu bringen.

Die Literatur der traditionalen Strömung gibt eine nostalgische Idealisierung der arabischen Hochzivilisation wieder und versperrt sich nach wie vor hartnäckig gegen jegliche Modernisierung der arabischen Sprache und Gesellschaft. Und da sie in ihren Schriften der Form einen höheren Stellenwert einräumt als dem Inhalt, fürchtet sie um die Degenerierung der klassischen arabischen Sprache und der durch sie vermittelten arabischen Traditionen. Ihre Gedichte (qacida) drehen sich zumeist um die ersehnten Augen einer Geliebten oder um eine enttäuschte Liebe. Wenn diese Gedichte für die arabischen Puristen auch "ein Gedicht sind", so erinnern ihre Inhalte eher an die Minnesänger als an die Beschreibung der aktuellen Situation in Tunesien.

---

1 Mohamed Messadi gehört in arabischen Literaturkreisen zu den prominentesten modernistischen Schriftstellern. Zu den politischen Aussagen dieser Literaturgattung vgl. LAROUI, 1973 u. ABDEL MALEK, 197o

Obwohl die Zahl dieses Kreises beschränkt ist, übt er dennoch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß im Bildungswesen aus. Diese Arabisch-Konservativen fungieren als Garanten für die Weiterexistenz der arabischen Literatur und islamischen Religion im Bereich der Kultur und als Aushängeschild der Regierung für die Zugehörigkeit des Landes zur arabisch-islamischen Kulturgemeinschaft. Politisch aktiv wurden sie jedoch zumeist in Krisenzeiten, wie 1968, als die Studentenrevolten in Europa auf die tunesische Universität übergriffen und bei der tunesischen Studentenschaft eine linke Protestbewegung unter marxistischen und maoistischen Vorzeichen auslösten; sie waren es dann,die auf der Respektierung der arabisch-islamischen Werte und Traditionen insistierten und damit die Unterwürfigkeit des einzelnen unter das Gesetz und die Befolgung der Anweisungen der Führer der politischen Gemeinschaft verlangten.

Gerade die Absetzung des sozialistischen Ministers Ben Salah, die eine kapitalistische Orientierung des Landes einleitete, verschaffte diesen Apologeten einer islamischen Erziehung eine gute Ausgangsposition gegenüber den sozialistisch orientierten Teilen der Arbeiterschaft, der Studenten und der Intellektuellen. So konnten sie sich im Erziehungswesen in der Reform von 1969 teilweise durchsetzen. (Seit 1969 wird z.B. die Philosophie nicht mehr in Französisch, sondern wie die islamische Ideengeschichte nur noch in Arabisch gelehrt.)

VI Islam und westliche Kultur als Kampfmittel gegen die etablierte Herrschaft in Tunesien

Die seit 197o beobachtbare islamische Integristen-Bewegung in Tunesien, deren Aktivität im Aufstand von Gafsa am 26.1.198o ihren bisherigen Höhepunkt erreichte und der erst nach massiver Intervention der französischen Armee niedergeschlagen wurde, offenbart die Mobilisierungskraft des Islams.[1]

Diese Islamisierungstendenz ist wie in der kolonialen Zeit eine Defensivhaltung der Bevölkerung gegenüber der Dominanz der fremden Kultur. Sie offenbart, daß die liberal-kapitalistische Orientierung des Landes ebenso wie der zunehmende Einfluß der französischen Wirtschaft und Kultur in Tunesien zwar den Vorstellungen einer unverhüllt europa-orientierten politischen Führung entspricht, nicht aber den Ideenvorstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheit der Bevölkerung.

---

1 Die Integristen gehen auf die fundamentalistische Strömung des Islams zurück, die auf den Ideenvorstellungen der berühmten islamischen Reformer Gamal-Al-Dinal-Afghani und Mohammed Abdoh basierte. Diese sahen die islamische Dekadenz als Resultat mangelnder Glaubensfreiheit und zunehmender Entfernung von den islamischen Idealen an. Moralische Erneuerung müsse demnach mit einer Bereinigung der islamischen Deformationen, die zur Dekadenz führten, einhergehen. - Sie sind jedoch in Wahrheit Gefangene einer idealisierten Vergangenheit, weil sie den gesellschaftlichen Fortschritt allzusehr über die Rekonstruierung der längst vergangenen arabisch-islamischen Grandeur der Abbassidenzeit begreifen.

Die seit 1971 zunehmende Oppositionsbewegung in Tunesien rekrutiert sich heute aus islamischen Integristen, aber auch aus den europäisch Gebildeten.

Die Besonderheit der gesellschaftlichen Situation im postkolonialen Tunesien liegt darin, daß sich die Protestbewegung dieses Mal nicht gegen eine abendländische Kolonialmacht richtet, sondern gegen eine zwar westlich- gebildete, aber zuweilen islamisch argumentierende autochtone Führung.

Die Führer der europäisch gebildeten Opposition wie Ahmed Ben Salah und Ahmed Mistiri bekämpfen die Regierenden unter Berufung auf die emanzipatorischen Aspekte der französischen Kultur - Meinungsfreiheit-Demokratie-Mehrparteiensystem-, d.h. auf die gleichen Prinzipien, denen die Regierenden heute ihre politische Macht verdanken, den Opponenten aber verweigern.

Während sich hier also die systemverändernden und systemerhaltenden Aspekte der französischen Kultur gegenüberstehen, intendiert die islamische Opposition die Aufhebung aller Momente der europäischen Kultur und deren Substituierung durch ein islamisches Denk- und Wertsystem.

Wer die Zukunft Tunesiens bestimmen wird, ob die heutige außerparlamentarische Opposition der okzidental Akkulturierten oder die islamischen Integristen, ist heute noch nicht abzusehen. Daß die derzeitig herrschende soziale Gruppe nur so lange an der Macht bleibt,

solange Habib Bourguiba lebt und solange es ihm gelingt, jenseits des konservativen Islam und des rigorosen Modernismus die ökonomische Lage der Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern und den kulturellen Rückbesinnungsprozeß der tunesischen Gesellschaft auf die von ihm selbst postulierten kulturpluralistischen Prinzipien einer demokratie-orientierten Entwicklung einzuleiten, kann beinahe mit Sicherheit angenommen werden.

ANHANG

Karte 9: Die landschaftsgeographische Gliederung Tunesiens

Aus: H. Mensching 1968

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A.A.N.	L'Annuaire de l'Afrique du Nord (Aix en Provence)
AKE	Arbeitskreis Entwicklungshilfe (Bonn/Vlotho)
A.St.	Annuaire Statistique de la Tunisie (Hrsg. Sécrétariat d'Etat au Plan et aux Finances / bzw. Ministère du Plan. Tunis)
IBLA	Kulturzeitschrift. Herausgegeben vom Institut de Belles Lettres Arabes; Tunis
RTSS	Revue Tunisienne de Sciences Sociales. Publication du C.E.R.E.S. Tunis
ZDMG	Zeitschrift der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft

TABELLEN - VERZEICHNIS

Nr. 1	Bevölkerungsentwicklung: Einheimische und Europäer	S. 64
Nr. 2	Einkommensverteilung der muslimischen Agrarbevölkerung 1955	S. 66
Nr. 3	Einkommensverteilung 1955	S. 67
Nr. 4	Einkommensverteilung der aktiven muslimischen Stadtbevölkerung 1955	S. 68
Nr. 5	Entwicklung der Schülerpopulation von 1942 - 1956	S. 71
Nr. 6	Einschulungsquote der Einheimischen im Vergleich zu der der Europäer	S. 72
Nr. 7	Selektionsvergleich zwischen Tunesiern und Franzosen	S. 74
Nr. 8	"Unterentwickelte" versus "entwickelte" Länder	S. 89
Nr. 9	Tunesifizierungsgrad der Lehrerschaft 1965/66	S. 139
Nr.1o	Anstieg der tunesischen Grundschul- und Sekundarschulpopulation von 1947 bis 1967	S. 145
Nr.11	Ausbau des Grundschulwesens von 1959 bis 197o	S. 147
Nr.12	Entwicklung der Gesamtschulpopulation von 1959 bis 1971	S. 148
Nr.13	Schulversagerquote-Primarschule	S. 151
Nr.14	Abnahme der Grundschulpopulation von 1971 bis 1974	S. 155

Nr. 15	Neueinschreibungen und Klassenwiederholungen in der Primarschule von 1968 bis 1974	S.156
Nr. 16	Unterschiedlich ausgebildete Grundschullehrer und ihre prozentuale Verteilung	S.163
Nr. 17	Unterschiedliche Zusammensetzung der Grundschullehrerschaft in den städtischen und ländlichen Gouvernoraten	S.164
Nr. 18	Sprachverhalten der Studenten	S.169
Nr. 19	Stundenlöhne - Vergleich	S.179
Nr. 2o	Entwicklung der Industrie- und Gewerbeproduktion von 1973 bis 1977	S.181
Nr. 21	Defizitäre Entwicklung der Handelsbilanz von 1973 bis 1977	S.182
Nr. 22	Auslandsverschuldung (mittel- und langfristig)	S.183
Nr. 23	Beschäftigungssituation 1972	S.183
Nr. 24	Preisindex für die Lebenshaltung in Tunis und städtische Agglomerationen	S.185
Nr. 25	Streikbewegung 1969 bis 1974	S.187
Nr. 26	Ausgabenentwicklung für Verteidigung	S.188

LITERATURVERZEICHNIS

ABASSI, Khaled: Nos jeunes sont-ils de bons patriotes? In: Jeunesse Magazine, no.2o, Tunis 1977 S. 1o-14

ABDEL-HAC: La Tunisie aux fontionnaires. Tunis 1932

ABDEL-MALEK, Anouar: La pensée politique arabe contemporaine. Paris 197o

ABDEL-MALEK, Anouar: Le défi de l´Islam à l´occident. In: Le Monde, 9.12.1979, Paris

ACHENBACH,A.: Agrargeographische Entwicklungsprobleme Tunesiens und Ostalgeriens. Hannover 1971

AL-FĀSI, Allal: Geschichte der Unabhängigkeitsbewegungen im arabischen Maghreb (arab.Ausgabe) Tanger 1957

ALMOND, Gabriel A./ COLEMAN, James S.: The politics of the Developing Areas. Princeton 196o

AMIN, Samir: Le Maghreb Moderne. Paris 197o

AMIN, Samir: Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975

AMOULET, F.: La pénétration intellectuelle en Tunisie avant le protectorat. In: Revue africaine Paris 1954, S. 14o - 183

ANDRE JULIEN, Charles: Colons francais et jeunes tunisiens (1882-1912). In: Journal de la Presse v. 17. - 23.1.1929

ANNUAIRE de l´Afrique du Nord, Aix en Provence. Ausgaben von 1966 bis 1975

ANNUAIRE Statistique de la Tunisie. Tunis. Ausgaben von von 1946 bis einschließlich 1973/74

APTER, David E.: Political religion in the new nations. In: Old societies and new states, the quest for modernity in Africa and Asia. New York 1963

ARBEITSKREIS Entwicklungshilfe: Tunesien-Seminar 1967 Saarbrücken 1968

ARBEITSKREIS Entwicklungshilfe: Tunesien-Seminar 1968. Bonn 1969

ARBEITSKREIS Entwicklungshilfe: Tunesien-Seminare 1969 und 197o. Bonn/Vlotho 197o

ATGER, A.: Les corporations d´artisans en Tunisie. Paris 19o9

ATTIA, Habib: L´urbanisation de la Tunisie. In: RTSS Nr. 28/29, Tunis 1972

AUTORENKOLLEKTIV: Geschichte der Araber. Bd. III+IV Berlin (Ost), 1974

BALANDIER,G.: Les mythes politiques de colonisation et décolonisation en Afrique.In: Cahiers Internationaux de Sociologie 33, Paris 1962

BALTA, Paul/ RULLEAU, Cl.: La politique arabe de la France de De Gaulle à Pompidou. Paris 1973

BARKAN, O.L.: Les déportations comme méthode de peuplement et de colonisation dans l´Empire Ottomane. In: Revue de la Faculté des sciences économiques d´Istanbul, XI, 1949, S. 7o - 8o

BEN SALEM, Lilia: Origines géographiques et siciales des cadres de l´administration économique, des offices et sociétés nationales en Tunisie. In: A.A.N. 1968, Aix en Provence 1969, S. 1o7 - 127

BEN SALEM, Lilia: Développement et problème de cadres. Le cas de la Tunisie. Un exemple: Les cadres supérieurs de l´économie tunisienne. CERES, Tunis 1976

BEN SALEM, Lilia : Voies de pénétration de la culture industrielle dans une société pauvre. CERES, Tunis 1974, S. 147-154

BERGDOLL, Udo: Brisantes Plädoyer für die Dritte Welt. In: Süddeutsche Zeitung, München, 16.2.76

BERQUE, Jacques/ CHARNAY, Jean Paul: Normes et valeurs dans l´islam contemporain. Paris 1966

BLOCH, Charles: Die dritte französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Republik. Stuttgart 1972

BLOCH, Ernst: Avicenna und die Aristotelische Linke. Frankfurt 1963

BODENSTEDT/ ZEUNER/KOBELT: Staatlich geplante Produktionsgenossenschaften. Das tunesische Modell. München 1974

BOLZ, Reinhardt: Tunesien. Wirtschaftliche und soziale Strukturen und Entwicklung. Institut für Afrika-Kunde, Heft 6, Hamburg 1976

BOURDIEU, Pierre: Le sous-developpement en Algérie. Ed. Sécrétariat social d'Alger. Alger 1959

BOURDIEU, Pierre/ PASSERON, Jean-Claude: La réproduction-éléments pour une théorie du système d'enseignement. Paris 197o

BOURGUIBA, Habib: Le syndicalisme tunisien de M'Hamed Ali à Ferhat Hached. In: Les temps modernes, Paris 1953, S. 897- 899

BOURGUIBA, Habib: Vers un socialisme authentique. Tunis 1963

BOURGUIBA, Habib: Construire la démocratie. Tunis 1964

BOURGUIBA, Habib: Le socialisme destourien. Tunis 1965

BOURGUIBA, Habib: Vers une démocratie authentique. Tunis 1965

BOURGUIBA, Habib: L'enseignement fonction sociale. Tunis 1965

BOURGUIBA, Habib: Un développement harmonieux et équilibré. Tunis 1967

BOURGUIBA, Habib: Le succès de la réforme nécessite l'enthousiasme. Tunis 1968

BOYER, P.: La vie quotidienne à Alger à la veille de l'intervention francaise. Paris 1963

BRAUDEL, F.:La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philip II. Paris 1949

BRISSET, Claire: La schizophrénie: une maladie qui se développe dans les sociétés en mutation. In: Le Monde, Paris, 31.8.72, S.9

BRISSON, J.P.: Gloire et misére de l'Eglise d'Afrique. Paris 1948

BRUNSHVIG, R.: Quelques remarques historiques sur les medersas en Tunisie. In: Revue tunisienne Tunis 1931, S. 261-285

BRUNSHVIG, R.: La Berberie orientale sous les hafsides. Paris 194o

BRUNSHVIG, R.: Justice religieuse et justice laïque dans la Tunisie des Deys et des Beys jusqu'au milieu du XIX siécle. In: Studia islamica XXIII, 1965, S. 27-7o

BSAIS, A./ MORRISSON, Chr.: Formation et emploi en Tunisie. Cahier du CERES. Série économique Nr.4, Tunis 1976

BOTTNER, Friedemann: Hrsg. Reform und Revolution der islamischen Welt. Reihe: Geschichte des politischen Denkens, München 1971. Einleitung.

BUREAU de Recherches Sociologiques: Etudes de sociologie tunisienne. Vol. I. Tunis 1968

CAMPS, G.: Aux origines de la Berberie. Monuments et rites funéraires. Paris 1961

CASPAR, R.: Le renouveau motazalite. In: Melanges. Institut Dominicain d'études orientales du Caire, Nr. 4. Daar Al-Maaraf, Kairo 1967

CENTRE D'ETUDES et de Recherches économiques et sociales: Rencontre Islamo-chrétienne conscience Musulmane et conscience chrétienne aux prises avec les défis du développement. Série no.5. Carthage-Hammamet-Kairouan 1974

CHEBBI, B.: La crise youssefiste. Faculté de Droit. Paris 1962

CHERIF, Mohamed: L'histoire de l'Afrique du Nord jusqu'à l'indépendance du Maroc, de l'Algérie et de la Tunisie. In: Introduction à l'Afrique du Nord contemporaine. Centre National de la recherche scientifique, Paris 1975, S. 18- 22

CHOUIKHA BAFFOUN, Alya: L'adéquation formation-emploi-étude socio-professionnelle. In: RTSS 25, Tunis 1971, S. 55-89

COCHERY, G.: Rapport sur le protectorat de la Tunisie. Ch. des députés annexe nr. 2o37 au procès verbal de la séance du 13 juillet 19o8.Tunis

COMBER, L.L./ KEEVES, John, P.: Science education in nineteen countries. Stockholm 1973

DAMS, Theodor: Die Zukunft der Dritten Welt in der globalen Entwicklung.In: Offene Welt 99/1oo, Opladen 1969

DEBBASCH/ DE BERNIS, Destanne: Les économies magrébines. L'indépendance à l'épreuve de développement économique. Ed. Centre de recherches et d'études sur les sociétés méditerranéennes. Paris 1971

DEMEERSEMAN, André: La famille tunisienne et les temps nouveaux. Tunis 1967

DEPONT, Octave/ COPPALANI, Xavier: Les confréreries religieuses musulmanes. Alger 1897

DEPPE-WOLFINGER, Helga: Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft. In: Argument 38, 8.Jg.66. 3.Aufl.197o, Karlsruhe S.2o3- 216

DESPOIS, J.: L'Afrique du nord. P.U.F. Paris 3. Aufl. (Pays d'outre-mer, 4.série: Géographie 1: L'Afrique blanche) 1964

DIEM, Werner: Hochsprache und Dialekt im Arabischen. Reihe: Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes XLI,1, Wiesbaden 1971

DUCLOS, Jean L.: Les nationalismes maghrébins. Fondation nationale des sciences politiques. Serie G, no.7 Paris 1966

DURUPTY, Michel: Les institutions administratives et droit administratif tunisien. CNRS, Paris 1973

DUVIGNAUD, Jean: Esquisse d'une sociologie du Nationalisme Tunisien. In: Les nationalismes maghrébins. Serie G: Etudes maghrébines. no.7, juillet 1966 Paris , S 83 - 98

EL-ALI, Salah: Soziale Strukturen der Stadt Basra im I.Jahr hundert der arab. Zeitrechnung (Hedjra), arab. Ausgabe, Bagdad 1953

ESSENOUSSI, Mohamed: Die politische Ordnung der tunesischen Republik (arab. Ausgabe) Tunis 1962

FANON, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt 1966

FANON, Frantz: Sociologie d'une révolution. Deutsche Ausgabe: Aspekte der algerischen Revolution Frankfurt 1969

FOREIGNS AFFAIRS, London, April 1969

FRANK, André Gunder: Le développement du sous-développement. Paris 1972

FREUND, Wolfgang Slim: Erziehung in Tunesien. Versuch einer geistigen Positionsanalyse. In: Zeitschrift für Kulturaustausch, Jg. 19, H 2, Stuttgart 1969, S. 131 - 136

FREUND, Wolfgang Slim: Das tunesische Debakel. In: Afrika heute. Nr. 22. Bonn 1971, S.454-55

FRÖBEL, F./ HEINRICHS, J./ KREYE,O.: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek 1977

GABRIELLI, Francisco: Il concetto della asabiya, nel pensiero storico de Ibn Khaldoun. In: Atti della Reala Accademica delle science di Torino. Vol. 65, 193o

GALTUNG, Johan: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Senghaas Hrsg. Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt 1972, S. 29- 1o4

GARDET, Louis/ ANAWATI, Mohamed: Introduction à la théorie musulmane. Paris 1948

GAUDEFROY-DEMOMBYNES, Maurice: Les institutions musulmanes. Paris 1956

GAUTIER, E.F.: Le passé de l´Afrique du Nord. Paris 1937

GEERTZ, Clifford: Islam observed. Yah, 1968

GELLNER, E.: Saints of the Atlas. London 1969

GELLNER, E.: Doctors and saints. In: Scholars, Saints and Sufis. Keddie University of California-Press, 1972

GENOUD, R.: Un instrument moderne: L´enseignement (réformé) de la géographie et de l´histoire. In: IBLA 1962, S. 193 - 198

GERMAN, E.Raimund: Verwaltung und Einheitspartei in Tunesien unter besonderer Berücksichtigung des Genossenschaftswesens. Zürich 1968

GIBB, H.A.R./ BOWEN, Harold: Islamic society and the West. Vol.I/ Part.I+II / Oxford-University-Press, Part I - 1950, Part II - 1957

GOLDZIHER, Ignaz: Vorlesungen über den Islam. Heidelberg 1925

GUERIF, J.: L'évolution du mouvement nationaliste tunisien. In: Les temps modernes, Paris 1952, S. 1544 - 1595

HALLOWELL, John: Development for what? Durham 1964

HAMBURGER AUTORENKOLLEKTIV: Zur Analyse der strukturellen Heterogenität unterentwickelter Gesellschaften In: Nohlen/Nuscheler /Hrg):Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1974

HANOTEAU et LETOURNEUX: La Kabylie et les coutumes kabyles. Paris 1872, Bd. 2

HORKHEIMER, Max: Studien über Autorität und Familie. Paris 1936

HOTTINGER, Arnold: Die arabischen Staaten Nordafrikas. Hannover 1971

HUSSEIN, Taha: Das große Schisma (arab. Ausgabe) Kairo 1946. Einleitung

IBN KHALDOUN: Al-Mugaddima. Obers. v. de Slane. Paris 1936 Bd. II + III. Arabische Ausgabe Beyrouth 1967

IBRAHIM, Fouad N.: Das Handwerk in Tunesien. Jahrbuch der geographischen Gesellschaft zu Hannover, Sonderheft 7, Hannover 1975

INALCIK, Halil: The ottoman Empire, the classical age 1300 - 1600, London 1973

INTERNATIONALES AFRIKA - FORUM, 6. Jg. München 1970

JOMIER, Jacques: Contribution à la pédagogie arabe. In: IBLA 1949, 12. Jg. Tunis S. 319-46

KAAK, Othman: Marakiz al taqäfa fil Magrib min al qarn as-sadis asar ila al qarn at-ta si asar. Kairo 1958

KHEIREDDINE: Akwam al massalik li maarifati ahoual al Mamali. Konstantinopel 1896

KHEMIRI, T.: Der assabiya- Begriff der Muqaddima des Ibn Khaldoun. In: Der Islam. Bd. 22.Berlin 1936

KIMBLE, David: A political history of Ghana 185o-2928 Oxford 1963

KLINEBERG, Stephen L.: The relative contribution of parents and schools to the modernisation of adolescents: A study in Tunisia. Paper 67 th Annual Meeting of the American Sociological Association. 28 - 31-8-1972

KODJO, Samuel: Probleme der Akkulturation in Afrika- Meisenheim, 1973

KÖPROLOZADE, M.E.: L`institution du vakouf, sa nature juridique et son évolution historique, vakiflar dergisi. S.II. Ankara 1942

KORAN, der: Das heilige Buch des Islam, nach einer Obersetzung v. L. Ullmann. Neu bearb.v. L.W. Winter, München 1959

KOPER, Wolfgang: Das Erziehungswesen in Ostafrika.In: Zeitschrift für Kulturaustausch, Stuttgart 1971

KOPER, Wolfgang: Bildungshilfe und internationaler Vergleich angesichts des Kulturkonfliktes in der Entwicklungswelt. Unveröffentlichtes Manuskript, Eschborn 1975, anläßlich des IEA - Symposiums in Berlin 22. -25-9-75

LACOSTE, Yves: Ibn Khaldoun. Paris 1966

LAROUI, Abdallah: L`histoire du Maghreb, un essai de synthèse. Bd. I+II, Paris 1975

LAROUI, Abdallah: L`idéologie arabe contemporaine. Paris 1973

LECHNER, Norbert: Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Latein-Amerika. In: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik. Hrsg. Dankwerts et al. Frankfurt 197o

LECLERC, Gérard: Anthropologie und Kolonialismus. München 1973 (Orig. Paris 1972)

LELONG, Michel: L'enseignement tunisien en 1961. In: IBLA 1961, Tunis, S. 251-77

LELONG, Michel: L'enseignement tunisien en 1967. In: IBLA 1967

LELONG, Michel: Le patrimoine musulman dans l'enseignement après l'indépendance. Thèse présentée devant l'Université de Provence I, 1971

LENIN, W.I.: Band 1o, Berlin 1959

LERNER, Daniel: The passing of traditional society. Modernising the middle east. Glencoe 1958

LETOURNEAU, R.: L'Afrique du Nord en marche. Paris 1953

LETOURNEAU, R.: Les villes musulmanes d'Afrique du Nord. Alger 1957

LEVY, R.: The social structure of Islam. Cambridge 1962

LOUIS, André: Enseignement supérieur en Tunisie. In: ESNA supplément Cahier no.32, juillet-août 1953

LOUST, Henri: Les chismes dans l'Islam. Paris 1965

LUXEMBURG, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Berlin 1913

MAMET, P.: Les expériences syndicales en Tunisie de 1881 - 1956. Diplomarbeit. Paris 1964

MARCAIS, Georges: Les métiers vils en Islam. In: Studia islamica XVI, 1962

MARCAIS, Georges: La Berberie musulmane et l'Orient au Moyen Age. Paris 1947

MARX, Karl/ENGELS, Friedrich: (MEW) Bd. 22, Berlin 1963

MASSIGNON, Louis: Les corps de métier et la cité islamique.In: Revue internationale de sociologie. Bd. XXVIII, Paris 192o

MASSIGNON, Louis: Enquête sur les corporations, d'artisans et commercants au Maroc (1924 - 1934. In: Revue du monde musulman. T.58. Paris 1924

MEMMI, Albert: Portrait du colonisé, précédé du Portrait du colonisateur. Paris 1966

MENSCHING, Horst: Tunesien - eine geographische Landeskunde. Darmstadt 1968

MESSADI, Mohamed: Les nouvelles litéraires, no.2434 du 2o - 26 mai 1974

MOORE, Clement Henri: Tunisia since independence - the dynamics of one party governement. Los Angeles, 1965

MOUMOUNI, Abdou: L'éducation en Afrique. Paris 1964

M'RABET, Fadela/ MASCHINO, Maurice: La Tunisie vingt ans après. In: Le Monde Diplomatique, 12/1975 Paris

MOLLER, A.: Le projet coopératif tunisien et son avortement. Communautés - Archives internationales de la coopération. Nr. 28, juillet-décembre, Paris 197o

MYRDAL, Gunnar: Politisches Manifest über die Armut der Welt. Frankfurt 197o

NACHTIGALL, H.: Beiträge zur Ethnographie der tunesischen Nomaden. Baessler-Archiv NF Bd.IX 1962

NERFIN, Marc: Entretiens avec Ahmed Ben Salah sur la dynamique socialiste dans la Tunisie des années 6o. Paris 1974

NOUVELLES LITERAIRES, No. 213, Paris 1974

NUSSBAUM, Henrich v.: Entwicklungspolitik aus der Konsequenz der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systeme. In: Offene Welt, Opladen, 1972

OPPERMANN, Thomas: Die algerische Frage. Rechtliche Studie. Stuttgart 1959

PAECH, Norman: Entwicklungshilfe oder kollektive Hilflosigkeit. Ansichten von rechts und links. In: Offene Welt Nr.99/1oo Opladen 1969

PALLAT, Charles: Les étapes de la décadence dans les pays arabes d´Orient. In: Classicisme et déclin culturel de l´Islam. Paris 1957

PARTI SOCIALISTE Destourien, 7e Congrès de Bizerte, 19 - 22 oct. 1964- Section des relations extérieurs. Tunis 1965

PELLEGRIN, Arthur: Histoire illustrè de Tunis et de sa Banlieue. Tunis 1955

PERSPECTIVES décennales de développement 1962-71. Tunis 1961

PEYROUTON, Marcel: Histoire générale de Maghreb, Maroc, Algérie, Tunisie - des origines à nos jours. Paris 1966

PICARD, Charles C.: Nordafrika und die Römer. Stuttgart 1962

PLUM, Werner: Gewerkschaften im Maghreb, UGTT - UMT-UGTA. Hannover 1962

PLUM, Werner: Sozialer Wandel im Maghreb. Voraussetzungen und Erfahrung der genossenschaftlichen Entwicklung. Hannover 1967

PONCET, Jean: Paysages et problèmes ruraux en Tunisie. P.U.F. Paris 1962

PONCET, Jean: L´économie tunisienne depuis l´indépendance. In: A.A.N. 1969, S. 112

RAYMOND, André/ PONCET, Jean: La Tunisie. Paris 1971

RECUM, Hasso v.: Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor. In: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Tübingen 1964

RIAHI, Zohra: Emploi de l´arabe et du francais par les élèves du secondaire. Cahier du CERES, Série linguistique 3, déc. 197o, Tunis

RICHTER-DRIDI, Irmhild: Emanzipatorisches Potential des Erziehungs- und Rechtswesens in einer patriarchalischen Gesellschaft der arabisch-islamischen Welt: Frauen in Tunesien.Diss. München 1979

RINN, L.: Histoire de l´insurrection de 1871 en Algérie. Algier 1891

RODINSON, Maxime: Islam et capitalisme. Paris 1966

ROSSI, Pierre: Le Tunisie de Bourguiba. Tunis 1967

ROTHE, Friedrich: Erziehung und Ausbildung in den Entwicklungsländern. Das pädagogische Forum. Braunschweig 1972

RUF, Werner: Dépendance et aliénation culturelle. In: W.K.Ruf et al (Hrsg): Indépendance et interdépendances au Maghreb. Paris 1974, S. 233 - 279

RUF, Werner K.: Le socialisme tunisien. Conséquences d'une expérience avortée. In: Introduction à l'Afrique du Nord contemporaine. Paris 1975

SAHLI, Mohamed: Décoloniser l'histoire. Paris 1969

SAHNUN AL TANUHI, Mohamed: Kitab Adab al-mu'allimin. Franz.Übers.v. Gérard Lecomte:Le livre des règles de conduite des maîtres d'école par Ibn Sahnun.In: Revue des études islamiques, Bd. XXI, 1953, S. 77- 1o5

SARTRE, Jean-Paul: Vorwort in: Die Verdammten dieser Erde v. Frantz Fanon, Frankfurt 1966

SCHACHT, J.: Bergsträsser's Grundzüge des islamischen Rechts. Berlin-Leipzig 1935

SCHALAHY, Ahmed: History of Muslim Education, Kairo 196o

SCHRÖDER, Dieter: Tunesiens Rezept heißt - liberaler Dirigismus. In: Süddeutsche Zeitung vom 17./18./19. Mai 1975, S. 9,München

SEBAG, P.: La Tunisie: Essai de Monographie. La culture et les hommes. Paris 1951

SECRETARIAT GENERAL du gouvernement Tunisien. Nomenclature et repartition des tribus de la Tunisie. Tunis 19oo

SEMINAIRE Nationale sur la coordination des secteurs économiques. Tunis 1968

SENGHAAS, Dieter: (Hrsg) Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analyse über abhängige Reproduktion. Frankfurt 1972

S.E.T.E.N.: Nouvelle conception de l'enseignement. Publication du SETEN. Tunis 1958

SLAMA, B.: L'insurrection de 1864 en Tunisie. Tunis 1967

SMIDA, Mongi: Khereddine, Ministre Reformateur. Tunis 1970

SRAIEB, Noureddine: L'enfant et la relation mère-enfant. Un exemple de pays musulman: La Tunisie. In: Les Carnets de l'enfance vol.10, juin 1969, Neuilly-sur-Seine, S. 130 - 143

SRAIEB, Noureddine: Le collège Sadiki de Tunis. In: A.A.N. 1971, S. 103 - 135

SRAIEB, Noureddine: Colonisation, décolonisation et enseignement. L'exemple tunisien. Tunis-Paris 1974

STATISTISCHES Bundesamt, Länderkurzberichte. Tunesien. Ausgaben 1972 - 1978. Wiesbaden.

STEINHAUS, Kurt: Soziologie der türkischen Revolution. Frankfurt 1969

TAALBI, Abdelaziz: La Tunisie Martyre. Paris 1920

TAESCHNER, F.: Der Weg des Osmanischen Staates vom Glaubenskämpferb und zum islamischen Weltreich. ZDMG, NF 12, 1934, S. 6 - 49

TALASS, Assad: La madrassa nizamiyya et son histoire. Paris 1939

TALASS, Assad: Al-Tarbiyya wal talim fil-islam. Beyrouth 1957

TEMPLE, G.: Excursions in the Mediterranea. Vol.I London 1835

TETZLAF, Rainer: Ghana: Fehlgeschlagene Versuche der Befreiung. In: Soziologie der Dekolonisation in Afrika. Frankfurt 1973, S.219-64

TEUTSCH, L.: Das römische Städtewesen in Nordafrika. Berlin 1962

TIBI, Bassam: Die tunesische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Werdegang im Dekolonisationsprozeß. Vom Antikolonialismus zum 'konstitutionellen Szialismus'. In: Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika. (Hrsg.) G.Grohs und B.Tibi, Frankfurt 1973, S. 86 - 92

TIBI, Bassam: Akkulturation, Modernisierung, Verwestlichung und auswärtige Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch. 24.Jg. Stuttgart 1974

TIBI, Bassam: Die entwicklungspolitische Bedeutung der Re-Islamisierung. In: E+Z, H.7/8, 2o.Jg., Bonn 1979, S. 2o-21

TJADEN, Karl Heinz: Soziales System und sozialer Wandel. Untersuchung zur Geschichte und Bedeutung zweier Begriffe. Stuttgart, 1972

TISCHENDORF, P.A.: Ober das System der Lehen in den osmanischen Staaten. Diss. Leipzig 1871

TREUHEIT, Werner: Sozialismus in Entwicklungsländern. Indonesien, Burma, Ägypten, Tansania, Westafrika. Köln 197o

UGTT: La réforme agraire. Tunis 1967

UNESCO-TUNISIE: L'adaptation de l'enseignement et de la formation professionelle aux perspectives de l'emploi. Rapport de la mission conjointe UNESCO-BIT, par . Boudet, M. Reverdy; no. de série: 239o/ RMO.RD/EP, Paris, mai 1971

VIOLLIS, A.: Notre Tunisie. Paris 1936

WALLRAVEN, Klaus Peter: Zur Morphologie von Entwicklungsländern. In: Politikwissenschaft. Hrsg. Kress/Senghaas, Frankfurt 1972

WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Köln-Berlin 1964

ZAHAR, Renate: Kolonialismus und Entfremdung. Zur politischen Theorie Frantz Fanons. Frankfurt 1969

ZGHAL, Abdelkader: Système de parenté et système coopératif. In: RTSS 11, Tunis 1967, S. 95 - 1o9

ZGHAL, Abdelkader: Construction nationale et nouvelles classes sociales en Tunisie. In: Sociologie de la "construction nationale" dans les nouveaux Etats. Brüssel 1968

ZGHAL, Abdelkader/ STAMBOULI, Fredj: La vie urbaine dans le Maghreb précolonial. In: RTSS no. 36-37-38-39, Tunis 1974, S. 221-241

ZGHAL, Abdelkader: La participation de la paysannerie maghrebine à la construction nationale. In: RTSS no. 22 Tunis 197o, S. 14o - 161

ZIEBURA, Gilbert: Interne faktoren des französischen Hochimperialismus 1871 - 1914. In: Der moderne Imperialismus. Hrsg. W. Mommsen. Stuttgart 1971

L e b e n s l a u f

Name:	Mohamed D r i d i
Geboren:	22.11.43 in Bordj-el-Amri/ Tunis
Schulzeit:	1947 - 5o Arabische Schule (Koranschule 195o - 58 Franz.-arab. Schule 1958 - 61 Collège Sadiki (Oberschule)
Familiendaten:	Seit 1966 verheiratet. Eine 14-jährige Tochter
Fachausbildung:	1962 - 66 Dolmetscher- und Übersetzer-ausbildung (deutsch/franz/engl.)
Abitur:	Begabtenabitur in München 197o
Studium:	1966 - 73 Politische Wissenschaften an der Hochschule für Politik in München 1973 Diplom " dipl.sc.pol."
	Wi/Sem. 1972 - Wi/Sem. 198o an der Ludwig-Maximilans-Universität Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte, Kommunikationswissenschaft.
Akademische Lehrer:	Prof.Dr.N.Lobkowicz Prof.Dr.Dr.F.Schneider PD Dr.R.v. Dülmen Prof.Dr.Dr. O.Roegele Prof.Dr.W.Langenbucher